

Sachsen-Anhalt-Monitor 2007



Politische Einstellungen zwischen Gegenwart und Vergangenheit

Ossip Fürnberg • Everhard Holtmann • Tobias Jaeck



Institut für Politikwissenschaft und Japanologie
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Sachsen-Anhalt ab 18 Jahren

Stichprobe: Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe

Erhebungsverfahren: Computergestützte Telefoninterviews (CATI)

Fallzahl: 1.000 Befragte

Erhebungszeitraum: 21. Juni bis 12. Juli 2007

Fehlertoleranz: 1,41 bis 3,12 Prozentpunkte

Institut: Infratest dimap / www.infratest-dimap.de

Inhaltsverzeichnis

KURZFASSUNG WICHTIGER ERGEBNISSE	8
1. SACHSEN-ANHALT UND SEINE BÜRGERINNEN UND BÜRGER	11
2. EINSCHÄTZUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE.....	15
3. EINSTELLUNGEN ZUR DEMOKRATIE	19
4. FUNKTIONIEREN DER DEMOKRATIE	25
5. VERTRAUEN IN INSTITUTIONEN	32
6. EINSCHÄTZUNG DER WICHTIGKEIT POLITISCHER ENTSCHEIDUNGEN UND DER EIGENEN EINFLUSSMÖGLICHKEITEN	35
7. POLITISCHE BETEILIGUNG UND GESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT.....	41
8. MEDIENNUTZUNG.....	50
9. DIE DDR: IMMER NOCH GEGENWÄRTIGE VERGANGENHEIT?	54
10. RECHTSEXTREMISMUS	64
11. FRAGEBOGEN SACHSEN-ANHALT-MONITOR 2007	76
12. AUTOREN	91

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt 1995 und 2007.....	11
Abb. 2: Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt nach Alter und Bildung.....	12
Abb. 3: Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt und Länderfusion nach Regionen.....	13
Abb. 4: Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation	15
Abb. 5: Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation nach Haushaltseinkommen.....	16
Abb. 6: Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen Anhalt im Zeitverlauf.....	17
Abb. 7: Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen Anhalt nach Regionen	17
Abb. 8: Optimistische Zukunftsaussichten nach Regionen.....	18
Abb. 9: Freiheit vs. Gleichheit und Freiheit vs. Sicherheit	22
Abb. 10: Problemwahrnehmung und Problemlösungskompetenz	26
Abb. 11: Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland	27
Abb. 12: Verteilung der „Verlierer“ nach Alter, Geschlecht und Erwerbsstatus.....	30
Abb. 13: Verteilung der „Verlierer“ nach Schulbildung und Einkommen.....	30
Abb. 14: Institutionenvertrauen.....	32
Abb. 15: Institutionenvertrauen in Sachsen-Anhalt	33
Abb. 16: Wichtigkeit von Entscheidungen im Bundestag, Landtag und Stadt-/Gemeinderat.....	35
Abb. 17: Politische Kompetenz nach Alter und Schulbildung.....	37
Abb. 18: Politische Kompetenz nach Regionen	38
Abb. 19: Responsivität des politischen Systems	39
Abb. 20: Interesse an Politik nach Alter und Bildung.....	41
Abb. 21: Gesprächshäufigkeit über Politik nach Alter und Bildung.....	42
Abb. 22: Demokratiezufriedenheit bei „Wählern“ und „Nichtwählern“.....	43
Abb. 23: Zufriedenheit mit dem politischen System bei „Wählern“ und „Nichtwählern“	44
Abb. 24: Demokratie als beste Staatsidee bei „Wählern“ und „Nichtwählern“	44
Abb. 25: Wahlbeteiligung bei Befragten mit Responsivitätsdefizit und „Verlierern“	45
Abb. 26: Politische Partizipation.....	46
Abb. 27: Politische Partizipation nach Schulbildung.....	47
Abb. 28: Politische Partizipation nach Alter	47
Abb. 29: Mitgliedschaft in Vereinen	48
Abb. 30: Ehrenamt nach Alter.....	49
Abb. 31: Mittelwertvergleich Politisches Interesse und Informationshäufigkeit.....	51

Abb. 32: Mittelwertvergleich Alter und Informationshäufigkeit	51
Abb. 33: Welches Ereignis verbinden Sie mit dem 3.Oktober 1990?.....	54
Abb. 34: Hoffnungen in Wende erfüllt.....	55
Abb. 35: Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung für Ostdeutschland.....	56
Abb. 36: Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung Persönlich	57
Abb. 37: Mittelwertvergleich der Skala Autoritarismus	66
Abb. 38: Autoritäre Einstellungen im Deutschlandvergleich.....	67
Abb. 39: Mittelwertvergleich der Skala Ausländerfeindlichkeit.....	70
Abb. 40: Einstellungen gegenüber Ausländern im Deutschlandvergleich	71
Abb. 41: Mittelwertvergleich der Skala Antisemitismus	73
Abb. 42: Antisemitische Einstellungen im Deutschlandvergleich	74

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Demokratie als beste Staatsidee	19
Tab. 2: Respekt vor Andersdenkenden und anderen Lebensweisen.....	19
Tab. 3: Diktatur als alternative Staatsform	19
Tab. 4: Einstellungen zu verschiedenen Aspekten der Demokratie	20
Tab. 5: Freiheit vs. Gleichheit und Freiheit vs. Sicherheit	23
Tab. 6: Demokratiezufriedenheit nach Alter und Parteisympathie	25
Tab. 7: Zufriedenheit mit dem politischen System nach Alter und Parteisympathie	25
Tab. 8: Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Alter und Schulbildung ...	27
Tab. 9: Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Beruf	28
Tab 10: Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Tätigkeit	28
Tab. 11: Erhalt von gerechtem Anteil nach Alter und Beruf	28
Tab. 12: Erhalt von gerechtem Anteil nach Tätigkeit und Arbeitslosigkeit.....	29
Tab. 13: Wichtigkeit von Entscheidungen im Bundestag, Landtag und Stadt-/ Gemeinderat nach Region und politischem Interesse	36
Tab. 14: Wichtigkeit von Entscheidungen im Bundestag, Landtag und Stadt-/ Gemeinderat nach Schulbildung	36
Tab. 15: Wichtigkeit von Entscheidungen im Bundestag, Landtag und Stadt-/ Gemeinderat nach Alter und Pendlerstatus.	37
Tab. 16: Responsivität des politischen Systems nach Alter, Arbeitslosen und Bildung	40
Tab. 17: Hauptinformationsquelle für politisches Geschehen	50
Tab. 18: Die häufigsten Fernsehnachrichten und Radiosender für Informationen zum politischen Geschehen in Sachsen-Anhalt	52
Tab. 19: Fühlen Sie sich und Ihr Land als Sachsen-Anhalter ausreichend durch das Programm des MDR vertreten?	53
Tab. 20: Hoffnungen in Wende erfüllt?.....	55
Tab. 21: Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung für Ostdeutschland nach Alter und Schulabschluss.....	56
Tab. 22: Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung für Ostdeutschland nach Tätigkeit....	56
Tab. 23: Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung nach Alter und Schulabschluss.....	57
Tab. 24: Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung nach Tätigkeit.....	57
Tab. 25: Verbesserung und Verschlechterung in bestimmten Bereichen nach der Wende nach Alter	58
Tab. 26: Verbesserung und Verschlechterung in bestimmten Bereichen nach der Wende nach Tätigkeit.....	59

Tab. 27: Beurteilung der DDR nach Alter.....	61
Tab. 28: Prägung des DDR- Bildes nach Alter und Arbeitslosigkeit.....	62
Tab. 29: Prägung des DDR- Bildes nach Parteisympathie.....	62
Tab. 30: Autoritäre Einstellungen nach Alter und Schulabschluss.....	65
Tab. 31: Autoritäre Einstellungen nach Parteisympathie und Arbeitslosigkeit.....	65
Tab. 32: Einstellungen zu Ausländern nach Alter und Schulabschluss.....	68
Tab. 33: Einstellungen zu Ausländern nach Parteisympathie und Arbeitslosigkeit.....	69
Tab. 34: Einstellungen zu Ausländern nach Landesregion.....	70
Tab. 35: Antisemitische Einstellungen nach Alter und Schulabschluss.....	72
Tab. 36: Antisemitische Einstellungen nach Parteisympathie und Arbeitslosigkeit.....	73
Tab. 37: Einstellungen zu rechtsextremen Parteien nach Alter und Schulabschluss.....	75
Tab. 38: Einstellungen zu rechtsextremen Parteien nach Parteisympathie und Arbeitslosigkeit.....	75

Kurzfassung wichtiger Ergebnisse

1. Die Verbundenheit der Sachsen-Anhalter mit ihrem Bundesland ist in den letzten 12 Jahren stark angestiegen. Während sich 1995 nur 45 % stark mit dem Land verbunden fühlten, sind es jetzt 67 %.
2. Eine deutliche Mehrheit von 72 % der Sachsen-Anhalter ist mit ihrer derzeitigen Lebenssituation zufrieden. Hingegen schätzen nur 29 % die wirtschaftliche Lage des Bundeslandes „gut“ ein, was dennoch der höchste Wert der letzten 10 Jahre ist. Die Zukunft sehen 58 % der Landesbewohner optimistisch.
3. Dass die Demokratie die beste aller Staatsideen sei, bejaht die sehr große Mehrheit der Sachsen-Anhalter, nämlich vier Fünftel. Nur 16 % würden im Notfall stattdessen eine Diktatur vorziehen. Allerdings lehnen 8 % der Erst- und Jungwähler die Demokratie entschieden ab.
4. Eine Rückkehr zum Sozialismus der DDR kann sich die überwiegende Mehrheit (77 %) nicht vorstellen. Hier hingegen ist die Ablehnung bei den 18- bis 24-Jährigen mit 86 % am höchsten.
5. Die übergroße Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger des Landes bekennt sich zu elementaren bürgerlichen Rechten: Jeweils mehr als 90 % bejahen das Demonstrationsrecht und die Meinungsfreiheit. Gewalt als Mittel der Politik lehnt eine große Mehrheit, einschließlich der jüngeren Generation, ausdrücklich ab.
6. In den jüngeren Altersgruppen haben vergleichsweise viele kein zutreffendes Verständnis von funktionierender Demokratie: 14 % halten eine demokratische Opposition für entbehrlich. 13 % bestreiten ihren Mitbürgern das Recht, für die eigene Überzeugung auf die Straße zu gehen.
7. Die persönliche Sorge um den Schutz vor Lebensrisiken ist weit verbreitet. Vor die Wahl gestellt, sich zwischen „Freiheit“ und „Sicherheit“ entscheiden zu müssen, votieren 69 % der Sachsen-Anhalter für „Sicherheit“. Dabei wächst das vorrangige Sicherheits-Bedürfnis mit steigendem Lebensalter.
8. Mit dem *Funktionieren* der Demokratie sind gegenwärtig nur 41 %, darunter überdurchschnittlich viele Jüngere, zufrieden. 57 % äußern sich unzufrieden. Allerdings färbt die Unzufriedenheit nicht auf die demokratische Verfassungsordnung ab: Fast drei Viertel (72 %) sind einverstanden mit dem Grundgesetz.

9. Zwar meint eine Mehrheit von 56 %, dass sich der Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik im Prinzip bewährt habe. Jedoch erhält die Leistungsfähigkeit staatlicher Politik in den Feldern Arbeitslosigkeit, Abwanderung, Lohngerechtigkeit, Alterung und Kindermangel mehrheitlich schlechte Noten.
10. Dass es in unserer Gesellschaft „gerecht zugeht“, bejahen lediglich 22 % der Sachsen-Anhalter. 73 % glauben dies nicht. Jüngere urteilen hier positiver als Personen, die 60 Jahre und älter sind. Eine Gerechtigkeitslücke wird besonders häufig von Arbeitern (77 %), Rentnern (75 %), Hausfrauen (88 %) und lange Zeit Arbeitslosen (89 %) gesehen.
11. Die große Mehrheit ist überzeugt, *selbst* „etwas weniger“ (43 %) bzw. „sehr viel weniger“ (14 %) als einen gerechten Anteil an Gütern und Lebenschancen zu bekommen. 41 % sehen sich selbst gerecht bedacht.
12. Gemessen an den kombinierten Merkmalen von Unzufriedenheit mit der persönlichen Lebenslage, dem Gefühl ungerechter Behandlung, fehlender Hoffnung in die Zukunft und der Schuldzuweisung für eigene schlechte Erfahrungen an die Gesellschaft, können 15 % der Sachsen-Anhalter einer Gruppe von „Verlierern“ zugerechnet werden. Bei Langzeitarbeitslosen beträgt diese Gruppe rund 58 %. Mit höherem Einkommen und besserer Bildung nimmt der Anteil dieser „abgehängten“ Mitbürger deutlich ab.
13. Relativ großes Vertrauen bringen die Sachsen-Anhalter den direkt gewählten Organen der Oberbürgermeister, Landräte und Gemeindevertretungen entgegen (50 bis 53 %). Dem Landtag vertrauen 39 %, der Landesregierung 45 % und den Behörden 44 %.
14. 79 % der Sachsen-Anhalter halten sich in allgemeinen politischen Belangen für kompetent. Allerdings geben 58 % an, über konkrete Politikinhalt nur ungenügend informiert zu sein.
15. Weite Teile der Bevölkerung zweifeln an der Rückkopplung des politischen Betriebs an die Bürger. Ein Viertel der Befragten hält die Sphäre der Politik sogar für gänzlich beratungsresistent.
16. Die Hauptinformationsquelle für das politische Tagesgeschehen der Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts ist mit 52 % das Fernsehen, gefolgt von der Tageszeitung mit 25 % und dem Radio mit 15 %. 68 % der Bevölkerung geben an, sich täglich über das politische Geschehen zu informieren. Fernsehen und Tageszeitungen sind als wichtigste Informationsquelle bei Älteren häufiger verbreitet als bei Jüngeren.

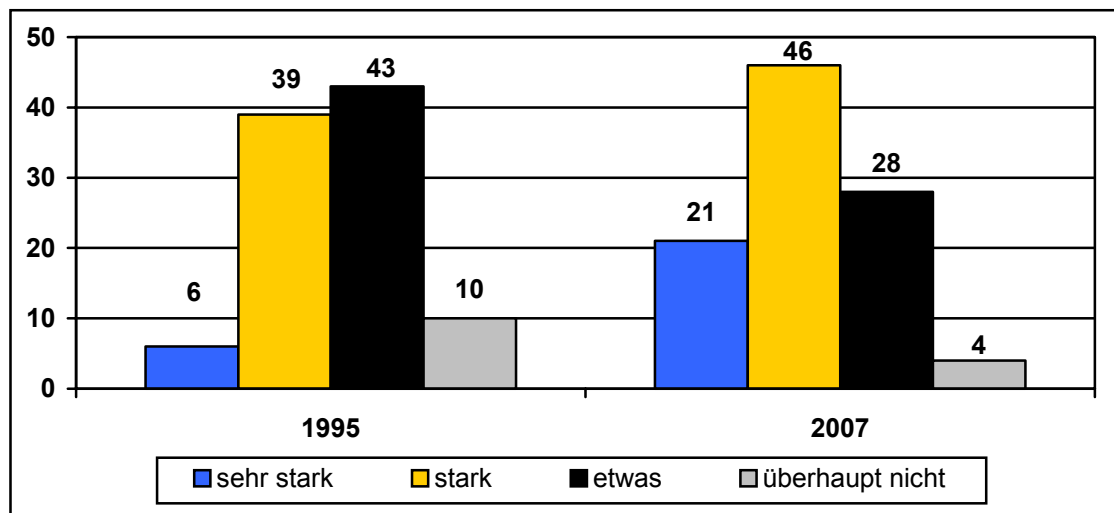
17. Die DDR ist für die meisten Bewohner des Landes Vergangenheit. Für 59 % haben sich die mit der Wende von 1989/90 gehegten Hoffnungen zumindest in wichtigen Teilen erfüllt. Für 54 % überwiegen die Vorzüge der deutschen Einigung. 34 % gewichteten die Nachteile mehr. *Persönlich* haben 65 % der Sachsen-Anhalter überwiegend vorteilhafte Erfahrungen gemacht. 26 % reklamieren für sich selbst mehr Nachteile.
18. Konkret als Vorteil werden die Besserung der Wirtschaft (56 %), mehr persönliche Freiheit (80 %), ein höherer Lebensstandard (65 %), mehr individuelle Lebenschancen (58 %) und die Ablösung des autoritären Regimes (55 %) empfunden. Verschlechtert haben sich demgegenüber mit dem Systemwechsel für eine Mehrheit in der Bevölkerung der Umgang der Menschen miteinander (84 %), die Gewähr sozialer Gerechtigkeit (60 %), die soziale Absicherung (64 %), der Schutz vor Kriminalität und Verbrechen (58 %), die Bildung und Ausbildung (59 %), die Gesundheitsversorgung (59 %) sowie die Kinderbetreuung (75 %).
19. Somit steht für 96 % der Sachsen-Anhalter fest, dass in der DDR „nicht alles schlecht“ war. Im Gegenteil: *Privat* habe man in der DDR „ganz gut leben“ können (90 %). 93 % halten es daher für nicht angemessen, wenn sich die Darstellung der DDR in den Medien nur auf die Themen Stasi und SED-Diktatur beschränkt.
20. Die rechtsextremistischen Einstellungen der Sachsen-Anhalter liegen im nationalen Vergleich deutlich unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer und unterscheiden sich nur in geringem Maße von den alten Bundesländern. In speziellen Bereichen, wie dem Antisemitismus, liegen sie unter dem Durchschnitt Ost- und Westdeutschlands.

1. Sachsen-Anhalt und seine Bürgerinnen und Bürger

Sachsen-Anhalt ist als Land verhältnismäßig jung. Die Bezeichnung Sachsen-Anhalt trug ein neugegründetes Land erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg vom 21. Juli 1947 bis zur Neuordnung des Gebiets der DDR in Bezirke am 25. Juli 1952. Erst seit dem 14. Oktober 1990 gibt es das Bundesland Sachsen-Anhalt. Vor diesem Hintergrund spielt die Entwicklung der Landesidentität eine besondere Rolle. Denn die Frage, ob Sachsen-Anhalt von den Bürgerinnen und Bürgern „angenommen“ wird und ob sie eine Bindung zu dem Land, in dem sie leben, aufbauen, beeinflusst auch die subjektive Sicht auf die regionale Wirtschaft, Gesellschaft und Politik.

Zwei Drittel (67 %), also die deutliche Mehrheit der Sachsen-Anhalter, fühlen sich mit Sachsen-Anhalt stark oder sehr stark verbunden. Vergleicht man die Landesidentität der Bürger in den Jahren 2007 und 1995, zeigt sich, dass sich die Bewohner Sachsen-Anhalts mit der Zeit mit ihrem Land stärker identifizieren: Seither wuchs die Landesidentität um 22 % (s. Abb.1).

Abb. 1: Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt 1995 und 2007
(Angaben in Prozent)



Quelle: Werte für 1995 aus Infas Politogramm Sachsen-Anhalt September/Oktober 1995

F. 1: Wie stark fühlen Sie sich Sachsen-Anhalt verbunden: Fühlen Sie sich Sachsen-Anhalt sehr stark verbunden, stark verbunden, etwas verbunden oder nicht verbunden?

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Die Verbundenheit mit dem Land nimmt mit dem Alter zu. Bei den 18- bis 24-Jährigen ist gut jede(r) zweite (55 %) stark oder sehr stark mit dem Land verbunden, während in der Gruppe der über 60-Jährigen drei von vier Sachsen-Anhaltern (76 %) mindestens eine starke Bindung an das Land haben (s. Abb. 2). Ein Blick auf die Berufstätigkeit zeigt ein ähnlich generationengeprägtes Bild: Rentner fühlen sich mit 77 % überdurchschnittlich stark an das Land gebunden, während bei Bürgern, die sich noch in einer Berufsausbildung befinden, der Anteil der stark verwurzelten lediglich 50 % beträgt. Die Stärke der Bindung schwankt mutmaßlich mit einer kürzeren oder längeren Verweildauer im Land, aber auch mit dem bei

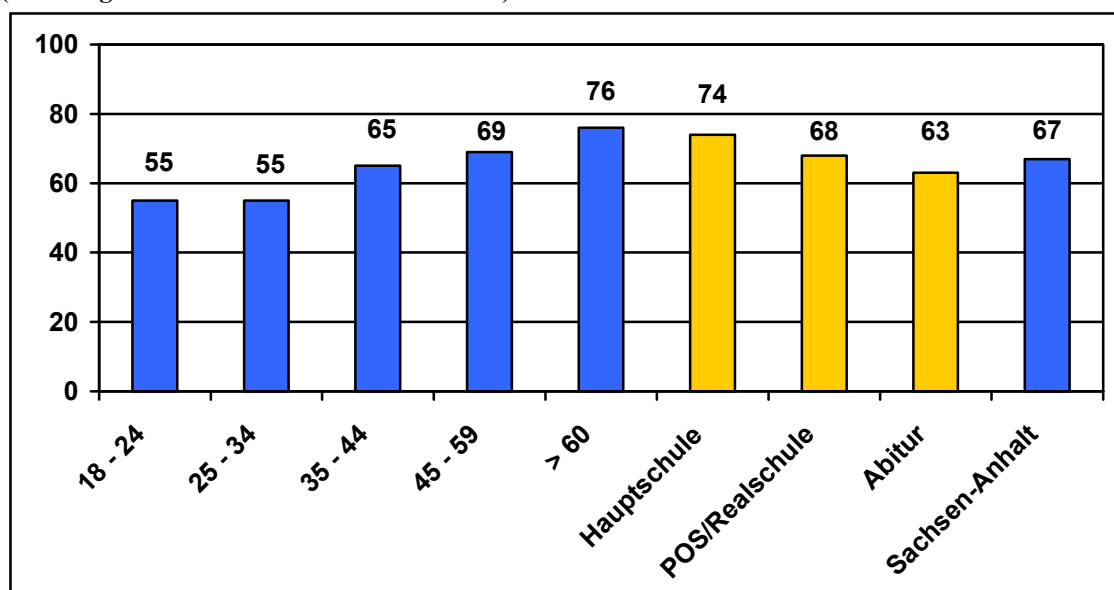
Jüngeren ausgeprägter „mobilen“ Bewusstsein, zukünftig seinen Lebensmittelpunkt eventuell in ein anderes Bundesland zu verlagern.

Im Folgenden wenden wir uns weiteren Zusammenhängen zwischen der Landesidentität und ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen und Einstellungen zu:

Während der Sachverhalt des Pendelns bei vielen von uns gestellten Fragen nur eine untergeordnete Rolle spielt, wird die Intensität der Bindung an das Land durch diese Eigenschaft offenbar beeinflusst. Sachsen-Anhalter, die zur Ausübung ihres Berufs in andere Bundesländer pendeln, sind mit einem Anteil von 54 % unterdurchschnittlich an das Land gebunden. Allerdings ist damit immer noch mehr als jeder zweite Pendler stark in „seinem“ Bundesland verwurzelt, und lediglich 10 % geben an, dass sie mit Sachsen-Anhalt „nicht verbunden“ sind. Der Zusammenhang zwischen Landesidentität und Pendeln bleibt auch bei einer Unterteilung nach Altersgruppen erhalten.

Bei Bürgern mit niedrigerem Schulabschluss ist die Bindung an Sachsen-Anhalt überdurchschnittlich stark. 74 % der Volks- und Hauptschulabsolventen identifizieren sich stark mit dem Bundesland (s. Abb. 2).

**Abb. 2: Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt nach Alter und Bildung
(Nennungen sehr stark und stark in Prozent)**



F. 1: Wie stark fühlen Sie sich Sachsen-Anhalt verbunden: Fühlen Sie sich Sachsen-Anhalt sehr stark verbunden, stark verbunden, etwas verbunden oder nicht verbunden?

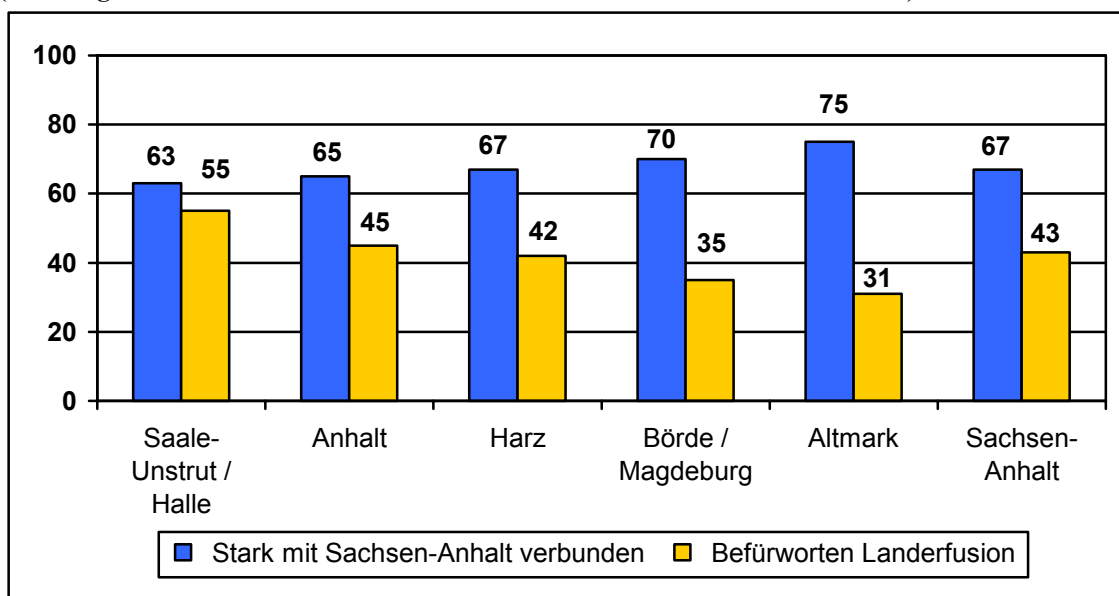
Unterschiede zeigen sich auch in den einzelnen Regionen¹ des Landes, wobei sich ein deutliches Nord-Süd-Gefälle abzeichnet: In der Altmark sind drei von vier Bewohnern (75 %)

1 Die Regionen entsprechen den Planungsregionen der Landesregierung auf der Basis der Kreise vor der Kreisgebietsreform zum 1. Juli 2007. Den Regionen sind folgende Kreise zugeordnet: Altmark: LK Stendal, LK Altmarkkreis Salzwedel, Börde: LK Bernburg, SK Magdeburg, LK Aschersleben-Staßfurt, LK Bördekreis, LK Jerichower Land, LK Ohrekreis, LK Schönebeck, Harz: LK Mansfelder Land, LK Sangerhausen, LK Halberstadt, LK Quedlinburg, LK Wernigerode, Anhalt: SK Dessau, LK Anhalt-Zerbst, LK Bitterfeld, LK Köthen, LK Wittenberg, Saale-Unstrut: SK Halle/Saale, LK Burgenlandkreis, LK Merseburg-Querfurt, LK Saalkreis, LK Weißenfels.

stark mit dem Land verbunden, und auch in der Börde um Magdeburg und im Salzland ist die Landesidentität mit 70 % immer noch überdurchschnittlich hoch. Hingegen ist die Bindung an Sachsen-Anhalt im Harz (67 %), in Anhalt um Dessau (65 %) und besonders in der Saale-Unstrut-Region um Halle (63 %), also in den Regionen, die an die Bundesländer Sachsen und Thüringen grenzen, mit denen eine Länderfusion in Betracht gezogen wird, deutlich geringer ausgeprägt (s. Abb.3).

Diese regionalen Unterschiede in der Bindung an Sachsen-Anhalt zeigen sich auch bei einem Blick auf die Verbreitungsgebiete der beiden regionalen Tageszeitungen: Im Einzugsgebiet der „Magdeburger Volksstimme“ ist der Anteil der stark Gebundenen mit 72 % fast 10 % höher als im Verbreitungsgebiet der „Mitteldeutschen Zeitung“ (63 %).

Abb. 3: Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt und Länderfusion nach Regionen
(Nennungen sehr stark und stark verbunden bzw. befürwortete Fusion in Prozent)



F. 1: Wie stark fühlen Sie sich Sachsen-Anhalt verbunden: Fühlen Sie sich Sachsen-Anhalt sehr stark verbunden, stark verbunden, etwas verbunden oder nicht verbunden?

F. 3: In der Öffentlichkeit wird über den Zusammenschluss von Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen zu einem Bundesland diskutiert. Wie ist Ihre Meinung dazu: Befürworten Sie alles in allem eine Fusion der drei Bundesländer oder lehnen Sie sie eher ab?

Bei genauerer Nachfrage, ob die Verbundenheit mit dem Land stärker ist als mit „der Region, in der Sie leben“, äußert nicht einmal jeder sechste Sachsen-Anhalter (14 %) eine Präferenz für das Land. Knapp 80 % der Sachsen-Anhalter sind eher „Regionalpatrioten“. Dieser Befund gilt für alle Landesregionen gleichermaßen.

Die Differenz zwischen regionaler Verwurzelung und Landesidentität spiegelt sich auch in der Haltung zu einer eventuellen Länderfusion mit Thüringen und Sachsen wider. 43 % der Bevölkerung befürworten ein Zusammengehen, während sich 46 % dagegen aussprechen. Das Nord-Süd-Gefälle bei der Landesidentität bildet sich auch bei der Fusionsfrage ab: Besonders die südlichen Regionen, die an Sachsen und Thüringen grenzen, und ganz besonders das Saale-Unstrut-Gebiet nahe Halle (56 %), in dem die Verflechtungsbeziehungen mit der Region Leipzig intensiv sind, bejahen einen Zusammenschluss mit Sachsen und Thüringen (s. Abb. 3). Zustimmung äußern überwiegend Sachsen-Anhalter mit Hochschulreife (55 %), und

bemerkenswerterweise über 60-Jährige, die sich andererseits am stärksten mit dem Land identifizieren. Gerade die 18- bis 24-Jährigen, die eine geringere Bindung an das Land bekunden, lehnen eine Länderfusion zu 63 % wiederum am vehementesten ab. Sollte es sich dabei nicht um einen Alters-, sondern um einen Generationeneffekt² handeln, so würde der Anteil der ohnehin schon eine Minderheit bildenden Fusionsbefürworter in Zukunft noch weiter abnehmen. Gemessen am Meinungsbild der Bevölkerung, sind die Chancen für eine Länderfusion alles in allem recht gering, zumal die Zustimmungswerte in Sachsen und Thüringen noch niedriger ausfallen.

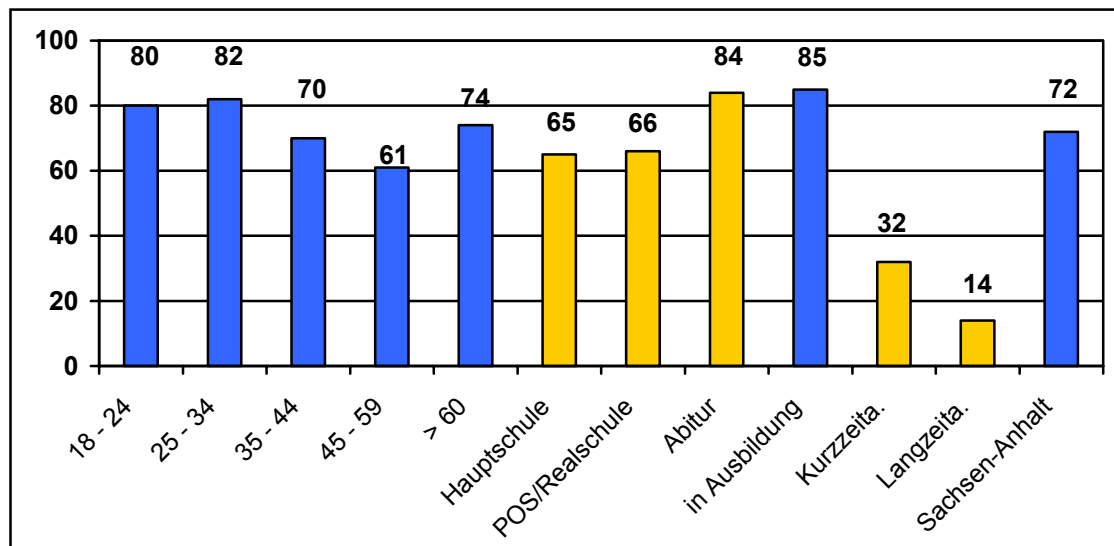
2 Ein Alterseffekt tritt auf, wenn sich Einstellungen im Laufe des Lebens ändern. Ein Generationeneffekt tritt dagegen auf, wenn ein Ereignis die Einstellungen einer Generation nachhaltig prägt und das Ereignis auch bei steigendem Alter nachwirkt.

2. Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Sachsen-Anhalt galt lange Zeit als wirtschaftlich schwächstes Bundesland. Diese Zeiten sind inzwischen vorbei: Sachsen-Anhalt gilt mittlerweile als eines der ökonomisch dynamischsten Bundesländer.³ Neben allen externen Güte-Attesten ist nun aber aufschlussreich, wie die Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts ihre eigene Lage sowie die des Landes und die zukünftige Entwicklung selbst einschätzen.

Fast Dreiviertel (72 %), also eine sehr große Mehrheit der Sachsen-Anhalter, sind laut Umfrage mit ihrer derzeitigen Lebenssituation zufrieden (s. Abb. 4). Hierbei muss aber bedacht werden, dass die Teilnahmebereitschaft der Erhebung bei ca. 55 % lag. Wenn Bürger mit bestimmten Eigenschaften häufiger eine Befragung ablehnen, dann kann dies die Repräsentativität der Ergebnisse beeinflussen. Dass die Teilnahmebereitschaft von Unzufriedenen an Befragungen nachweisbar geringer ist, hat zur Folge, dass die bei unserer Umfrage ermittelten Werte das tatsächliche Ausmaß an Zufriedenheit überschätzen. Korrekterweise sind also *maximal* 72 % der Sachsen-Anhalter mit ihrer derzeitigen Lebenssituation zufrieden. Eine konservative Schätzung, nach der alle, die nicht an der Befragung teilgenommen haben, als unzufrieden einzustufen sind, würde lauten, dass *mindestens* 40 % der Landesbewohner mit ihrer Lebenssituation zufrieden sind.

Abb. 4: Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation
(Nennungen sehr zufrieden und zufrieden in Prozent)



F. 5: Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer derzeitigen Lebenssituation?

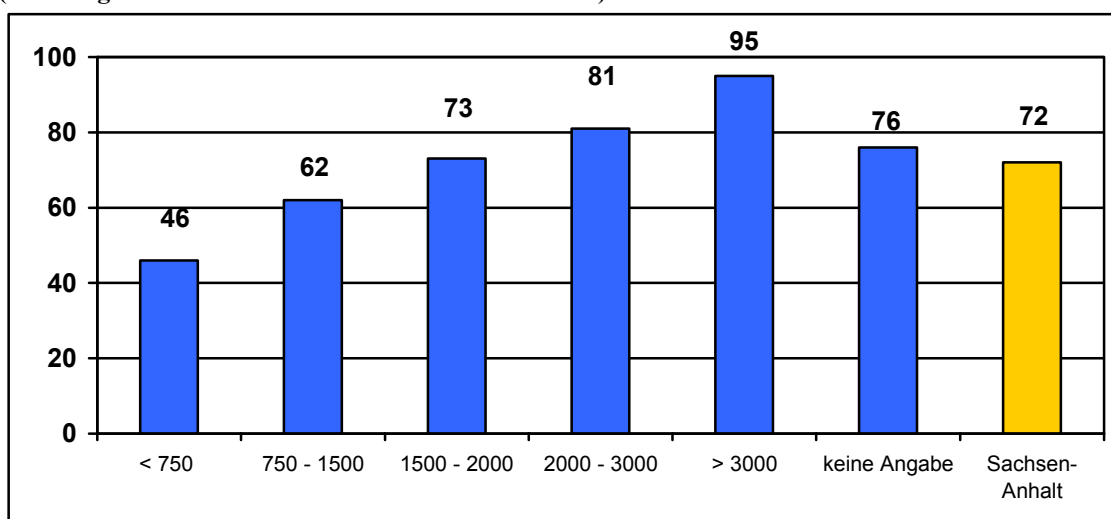
Besonders hoch ist die Zufriedenheit bei den unter 35-Jährigen, von denen nur jede(r) fünfte (ca. 20 %) „weniger zufrieden“ mit seiner/ihrer Lebenssituation ist. Im Gegensatz dazu ist in

3 So zum Beispiel nach Angaben der „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ oder der Standort-Analyse der Bertelsmann-Stiftung. Vgl. neuestens: „Sachsen-Anhalt legt „Verlierer-Image“ ab“ (MZ vom 20. August 2007, S. 2).

der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen, also der Bevölkerungsgruppe, die sich dem Ende ihres Erwerbslebens nähert, ein doppelt so großer Anteil (39 %) unzufrieden. Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation ist besonders bei höher Gebildeten (84 %) und denjenigen, die sich noch in der Ausbildung befinden (85 %), verbreitet (s. Abb. 4).

Allgemein überwiegt dieses Zufriedenheitsgefühl in allen sozialen Gruppen. Eine Ausnahme bilden die Arbeitslosen, von denen nicht einmal ein Viertel (23 %) zufrieden mit ihrer derzeitigen Lebenslage ist. Werden nur diejenigen betrachtet, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, nimmt der Anteil der Zufriedenen noch weiter ab: Lediglich 14 % der Langzeitarbeitslosen sind mit ihrer Lebenssituation zufrieden (vgl. Abb. 4). Dass es sich bei der Unzufriedenheit der (Langzeit-)Arbeitslosen nicht um einen reinen Einkommenseffekt handelt, zeigt der statistische Zusammenhang zwischen den Größen Haushaltseinkommen und Zufriedenheit: Zwar nimmt die Zufriedenheit tendenziell mit steigendem Haushaltseinkommen stark zu. Aber auch in der niedrigsten Einkommensgruppe mit einem Nettohaushaltseinkommen von unter 750 € liegt der Anteil der Zufriedenen nur knapp unter 50 % und damit deutlich über dem Anteil bei Arbeitslosen (s. Abb.5). Arbeitslosigkeit macht folglich stärker unzufrieden als geringes Einkommen. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die Erwerbstätigkeit einen ideellen Wert besitzt und nach wie vor als eine Bestätigung gesellschaftlicher Integration betrachtet wird.

Abb. 5: Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation nach Haushaltseinkommen (in €)
(Nennungen sehr zufrieden und zufrieden in Prozent)



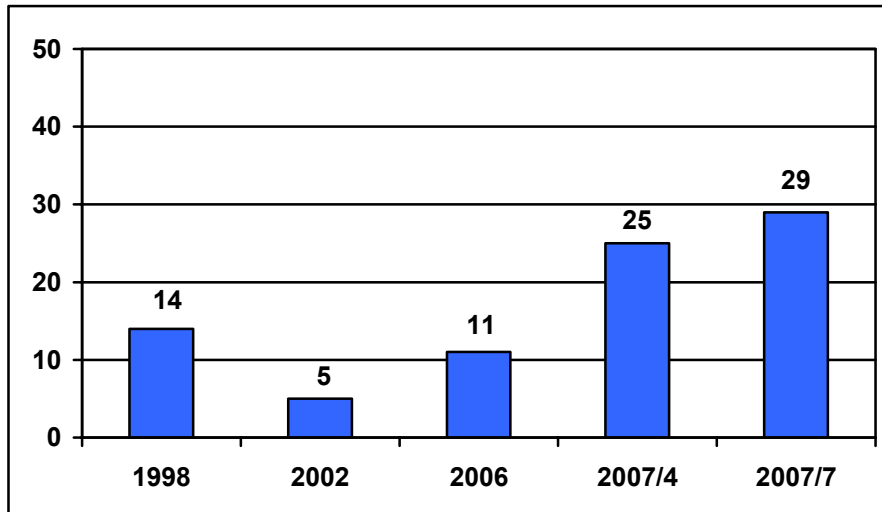
F. 5: Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer derzeitigen Lebenssituation?

Im Vergleich zur Einschätzung der eigenen Lebenssituation wird die derzeitige wirtschaftliche Lage des Landes deutlich schlechter beurteilt. Lediglich 28 % der Sachsen-Anhalter bewerten die wirtschaftlichen Verhältnisse als „gut“ und nur 1 % als „sehr gut“.

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt immerhin, dass sich in den letzten 10 Jahren und besonders seit dem Tiefpunkt 2002 die Beurteilung des Standortes Sachsen-Anhalt deutlich verbessert hat (s. Abb.6). Anders als bei der Zufriedenheit mit der persönlichen Situation fällt mit zunehmendem Alter die Bewertung der wirtschaftlichen Lage des Landes positiver aus.

Während nur jede(r) Fünfte (22 %) zwischen 18 und 24 Jahren die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt als gut bezeichnet, ist es bei den über 60-Jährigen jede(r) Dritte (34 %).

Abb. 6: Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen Anhalt im Zeitverlauf
(Nennungen sehr gut und gut in Prozent)

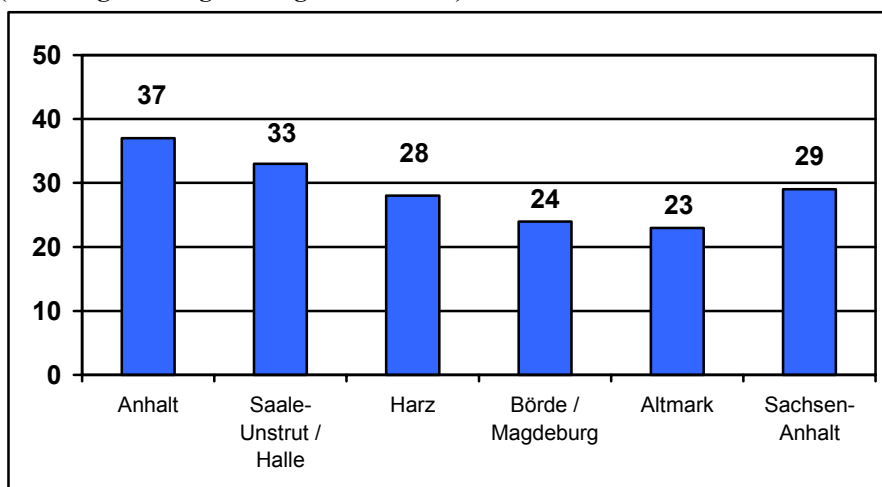


Quelle: Werte für 1998, 2002, 2006, 2007/4 aus Infratest dimap Sachsen-Anhalt TREND April 2007

F. 4: Wie beurteilen Sie ganz allgemein die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt?

Arbeitslose schätzen nicht nur ihre eigene Lebenssituation wesentlich pessimistischer ein als andere Bevölkerungsgruppen, sondern auch die aktuelle wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt: Nur 11 % der Arbeitslosen beurteilen diese Situation als gut. Bei Langzeitarbeitslosen sind es sogar nur 4 %. Auch bei dieser Frage wird die Spreizung nach Altersgruppen erkennbar: Von Rentnern wird die ökonomische Situation (36 %) wesentlich positiver eingeschätzt als von Sachsen-Anhaltern, die sich noch in einer Ausbildung befinden (19 %). Auch Freiberufler (18 %) sehen die wirtschaftliche Lage des Landes negativer.

Abb. 7: Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen Anhalt nach Regionen
(Nennungen sehr gut und gut in Prozent)

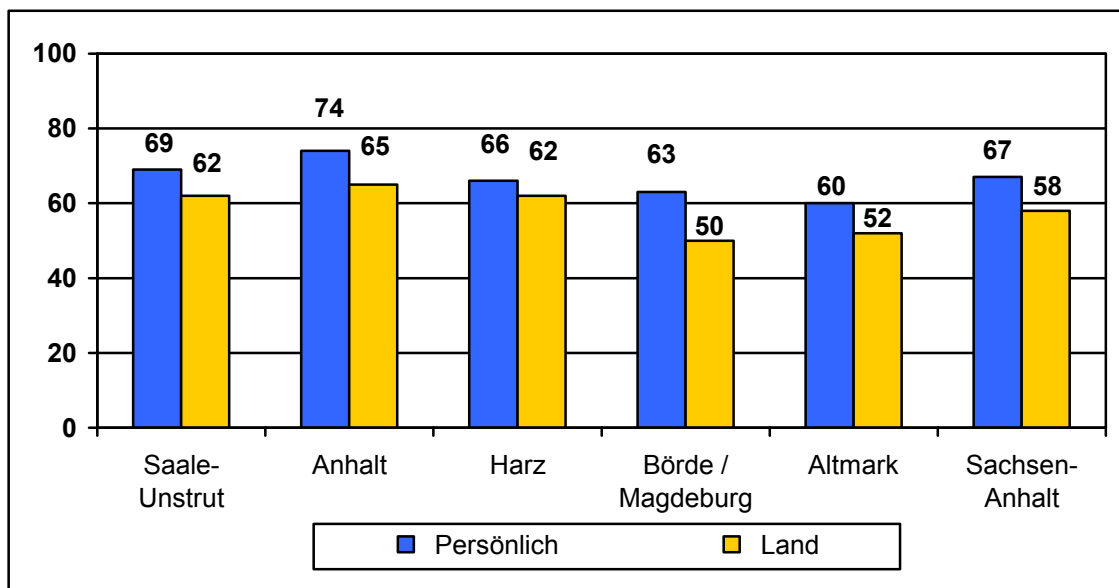


F. 4: Wie beurteilen Sie ganz allgemein die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt?

Nach Regionen zeigt sich ein leichtes Nord-Süd-Gefälle: In Anhalt um Dessau und Bitterfeld und in der Saale-Unstrut-Region um Halle wird die wirtschaftliche Lage positiver eingeschätzt als in den nördlichen Regionen Altmark und Börde (s. Abb. 7).

Die Zukunft wird von der deutlichen Mehrheit der Sachsen-Anhalter positiv eingeschätzt. Dies gilt sowohl für die persönlichen Aussichten, die von zwei Dritteln (67 %) hoffnungsvoll beurteilt werden, als auch für die Zukunft des Bundeslandes, der von 58 % eher optimistisch entgegesehen wird. Besonders zuversichtlich schätzen die jüngeren Altersgruppen, also die 18- bis 24-Jährigen (75 %) und die 25- bis 34-Jährigen (83 %), ihre persönliche Zukunft ein. Ebenso sehen höher Gebildete und freiberuflich Tätige (beide 77 %) erwartungsvoll der Zukunft entgegen, während nur gut ein Drittel (36 %) der Langzeitarbeitslosen in diesem Punkt zuversichtlich gestimmt ist.

Abb. 8: Optimistische Zukunftsaussichten nach Regionen (eher optimistisch in Prozent)



F. 6: Wenn Sie in die Zukunft blicken: Sehen Sie Ihrer persönlichen Zukunft eher optimistisch oder eher pessimistisch entgegen?

F. 7: Und wie ist das mit Sachsen-Anhalt: Sehen Sie der Zukunft Sachsen-Anhalts eher optimistisch oder eher pessimistisch entgegen?

Wie schon bei der aktuellen Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, zeigt sich auch bei der Zukunftsfrage, dass in den südlichen Regionen des Landes sowohl die persönliche Zukunft als auch die des Landes optimistischer gesehen wird. In Anhalt um Dessau und Bitterfeld sehen drei Viertel (74 %) der Bürger selbst zuversichtlich in die Zukunft und knapp zwei Drittel (65 %) erwarten auch eine gute Entwicklung Sachsen-Anhalts. In der Altmark und der Börde sind die Erwartungen in persönlicher und allgemeiner Hinsicht zwar deutlich geringer, aber immer noch mehrheitlich optimistisch eingestimmt (s. Abb. 8).

3. Einstellungen zur Demokratie

„Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ – diese Einschätzung teilen 79 % der Sachsen-Anhalter (s. Tab. 1). Dass zu einer gefestigten Demokratie der Respekt vor Andersdenkenden und anderen Lebensweisen gehört, bestätigen 88 % (s. Tab. 2). Nur 16 % würden, „wenn es Not tut“, einer Diktatur den Vorzug geben (s. Tab. 3). Einen gewissen Gegenpol zu dieser demokratiefreundlichen Grundstimmung bildet eine Minderheit von Erst- und Jungwählern: Unter diesen ist die Zahl derer, welche die Demokratie entschieden ablehnen, von allen Altersgruppen mit 8 % am höchsten.

**Tab. 1: Demokratie als beste Staatsidee
(Angaben in Prozent)**

F. 20c: Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen.	Sachsen-Anhalt (∅)	Alter in Jahren				
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60
Stimme voll zu	42	34	36	36	40	51
Stimme eher zu	38	45	47	40	35	32
Lehne eher ab	14	12	12	17	18	10
Lehne völlig ab	4	8	2	2	5	3

**Tab. 2: Respekt vor Andersdenkenden und anderen Lebensweisen
(Angaben in Prozent)**

F. 20d: Nur wenn wir andere Meinungen und Lebensweisen respektieren, ist unsere Demokratie überlebensfähig.	Sachsen-Anhalt (∅)	Alter in Jahren				
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60
Stimme voll zu	52	51	50	52	50	55
Stimme eher zu	36	33	41	34	36	34
Lehne eher ab	8	10	7	9	9	7
Lehne völlig ab	2	4	2	3	3	2

**Tab. 3: Diktatur als alternative Staatsform
(Angaben in Prozent)**

F. 20b: Wenn es Not tut, ist eine Diktatur die bessere Staatsform.	Sachsen-Anhalt (∅)	Alter in Jahren				
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60
Stimme voll zu	5	4	2	4	7	7
Stimme eher zu	10	7	7	9	11	14
Lehne eher ab	23	26	21	32	19	20
Lehne völlig ab	59	63	70	54	60	55

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Die Idee der Demokratie besitzt hierzulande nach überwiegender Meinung der Bevölkerung des Landes in der existierenden sozialstaatlich verpflichteten Staatsordnung eine erprobte Stütze. Für eine Mehrheit von 56 % hat sich der bundesdeutsche Wohlfahrtsstaat „alles in allem bewährt“ (s. Tab. 4). Nur eine Minderheit von gut einem Fünftel kann sich eine Rückkehr zum Regime des realen Sozialismus vorstellen.

Tab. 4: Einstellungen zu verschiedenen Aspekten der Demokratie
(Nennungen stimme voll und ganz zu und stimme eher zu als „Zustimmung“ und lehne eher ab und lehne
völlig ab als „Ablehnung“ in Prozent)

F. 34 a-m	Ausprägung	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren				
			18-24	25-34	35-44	45-59	>60
Die Ausbeutung des Menschen durch das globale Kapital kann nur durch internationale Solidarität überwunden werden.	Zustimmung	71	63	70	61	68	81
	Ablehnung	25	34	28	37	27	14
Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.	Zustimmung	39	32	23	32	43	47
	Ablehnung	58	66	76	65	57	49
Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.	Zustimmung	21	12	17	24	22	22
	Ablehnung	77	86	78	75	77	76
Alles in allem hat sich unser Wohlfahrtsstaat bewährt.	Zustimmung	56	50	50	48	52	68
	Ablehnung	42	48	49	51	47	29
Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen.	Zustimmung	91	86	89	94	92	89
	Ablehnung	9	14	11	6	7	11
Jeder sollte das Recht haben für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist.	Zustimmung	95	96	98	94	97	92
	Ablehnung	5	4	2	5	3	7
Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.	Zustimmung	88	83	81	87	89	93
	Ablehnung	8	14	16	11	8	3
Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen.	Zustimmung	82	76	79	82	81	86
	Ablehnung	17	24	20	17	18	12
Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl.	Zustimmung	40	33	34	36	35	51
	Ablehnung	56	64	65	62	60	44
Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet.	Zustimmung	59	66	57	53	55	61
	Ablehnung	38	34	42	43	43	33
In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.	Zustimmung	9	7	4	9	7	9
	Ablehnung	91	93	96	91	93	90
Die Aufgabe der politischen Opposition ist es, die Regierung in ihrer Arbeit zu unterstützen und deren Entscheidungen mitzutragen.	Zustimmung	66	72	65	57	58	75
	Ablehnung	31	26	33	41	39	22
Die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den Interessen des Einzelnen stehen.	Zustimmung	88	76	82	89	90	92
	Ablehnung	11	24	17	10	9	8

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Von den Erst- und Jungwählern wollen lediglich 12 % „zur sozialistischen Ordnung zurückkehren“. Desgleichen bekommt das frühere System einer gelenkten Ökonomie wenig Zustimmung. Eine Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftsunternehmen lehnen 58 % der Landesbevölkerung ab. Der Gedanke, dass „die Ausbeutung des Menschen durch das globale Kapital“ allein durch internationale Solidarität überwunden werden könne, findet breiten Zuspruch (71 %). Dies könnte darauf hindeuten, dass durch die Wiederbelebung des – vielen noch vertrauten – formelhaften marxistischen Sprachgebrauchs immer noch positive Reflexe

geweckt werden. Hierfür spräche auch, dass 81 % der über 60-Jährigen, aber nur 63 % der unter 25-Jährigen dieser kapitalismuskritischen Aussage beipflichten. Andererseits ist Kritik an den abträglichen Globalisierungsfolgen heutzutage längst kein Alleinstellungsmerkmal der sozialistischen Linken mehr.

Unantastbar ist für die allermeisten Bürgerinnen und Bürger des Landes die Verbürgung elementarer bürgerlicher Freiheitsrechte. Jeweils über 90 % bejahen das Demonstrationsrecht (91 %) und das Recht zur öffentlichen Äußerung abweichender Meinungen (95 %). Ebenso werden das Recht zur Bildung einer Opposition (88 %), die Chance für einen Wechsel zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien (82 %) sowie der Gewaltverzicht bei politischen Auseinandersetzungen (91 %) als wichtige Regulative demokratischen Regierens mehrheitlich breit akzeptiert.

Auffallend ist jedoch, dass unter den Jüngeren relativ viele sind, die zu wichtigen Funktionsbedingungen der Demokratie ein gestörtes Verhältnis pflegen. Fast ein Viertel der 18- bis 24-Jährigen (24 %) lehnt die verfassungsförmige Verbürgung der Möglichkeit eines Regierungswechsels ab (s. Tab. 4). 13 % verneinen das Recht von Bürgern, für die eigene Überzeugung notfalls auf die Straße zu gehen. Des weiteren halten 14 % eine demokratische Opposition für überflüssig, und auch die eher obrigkeitstaatliche Vorstellung, recht verstandene oppositionelle Tätigkeit bedeute, ein treuer politischer Helfer der Regierung zu sein, wird in der jüngsten Altersgruppe mit 72 % – nach der ältesten – weitaus am meisten geteilt.

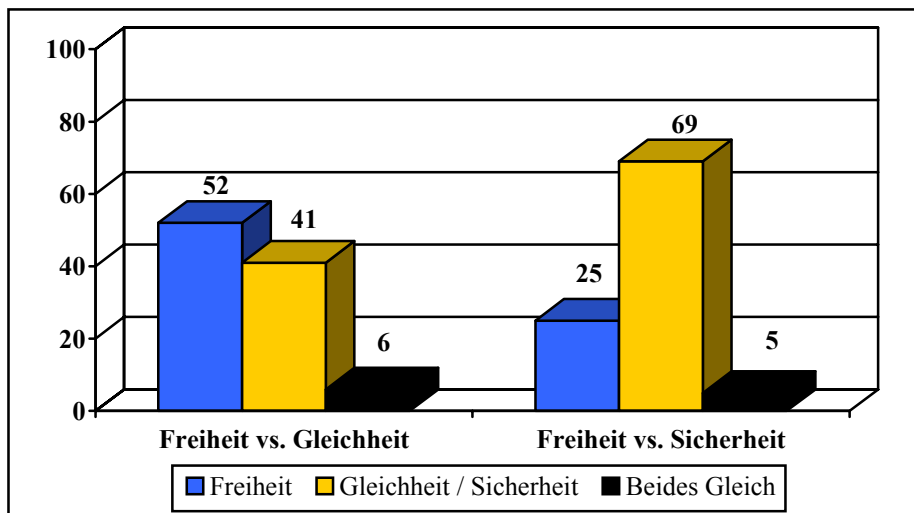
Generell lassen sich im vorherrschenden Demokratieverständnis der Sachsen-Anhalter auch Sympathien für eine stärker gelenkte bzw. hierarchisch geordnete politische Betätigung nachweisen. Zwar nicht die Mehrheit, aber immerhin 40 % der Bevölkerung des Landes halten den Streit der Interessengruppen und deren Forderungen an die Regierung für gemeinwohlschädlich (s. Tab. 4). Die Wahrnehmung des Streikrechts und Demonstrationsrechts mögen sich die Bürger mehrheitlich (59 %) selbst nur soweit zugestehen, wie „die öffentliche Ordnung“ nicht gefährdet wird. Die Aufgabe der Opposition sehen zwei Drittel der Sachsen-Anhalter nicht etwa im Aufzeigen politischer Alternativen, sondern in loyaler Unterstützung der amtierenden Regierung. Dass „die Interessen des ganzen Volkes“ *immer* über den Interessen des Einzelnen rangieren sollen, findet breite Zustimmung (88 %). Dass das Individuum unveräußerliche Rechte besitzt, die auch gegenüber dem „Kollektiv“ ihre Geltung behalten, kommt demnach nur einer kleinen Minderheit in den Sinn. Offenbar wird nur von wenigen erkannt, dass eine schrankenlose Umsetzung des hinter dieser Frage stehenden und vordergründig eingängigen Leitmotivs „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ in totalitäre Staatspraktiken münden kann. *Dieser* Aussage stimmen übrigens Jüngere mit 30 % am wenigsten „voll und ganz“ zu.

Freiheit und Gleichheit gelten gemeinhin als Leitideen aufgeklärten politischen Denkens. Beide Begriffe bezeichnen gleichermaßen zentrale Grundwerte demokratischer Verfassungsstaaten. Als solche sind sie von ihrem Verfassungsstatus her gleichrangig. Daher lassen sie sich eigentlich nicht gegeneinander ausspielen. Im in dieser Umfrage nachgefragten Fall eines gedachten Konflikts zwischen diesen beiden Werten werden Bürgerinnen und Bürger dennoch aufgefordert, entweder der Freiheit oder der Gleichheit den Vorzug zu geben. Hinter

dieser Frage-Konstruktion steht die Überlegung, dass dabei zutage tretende Präferenzentscheidungen der Befragten insofern aussagekräftig sind, als sie auf den Verbreitungsgrad zweier unterschiedlicher Vorstellungen von Demokratie verweisen: „Freiheit“ steht dann vor allem für das Betonen individueller und aktivbürgerlicher Beteiligungsrechte sowie, auf die Sphäre der Wirtschaft übertragen, auch für das Leistungsprinzip mit seinen Chancen und Risiken. „Gleichheit“ steht demgegenüber für die Erwartung, dass seitens der Politik vorrangig ungleiche Lebens- und Teilhabechancen ausgeglichen werden sollten. Dieses Demokratieverständnis geht in Deutschland traditionell einher mit Forderungen nach umfassender sozialstaatlicher Daseinsvorsorge.

Vor die Wahl gestellt, sich zwischen „Freiheit“ und „Gleichheit“ entscheiden zu müssen, sind die Sachsen-Anhalter in zwei fast gleich große Lager gespalten. Für „Freiheit“ optieren 52 %, darunter überdurchschnittlich viele der 18- bis 35-Jährigen (s. Abb. 9, Tab. 5). Dem Wert „Gleichheit“ geben 41 % den Vorzug, vor allem Arbeiter (50 %) und Angehörige der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen (51 %). Auch unter Anhängern demokratischer Parteien überwiegt das Votum für „Freiheit“; besonders ausgeprägt ist diese Präferenz in den Lagern von FDP und Bündnisgrünen. Lediglich bei Sympathisanten der Linkspartei halten sich die Vorlieben für beide Werte mit jeweils 45 % exakt die Waage (s. Tab. 5).

Abb. 9: Freiheit vs. Gleichheit und Freiheit vs. Sicherheit (in Prozent)



F. 21: Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Gleichheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

F. 22: Und sicherlich ist auch beides wichtig: Freiheit und Sicherheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Deutlich ungleicher verteilen sich die Gewichte bei einer weiteren Wahl-Frage, bei welcher es um die Entscheidung zwischen „Freiheit“ und „Sicherheit“ geht. Nur ein Viertel der Sachsen-Anhalter hält auch dann noch an der Freiheits-Option fest. Hingegen entscheiden sich diesmal 69 % der Sachsen-Anhalter zugunsten von „Sicherheit“ (s. Abb. 9). Ein besonders ausgeprägtes Sicherheitsbedürfnis zeigen die mittleren und älteren Jahrgänge, wobei die Zustimmungsrate mit steigendem Lebensalter stetig steigt (s. Tab. 5). Auch

Frauen (76 %), Arbeitslose (74 %) und Personen mit einfacher Schulbildung (81 %) ordnen sich überdurchschnittlich häufig auf der „sicheren Seite“ ein. Dies sind Sozialgruppen, die sich aus unterschiedlichen Motiven mit persönlichen Lebensrisiken vergleichsweise stark konfrontiert sehen.

Tab. 5: Freiheit vs. Gleichheit und Freiheit vs. Sicherheit nach Alter und Parteisympathie (Angaben in Prozent)

Was ist ihnen wichtiger: Freiheit oder Gleichheit bzw. Freiheit oder Sicherheit	Sachsen- Anhalt (∅)	Alter in Jahren					Parteisympathie					
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	CDU	SPD	FDP	Linke	B'90/ Grüne	Keine
Freiheit	52	59	66	55	40	53	58	54	65	45	69	43
Gleichheit	41	38	29	39	51	40	39	42	27	45	23	48
Beides gleich wichtig	6	1	5	4	9	5	3	4	6	8	8	8
Freiheit	25	44	36	29	23	14	26	24	42	27	47	15
Sicherheit	69	51	59	67	70	80	71	70	54	66	53	74
Beides gleich wichtig	5	3	5	3	6	5	3	5	4	5	0	9

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Unterschiedlich gruppieren sich bei der Beantwortung dieser Frage die Parteigänger (s. Tab. 5): Während die Anhänger von CDU und SPD sich ziemlich genau gemäß dem Gesamtdurchschnitt aufteilen, ist der Anteil der Optanten für „Freiheit“ unter Personen, die mit der FDP oder den Bündnisgrünen sympathisieren, überdurchschnittlich hoch (42 % bzw. 47 %). Dieses Verteilungsmuster entspricht einestils dem von CDU und SPD verkörperten Prinzip der Volkspartei, demzufolge in der Bevölkerung vorhandene soziale Strömungen und politische Positionen relativ breit abgedeckt werden. Bestätigt wird andererseits, dass die häufiger in bürgerlichen Schichten angesiedelten Anhänger der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen stärker zu individuellen Freiheits- und Selbstentfaltungsrechten hinneigen. In der politischen Landschaft Sachsen-Anhalts repräsentieren die beiden kleineren Parteien allerdings nur eine Minderheit der Bevölkerung. Ein Ergebnis der Befragung fällt jedoch aus dem gewohnten Zuordnungsmuster heraus, das bestimmte Wertpräferenzen für den politischen Standort bestimmter Parteien und deren Anhänger als typisch erachtet: Überraschend überwiegen unter Anhängern der Linken mit 66 % die Befürworter von „Sicherheit“ *nicht* überdurchschnittlich (die Präferenz für Freiheit beträgt hier 27 %).

Zusammenfassend lässt sich bis hierher feststellen: Sachsen-Anhalts Bürgerinnen und Bürger bekennen sich ganz überwiegend grundsätzlich zur Idee der Demokratie. Vergleichbar eindeutig fällt auch das Plädoyer für die Gewähr elementarer bürgerlicher Freiheitsrechte aus. Eine Rückkehr zum Sozialismus wünscht sich nur jede(r) Fünfte. Vor die – fiktive – Wahl zwischen mehreren demokratischen Grundwerten gestellt, findet das Muster einer *egalitären*, d.h. dem Gleichheitsgebot verpflichteten Demokratie deutlich mehr Zuspruch als die Variante einer *libertären*, also primär bürgerliche Freiheitsrechte betonenden Demokratie. Die weit verbreiteten demokratischen Grundüberzeugungen werden auch von der großen Mehrheit der nachwachsenden Generation geteilt. Allerdings gibt es unter Jüngeren eine kleine, aber messbare Minderheit, welche der Demokratie ablehnend gegenübersteht.

Das Bedürfnis nach grundständiger Sicherheit ist also auch 17 Jahre nach der Einigung immer noch ausnehmend hoch. Dies dürfte für Ostdeutschland insgesamt gelten. Wie übrigens

vergleichbare ältere Umfragedaten, die in den ersten Nachkriegsjahren nach 1945 in Westdeutschland erhoben wurden, dokumentieren, ist eine solche Gemütslage typisch für Zeiten, in welchen der Systemwechsel als eine auch persönlich einschneidende Lebenskrise empfunden wird.⁴ Dass das Sicherheitsbedürfnis im heutigen Sachsen-Anhalt so lang anhaltend und so eindeutig das Freiheitsbedürfnis überwiegt, dürfte zwei Gründe haben: Zum einen sind die Freiheitsgarantien des Grundgesetzes so selbstverständlich geworden, dass das Bedürfnis, *Unsicheres* zu kompensieren, wie von selbst höchste Priorität gewinnt. Zum anderen sind die langfristigen ökonomischen und sozialen Folgen der vereinigungsbedingten Strukturbrüche des ostdeutschen Systemwechsels von 1989/90, der neben dem Wandel der politischen Ordnung auch den Umbau der Wirtschaftsordnung mit sich brachte, eben immer noch spürbar.

4 In der US-amerikanischen Besatzungszone bevorzugte zwischen Februar 1947 und Januar 1949 eine gleich bleibend große Mehrheit von ca. 60 % der deutschen Bevölkerung eine Regierung, die ökonomische Sicherheit garantierte. Nur etwa 30 % hielten bürgerliche Freiheitsrechte für erstrangig wichtig (vgl. Anna J. and Richard L. Merritt: *Public Opinion In Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945 – 1949*, Urbana usw. 1970, S. 42).

4. Funktionieren der Demokratie

57 % der Sachsen-Anhalter sind gegenwärtig unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland. 41 %, darunter vergleichsweise viele Jüngere, äußern sich demgegenüber „ziemlich zufrieden“ (s. Tab. 6).

Tab. 6: Demokratiezufriedenheit nach Alter und Parteisympathie (Angaben in Prozent)

F. 19: Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert bin ich alles in allem...	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren					Parteisympathie					
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	CDU	SPD	FDP	Linke	B'90/Grüne	Keine
Sehr zufrieden	2	3	2	3	1	2	4	3	4	0	0	1
Ziemlich zufrieden	39	49	49	33	32	41	57	54	47	23	56	17
Ziemlich unzufrieden	44	39	43	47	45	43	35	32	37	60	39	53
Sehr unzufrieden	13	8	4	17	20	11	4	10	12	17	5	26

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Die bekundete Unzufriedenheit überträgt sich nicht auf die bestehende Verfassungsordnung. Mit dem Grundgesetz sind nämlich fast drei Viertel (72 %) der Sachsen-Anhalter prinzipiell einverstanden (s. Tab. 7).

Tab. 7: Zufriedenheit mit dem politischen System nach Alter und Parteisympathie (Angaben in Prozent)

F. 20a: Mit dem politischen System, so wie es in der Verfassung festgelegt ist, bin ich zufrieden.	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren					Parteisympathie					
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	CDU	SPD	FDP	Linke	B'90/Grüne	Keine
Stimme voll und ganz zu	23	22	26	18	18	30	35	27	43	20	24	10
Stimme eher zu	49	59	49	47	48	47	54	55	37	45	62	38
Lehne eher ab	20	15	17	28	22	15	8	15	17	24	12	32
Lehne völlig ab	6	4	7	5	8	5	1	3	3	9	0	16

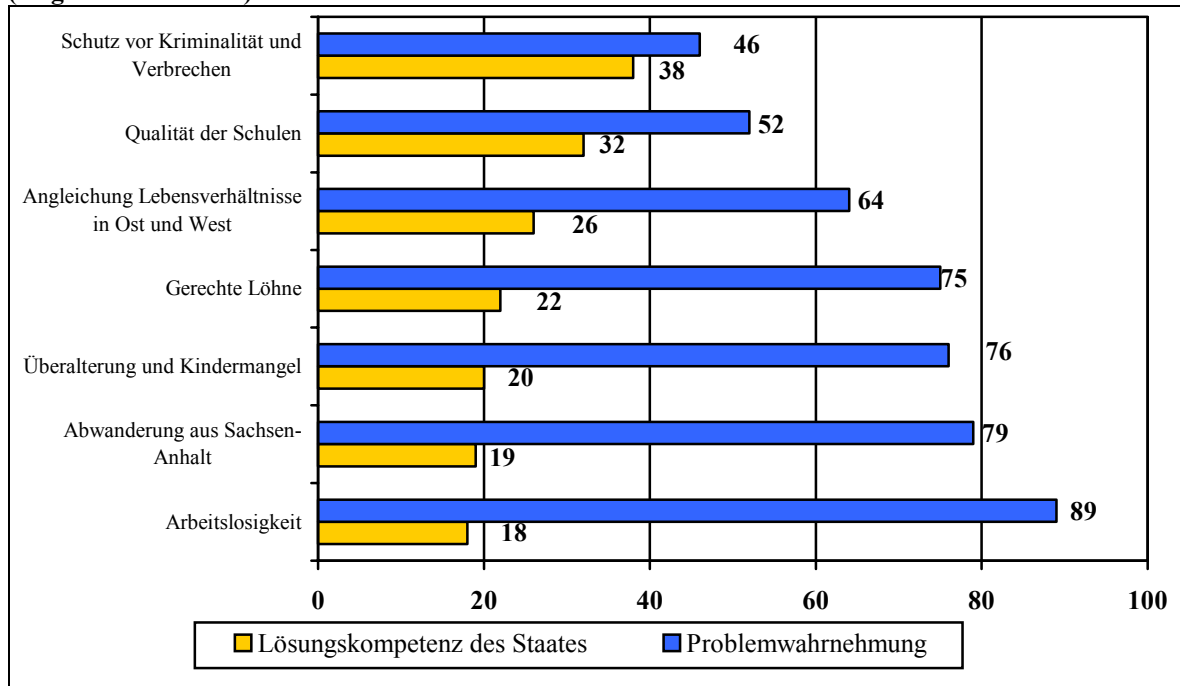
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Der geäußerte Missmut gegenüber der Demokratie ist vielmehr situativ bedingt. Das heißt, dass das Ausmaß der Zufriedenheit abhängig ist von konkreten Leistungen der Politik in jenen Politikfeldern, die landläufig als sehr wichtig erachtet werden. Wie die Befragung zeigt, haben Sachsen-Anhalts Bürgerinnen und Bürgern von der Performanz der Politik keine besonders gute Meinung (s. Abb. 10).

Bei den Problemen Alterung und Kindermangel, Lohngerechtigkeit, Abwanderung und Arbeitslosigkeit wird überwiegend ein Versagen der Leistungsfähigkeit des Staates attestiert (s. Abb. 10). Die subjektiv als unzureichend empfundene Leistungsbilanz der Politik bezieht sich gerade auch auf jene öffentlichen Aufgabenfelder und Problemlagen, deren Bewältigung seitens der Bürgerinnen und Bürger als besonders dringlich erachtet wird (s. Abb. 10).

Etwas abgefedert wird die ausgesprochen kritische Sicht der Leistungsfähigkeit der Politik durch das mehrheitlich positive Urteil, dass sich der Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik „bewährt“ habe (56 %, siehe Tab. 4, S. 20).

Abb. 10: Problemwahrnehmung und Problemlösungskompetenz (Angaben in Prozent)



F. 29a-e: Es gibt ja eine ganze Reihe von Problemen, denen wir heute ausgesetzt sind. Wie problematisch ist aus Ihrer Sicht ... für unsere Gesellschaft?

Bitte sagen Sie uns das anhand einer Skala von 1 bis 5. 5 steht dabei für ein riesengroßes Problem; 1 bedeutet, dass gar kein Problem vorliegt. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

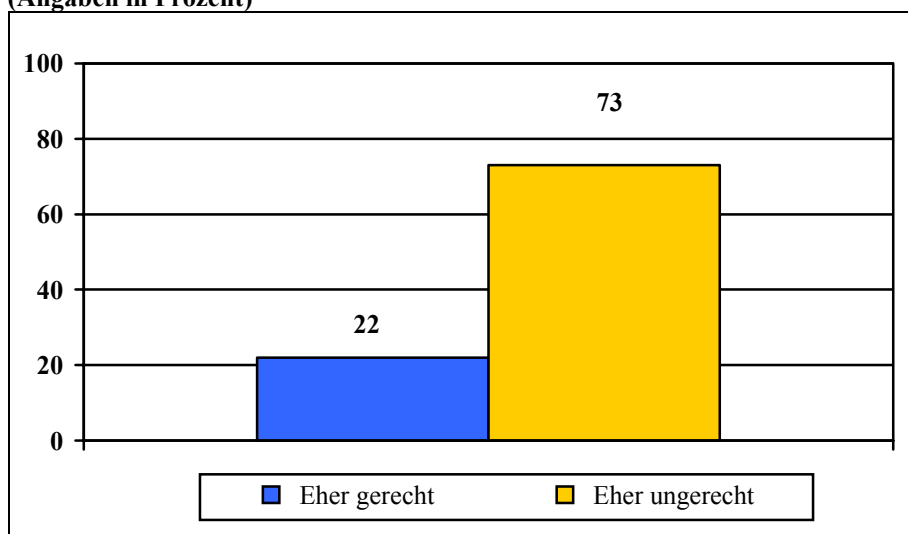
F. 30a-e: Was meinen Sie: Ist der Staat in der Lage, diese Probleme zu bewältigen. Auf einer Skala von 1 (überhaupt nicht in der Lage) bis 5 (umfassend dazu in der Lage).

Angegeben sind jeweils die Summen der Kategorien 4 und 5.

Entscheidend für die prinzipielle Achtung und Anerkennung, die einer politischen Ordnung gezollt wird, ist das subjektive Empfinden, dass es gerecht zugeht. Empfundene Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation, das Gefühl von Benachteiligung und eine pessimistische Sicht auf die Zukunft können in einen Vertrauensverlust gegenüber der Gesellschaft und letztendlich in eine Abkehr vom System münden. Darum ist es wichtig zu wissen, ob die Sachsen-Anhalter glauben, dass es in unserer Gesellschaft gerecht zugeht. Wie schon eine negative Einschätzung der eigenen Lebenssituation, vermindert auch das Gefühl, in einer ungerechten Gesellschaft zu leben, die Bereitschaft, an einer Umfrage teilzunehmen (s. Kap. 2, S.15). Dementsprechend müssen auch hier die Werte als maximale bzw. minimale Größen der tatsächlich vorhandenen Einstellungen aufgefasst werden

An der moralischen Schlüsselkategorie „Gerechtigkeit“ gemessen, fällt die Einschätzung der Lebensumstände in (Ost)Deutschland durch die Sachsen-Anhalter klar defizitär aus (s. Abb. 11).

**Abb. 11: Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland
(Angaben in Prozent)**



F. 10: Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder eher ungerecht zugeht?
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Bei einer Bewertung der nationalen Gegebenheiten hat nur maximal jede(r) fünfte Sachsen-Anhalter/in (22 %) das Gefühl, dass es in Deutschland „eher gerecht zugeht“. Die Einschätzung, in einer ungerechten Gesellschaft zu leben, nimmt mit dem Alter zu, wobei Ungerechtigkeit besonders stark von den über 35-Jährigen empfunden wird. Jüngere schätzen die Gesellschaft der Bundesrepublik häufiger als gerecht ein. Hier machen sich offenbar andere Lebenserfahrungen, zuversichtlichere Zukunftsperspektiven aber auch ein grundsätzlich gewandeltes Gerechtigkeits- und Systemverständnis unterschiedlich bemerkbar(s. Tab. 8).

**Tab. 8: Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Alter und Schulabschluss
(Angaben in Prozent)**

F. 10: Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder ungerecht zugeht?	Sachsen-Anhalt (∅)	Alter in Jahren					Schulabschluss		
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Hauptschule	Realschule	Abitur
Eher gerecht	22	38	33	19	19	15	18	16	30
Eher ungerecht	73	59	61	78	75	77	76	80	62

**Tab. 9: Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Beruf und Arbeitslosigkeit
(Angaben in Prozent)**

F. 10: Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder ungerecht zugeht?	Sachsen-Anhalt (∅)	Beruf			Arbeitslose	
		Arbeiter	Angestellter/Beamter	Freie Berufe / Selbständig	Kurzzeit-arbeitslose	Langzeit-arbeitslose
Eher gerecht	22	15	27	21	23	8
Eher ungerecht	73	77	69	74	77	89

**Tab 10: Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Tätigkeit
(Angaben in Prozent)**

F. 10: Finden sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder ungerecht zugeht?	Sachsen-Anhalt (∅)	Tätigkeit					Geschlecht	
		Erwerbstätig	Arbeitslos	In Ausbildung	Rentner	Hausfrau / Sonst.	m.	w.
Eher gerecht	22	24	14	44	17	5	26	18
Eher ungerecht	73	71	84	53	75	88	69	76

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Männer sind häufiger der Ansicht (26 %), dass es in Deutschland gerecht zugeht als Frauen (18 %). Eine Gerechtigkeitslücke in Deutschland wird besonders stark von Arbeitern (77 %), Rentnern (75 %), Hausfrauen (88 %) und Langzeitarbeitslosen (89 %) empfunden. Sachsen-Anhalter, die sich noch in der Ausbildung befinden (44 %), höher Gebildete (30 %), aber auch Pendler (27 %), empfinden hingegen Deutschland als vergleichsweise gerecht. (s. Tab. 8, 9, 10)

Eine Mehrheit der Sachsen-Anhalter ist überzeugt, an verfügbaren Gütern und vorhandenen Lebenschancen *selbst* „keinen gerechten Anteil“ zu erhalten. Dieses Gefühl der Zurücksetzung hegen beispielsweise Arbeiter und Arbeitslose häufiger als Angestellte, Beamte und auch Freiberufler. Weniger benachteiligt schätzen sich sowohl die Jüngeren am Fuße als auch die Ältesten an der Spitze der Alterspyramide ein (s. Tab. 11 und 12).

**Tab. 11: Erhalt von gerechtem Anteil nach Alter und Beruf
(Angaben in Prozent)**

F. 11	Sachsen-Anhalt (∅)	Alter					Beruf		
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Arbeiter	Angestellte / Beamte	Freie Berufe / Selbstständige
Erhalte mehr als den gerechten Anteil	2	5	5	2	1	1	0	2	4
Erhalte gerechten Anteil	39	44	51	37	31	40	24	42	49
Erhalte etwas weniger	43	40	35	40	48	45	51	43	35
Erhalte sehr viel weniger	14	8	7	19	19	12	25	11	12

F. 11: Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

**Tab. 12: Erhalt von gerechtem Anteil nach Tätigkeit und Arbeitslosigkeit
(Angaben in Prozent)**

F. 11	Sachsen-Anhalt (∅)	Tätigkeit					Arbeitslose	
		Erwerbstätig	Arbeitslos	In Ausbildung	Rentner	Hausfrau / Sonst.	Kurzzeit-arbeitslose	Langzeit-arbeitslose
Erhalte mehr als den gerechten Anteil	2	2	4	5	1	7	9	0
Erhalte gerechten Anteil	39	39	18	51	41	46	20	16
Erhalte etwas weniger	43	43	44	33	44	40	56	36
Erhalte sehr viel weniger	14	14	30	8	11	7	15	42

F. 11: Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

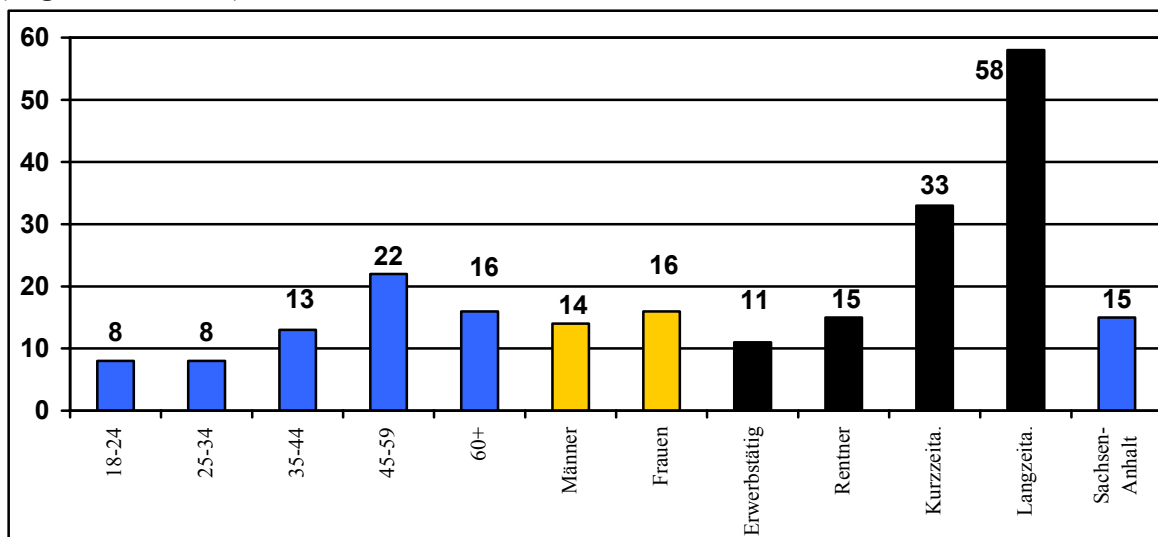
Obwohl eine deutliche Mehrheit der Sachsen-Anhalter mit der persönlichen Lebenssituation zufrieden ist (s. Kap. 2, S. 15), finden gleichzeitig mehr als die Hälfte (57 %), dass sie im Vergleich zu anderen Deutschen etwas oder sehr viel weniger als ihren „gerechten Anteil“ bekommen. Die unter 35-Jährigen fühlen sich seltener ungerecht behandelt als die Älteren. Drei von vier Arbeitern (76 %) meinen ähnlich häufig wie Arbeitslose (74 %), dass sie weniger bekommen, als ihnen zusteht. (s. Tab 11, 12)

Gibt es in Sachsen-Anhalt einen Teil der Bevölkerung, der sich auf Grund der Einschätzung der eigenen Lage in einer „Verlierer“-Situation befindet? Und wie groß ist dieser Anteil? - Die Kombination von Antworten aus Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation (F. 5), der Wahrnehmung, nicht den gerechten Anteil zu bekommen (F. 11), aufgegebener Hoffnung auf eine positive Entwicklung in der Zukunft (F. 6) sowie einer Schuldzuweisung an die Gesellschaft (F. 10) kann herangezogen werden, um eine entsprechend von der Gesellschaft „abgehängte“ Gruppe identifizieren zu können.

15 % der Befragten lassen sich hierzulande dieser Problemgruppe zurechnen. Berücksichtigt man auch hier den Faktor der Teilnahmebereitschaft an der Befragung, dann sind mindestens 15 % der Sachsen-Anhalter mit ihrer derzeitigen Lebenssituation unzufrieden, fühlen sich ungerecht behandelt, haben eher pessimistische Erwartungen an die Zukunft und empfinden die Gesellschaft als Ganze als ungerecht.

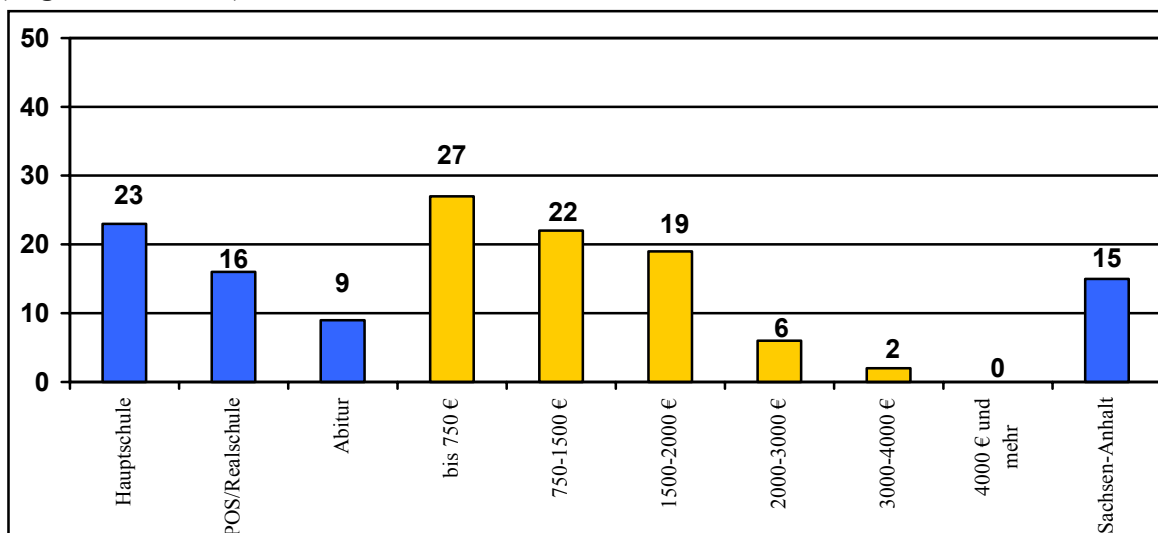
In einer „Verlierer“-Situation sehen sich besonders ältere Befragte, wobei die 45- bis 59-Jährigen, also die Altersgruppe, die sich dem Ende ihres Erwerbslebens nähert, mit einem Anteil von 22 % besonders hervorsticht. Frauen (16 %) empfinden sich leicht häufiger als „Verlierer“ als Männer (14 %, s. Abb. 12).

**Abb. 12: Verteilung der „Verlierer“ nach Alter, Geschlecht und Erwerbsstatus
(Angaben in Prozent)**



Der Status der Erwerbstätigkeit hat einen besonders starken Einfluss auf die Selbstwahrnehmung als „Verlierer“. Der Anteil bei den Erwerbstätigen beträgt „nur“ 11 %. Rentner empfinden sich zu 15 % als „Verlierer“. Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit erhöht sich der Anteil der „Verlierer“ gleichfalls: Bei Kurzarbeitslosen beträgt er 33 % und steigt bei Langzeitarbeitslosen auf rund 58 % an (s. Abb.12). Ein deutlicher Zusammenhang besteht auch mit der Bildung und dem Haushaltseinkommen der Befragten. Mit höheren Bildungsabschlüssen und Einkommen nimmt der Anteil der „Verlierer“ erkennbar ab (s. Abb. 13).

**Abb. 13: Verteilung der „Verlierer“ nach Schulbildung und Einkommen
(Angaben in Prozent)**



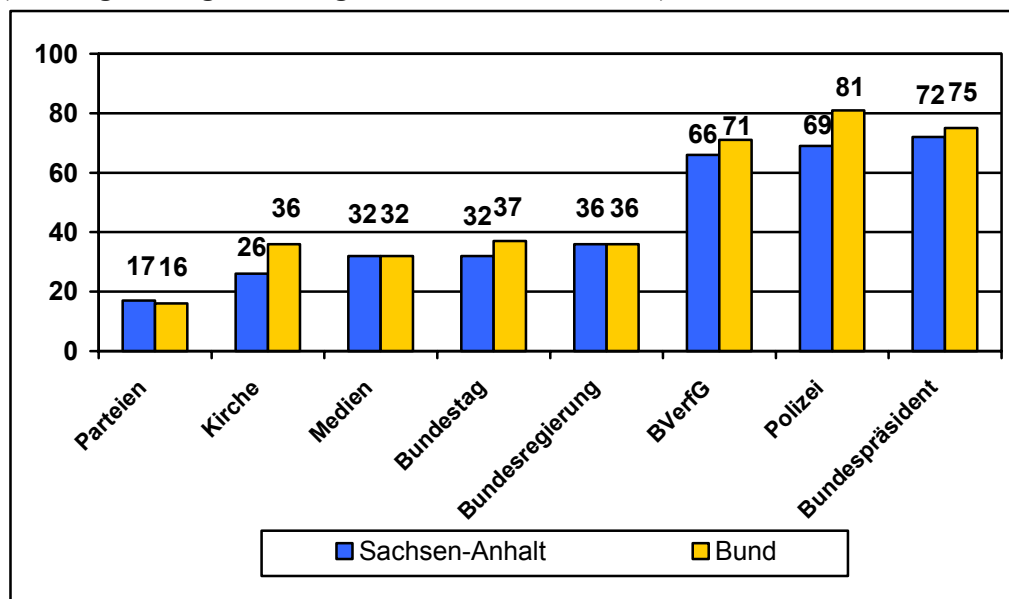
Es stellt sich die Frage, ob es dem politischen System gelingt, diese „Verlierer“ in den politischen Rahmen der Demokratie zu integrieren. Können die demokratischen Parteien diesen Teil der Bevölkerung, der mindestens 15 % beträgt, auffangen? - Es zeigt sich, dass ein Großteil der „Verlierer“ von den etablierten Parteien gehalten werden kann. Allerdings liegen

die Anteile der „Verlierer“, die sich zu Parteien bekennen mögen (CDU: 13,8 % - SPD: 5,8 % - B`90/Grüne: 2,9 % - FDP: 2,9 %), deutlich unter den entsprechenden Parteisymphathien der anderen Befragten. Eine Ausnahme ist die Partei Die Linke, die für vergleichsweise viele „Verlierer“ (23,9 %) eine Integrationsfunktion erfüllt. Mindestens 35,5 % der sozial Deprivierten und Enttäuschten sympathisieren mit keiner der etablierten Parteien.

5. Vertrauen in Institutionen

In der Grundtendenz der Antworten bestätigen die Daten das übliche Bild: Jene öffentlichen Institutionen, die – wie Parteien, Parlament, Regierung – mit der Vermittlung und Vertretung gesellschaftlicher Interessen und somit mit dem negativen Beigeschmack von „Parteilichkeit“ in Verbindung gebracht werden, erhalten einen weit geringeren Vertrauensbonus als die für unparteiisch und überparteilich erachteten, institutionalisierten Hüter der öffentlichen Ordnung und des Gemeinwohls. Zu letzteren zählen insbesondere die Polizei, das Bundesverfassungsgericht und der Bundespräsident. (s. Abb. 14)

Abb. 14: Institutionenvertrauen
(Nennungen sehr großes und großes Vertrauen in Prozent)



Quelle: Infratest dimap (DeutschlandTREND Mai 2007)

F. 23a-h: Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen?

Vergleicht man die in Sachsen-Anhalt erhobenen Daten mit dem aktuellen bundesweiten Einstellungsmuster, so werden nur wenige Abweichungen erkennbar (s. Abb. 14). Politische Parteien rangieren im Land wie im Bund mit deutlichem Abstand am Schluss der Vertrauensskala. Merkwürdig unterschiedliche Vertrauenswerte treten nur bei den Kirchen und gegenüber der Polizei zutage. Die in den Antworten der Sachsen-Anhalter zum Ausdruck kommende stärker distanzierte Haltung zu den Kirchen spiegelt die sehr viel stärker säkularisierte ostdeutsche Sozialkultur wider. Dass der Polizei von der Landesbevölkerung derzeit weniger vertraut wird als von den Bundesbürgern insgesamt, könnte ein Effekt der anhaltenden öffentlichen Diskussion über eventuelles Polizeiversagen bei Fällen von unzureichendem Opferschutz sein.

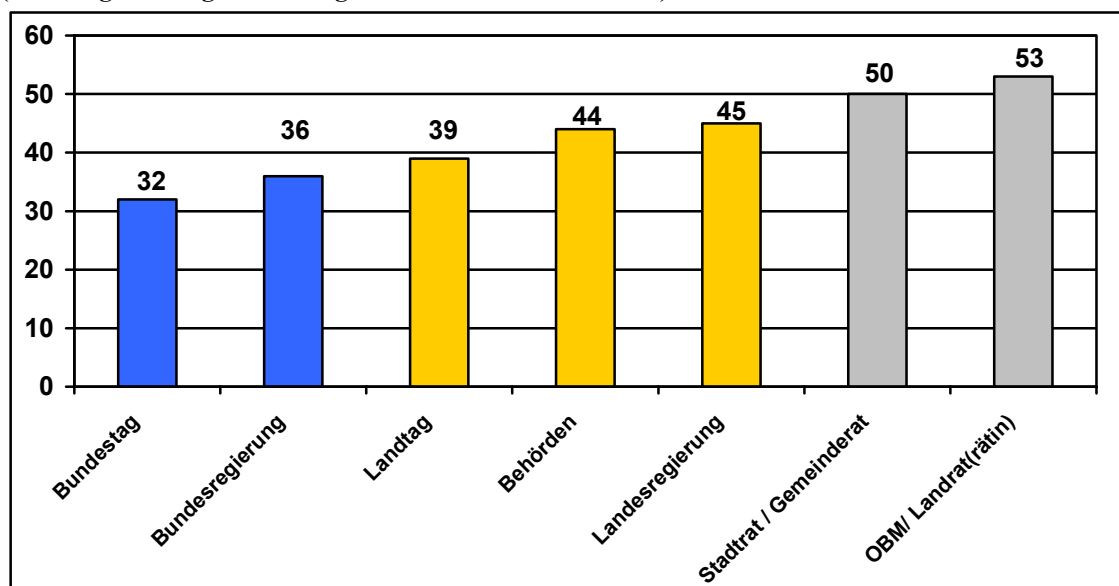
Im Längsschnittvergleich mit Daten einer früheren Bevölkerungsumfrage zeigt sich, dass gegenüber dem Jahr 2000 mit Ausnahme des Bundespräsidenten alle öffentlichen

Institutionen deutlich, ja teilweise dramatisch an Vertrauen eingebüßt haben: die Bundesregierung (- 18 %), der Bundestag (- 23 %), die Kirchen (- 7,5 %), die Parteien (- 23 %), die Medien (- 17,7 %), selbst das Bundesverfassungsgericht (- 11,6 %).⁵

Die Daten zum Institutionenvertrauen geben Anlass, zum bereits dargestellten kollektiven Gerechtigkeitsgefühl nochmals zurückzublenden: Wie die Erhebung nun zeigt, werden keineswegs alle Staatsorgane von den Sachsen-Anhaltern unter einen generellen Verdacht der Parteilichkeit gestellt. Gegen eine solche Deutung sprechen die guten Vertrauenswerte für Polizei und Bundesverfassungsgericht. Diese aber sind gerade jene öffentlichen Einrichtungen, die für Recht und Gerechtigkeit qua Amt zuständig sind. Offenbar wird die im Land verbreitete Einschätzung, dass es „nicht gerecht zugeht“ (s. Kap. 4), weniger mit der Sorge begründet, man sei der Staatsgewalt schutzlos ausgeliefert, als mit dem Gefühl mangelnder *Verteilungsgerechtigkeit*. Ungerecht meint für viele demzufolge, dass sie sich von einer angemessenen Beteiligung an materiellen Gütern und persönlichen Lebenschancen ausgeschlossen wähnen.

Im Vergleich mit dem Bund schneiden die Institutionen des Landes bei der demoskopischen Vertrauensfrage besser ab (s. Abb. 15).

Abb. 15: Institutionenvertrauen in Sachsen-Anhalt
(Nennungen sehr großes und großes Vertrauen in Prozent)



F. 23a,b

F. 24a-e: Und nun speziell zu Sachsen-Anhalt: Haben Sie in ... sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen?

Das größte Vertrauen bringen die Sachsen-Anhalter den direkt gewählten kommunalen Organen, hier einbezogen: Oberbürgermeister, Landräte und Gemeindevertretungen, entgegen. Hier steigen die Vertrauensquoten auf mehr als 50 %. Die bekannten ortstypischen

5 Vgl. Bernhard Boll/ Everhard Holtmann: Bürger und Parlament im Jahr 2000. Die Einstellungen der Landesbevölkerung zu Demokratie, Landtag und Landesregierung (hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung), Magdeburg 2000. Das Item „Vertrauen in die Polizei“ wurde seinerzeit nicht abgefragt.

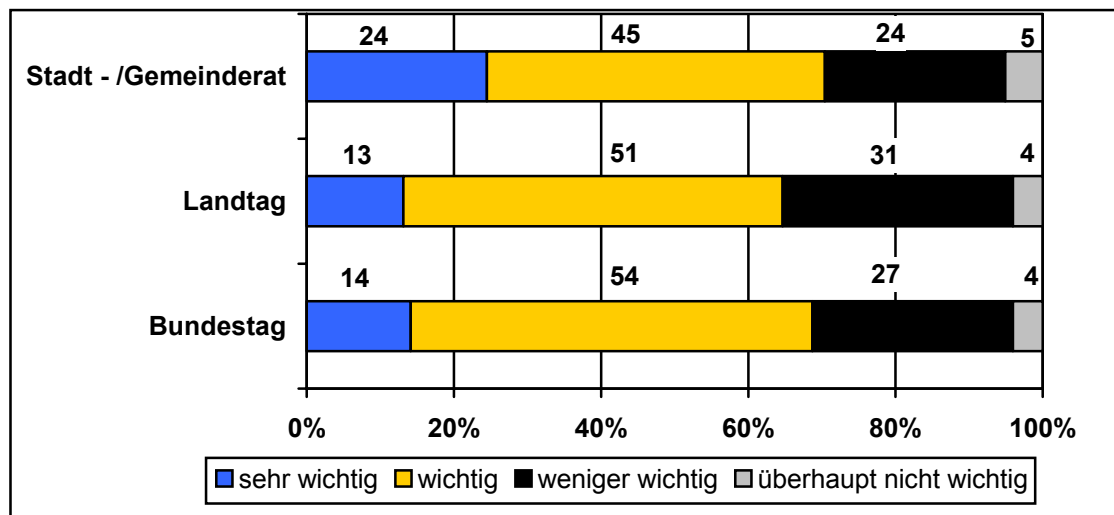
Faktoren der größeren Nähe, Erreichbarkeit und Vertrautheit kommunaler Repräsentanten machen sich nach wie vor vertrauensbildend bemerkbar. Daran gemessen, sind die Voraussetzungen so schlecht nicht, um eine lebendige Demokratie „von unten auf“ neuerlich zu stärken und auszubauen. - Im longitudinalen Vergleich zum früheren Erhebungszeitpunkt 2000 fällt der Vertrauensschwund in die politischen Institutionen im Land geringer aus als für die Bundesebene: - 11,3 % bei der Landesregierung, - rd. 18 % beim Landtag, - 16,3 % bei Gemeindevertretungen.⁶

⁶ Vgl. Boll/ Holtmann (2000) – Das Item „Vertrauen in die Behörden“ wurde seinerzeit nicht abgefragt. Für „Oberbürgermeister/ Landräte“ liegen keine vergleichbaren Daten vor.

6. Einschätzung der Wichtigkeit politischer Entscheidungen und der eigenen Einflussmöglichkeiten

Das Fundament einer stabilen Demokratie besteht aus regem Interesse und der aktiven Teilnahme der Bürger am politischen Geschehen. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist die Wahrnehmung, dass politische Entscheidungen wichtig sind, und das Gefühl, selbst Einfluss auf diese Entscheidungen nehmen zu können. Die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen, hängt des Weiteren von der Einschätzung der eigenen Kompetenz ab, und davon, ob das politische System nach Meinung der Bürgerinnen und Bürger überhaupt Einflussnahme „von unten“ zulässt.

Abb. 16: Wichtigkeit von Entscheidungen im Bundestag, Landtag und Stadt-/Gemeinderat (Angaben in Prozent)



F. 31: Wie wichtig sind für Sie persönlich die Entscheidungen, die im Bundestag, getroffen werden?

F. 32: Und wie ist das mit den Entscheidungen im Landtag?

F. 33: Und wie ist das mit den Entscheidungen im Stadtrat/ Gemeinderat?

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Eine deutliche Mehrheit, nämlich jeweils etwa zwei Drittel der Sachsen-Anhalter, ist davon überzeugt, dass Entscheidungen, die im Bundestag oder im Landtag oder im Stadtrat / - Gemeinderat gefällt werden, für sie persönlich wichtig sind. „Überhaupt nicht wichtig“ finden jeweils nur 4 bzw. 5 % die Entscheidungen der gewählten Volksvertretungen auf den verschiedenen Ebenen (s. Abb. 16).

Erwartungsgemäß schätzen Politikinteressierte die Entscheidungen für alle Ebenen als bedeutender ein als weniger Interessierte. Die politische Wertigkeit, die den Institutionen zugemessen wird, fällt in den Regionen des Landes unterschiedlich aus (s. Tab. 13).

Während in der Börde alle drei Entscheidungsebenen von einem etwa gleichen Teil der Bürger als wichtig erachtet werden, spielen in den Augen der Altmärker, Harzer und Anhalter die Gemeinderäte eine herausragende Rolle, und in der Gegend um Halle werden die Entscheidungen im Bund als wesentlich bedeutsamer wahrgenommen als in den anderen

Regionen des Landes. Nur jeder zweite Altmärker (51 %) empfindet die Landespolitik als wichtig, während die Region um Halle den Einfluss „Magdeburgs“ sehr viel höher bemisst (71 %, s. Tab. 13).

Tab. 13: Wichtigkeit von Entscheidungen im Bundestag, Landtag und Stadt-/Gemeinderat nach Region und politischem Interesse (Nennungen sehr wichtig und wichtig in Prozent)

F. 31- F. 33	Sachsen-Anhalt (Ø)	Region					Politisches Interesse	
		Altmark	Börde / Magdeburg	Harz	Anhalt	Saale-Unstrut / Halle	Interesse	Kein Interesse
Bundestag	68	62	66	64	63	79	77	56
Landtag	64	51	62	64	65	71	70	56
Stadtrat / Gemeinderat	70	69	66	73	73	69	73	65

Bei der Einschätzung der Wichtigkeit der Entscheidungen zeigt sich ein Bildungsgefälle, das je nach Entscheidungsebene unterschiedlich stark gestaltet ist (s. Tab. 14). Die Beschlüsse von Bundestag und Gemeinderat bzw. Stadtrat werden von Höhergebildeten als deutlich einflussreicher eingeschätzt. Fast dreiviertel der Abiturienten schätzen Bundespolitik (74 %) und Kommunalpolitik (73 %) als wichtig ein. Wer die Mittlere Reife hat, nimmt hier eine mittlere Position ein (jeweils 69 %). Abgänger von Hauptschulen halten Bundes- und Landespolitik am seltensten für einflussreich (s. Tab. 14).

Tab. 14: Wichtigkeit von Entscheidungen im Bundestag, Landtag und Stadt-/Gemeinderat nach Schulbildung, Arbeitern und Arbeitslosen (Nennungen sehr wichtig und wichtig in Prozent)

F. 31- F. 33	Sachsen-Anhalt (Ø)	Schulabschluss			Erwerbstätige		Arbeitslose	
		Haupt	POS	Abitur	Arbeiter	Ausbildung	Kurzzeit - arbeitslose	Langzeit - arbeitslose
Bundestag	68	55	69	74	66	73	47	71
Landtag	64	62	66	62	70	56	58	59
Stadtrat / Gemeinderat	70	65	69	73	60	78	50	60

Arbeiter messen der Landespolitik überdurchschnittlich häufig Bedeutung zu. Ein uneinheitliches Meinungsbild zeigt sich bei arbeitslosen Sachsen-Anhaltern: Kurzzeit-arbeitslose halten die Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen für wesentlich unwichtiger als Langzeitarbeitslose. Dies ist besonders auffallend für den Bund und die kommunale Ebene. Insgesamt sind Arbeitslose von der Wichtigkeit der Entscheidungen von Gemeinde- bzw. Stadtrat am wenigsten überzeugt.

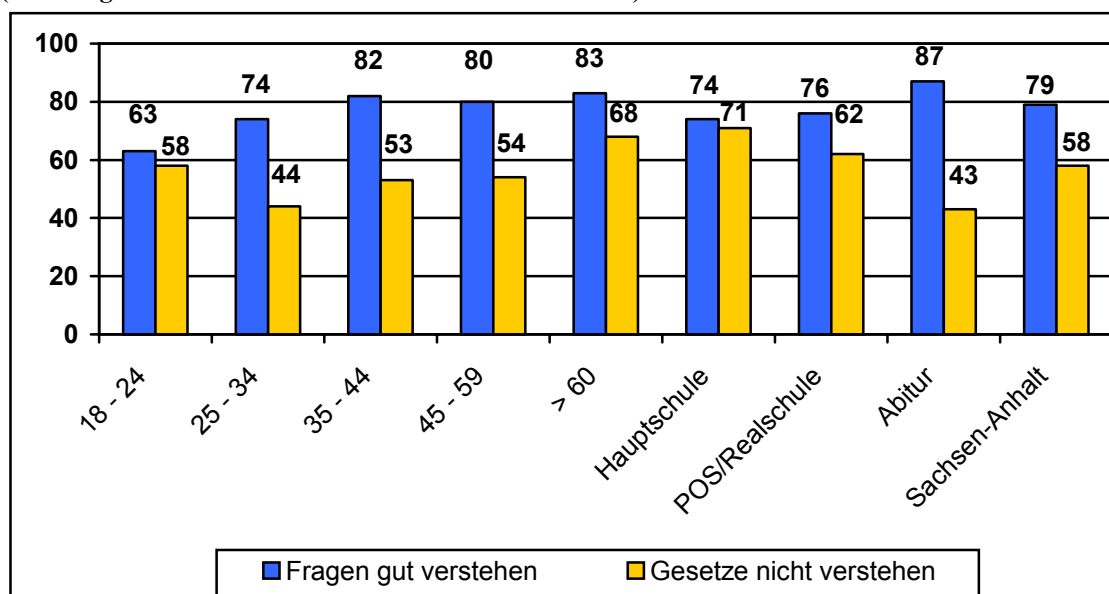
In allen Altersgruppen werden die drei Entscheidungsebenen von Bund, Land und Kommunen mehrheitlich als wichtig angesehen. Allerdings zeigt sich eine Verteilung der Antworthäufigkeit dahingehend, dass die jungen Sachsen-Anhalter bis 35 Jahre ein leichtes Übergewicht bei der Bundespolitik sehen, während sich die Älteren stärker von der Kommunalpolitik betroffen fühlen.

**Tab. 15: Wichtigkeit von Entscheidungen im Bundestag, Landtag und Stadt-/Gemeinderat nach Alter und Pendlerstatus
(Nennungen sehr wichtig und wichtig in Prozent)**

F. 31- F. 33	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren					Pendler		
		18-24	25-34	35-44	45-59	60+	Pendler	Nicht-Pendler	Kontakt
Bundestag	68	67	71	74	69	63	67	65	70
Landtag	64	57	61	71	62	64	53	61	68
Stadtrat / Gemeinderat	70	68	67	72	70	70	65	68	72

Die Gruppe der 35- bis 44-Jährigen empfindet die Beschlüsse aller Politikebenen als wichtiger als die anderen Altersgruppen. Die Arbeit des Landtags wird allgemein, aber besonders von den 18- bis 24-Jährigen im Vergleich zu den anderen Ebenen häufiger als „weniger wichtig“ wahrgenommen (s. Tab.15).

**Abb. 17: Politische Kompetenz nach Alter und Schulbildung
(Nennungen stimme voll und stimme eher zu in Prozent)**



F. 28a, e: Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen vor, zu denen man unterschiedliche Meinungen haben kann. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.

(a) Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.

(e) Bei vielen Gesetzen, die in der Politik diskutiert werden, verstehe ich gar nicht genau, worum es geht.

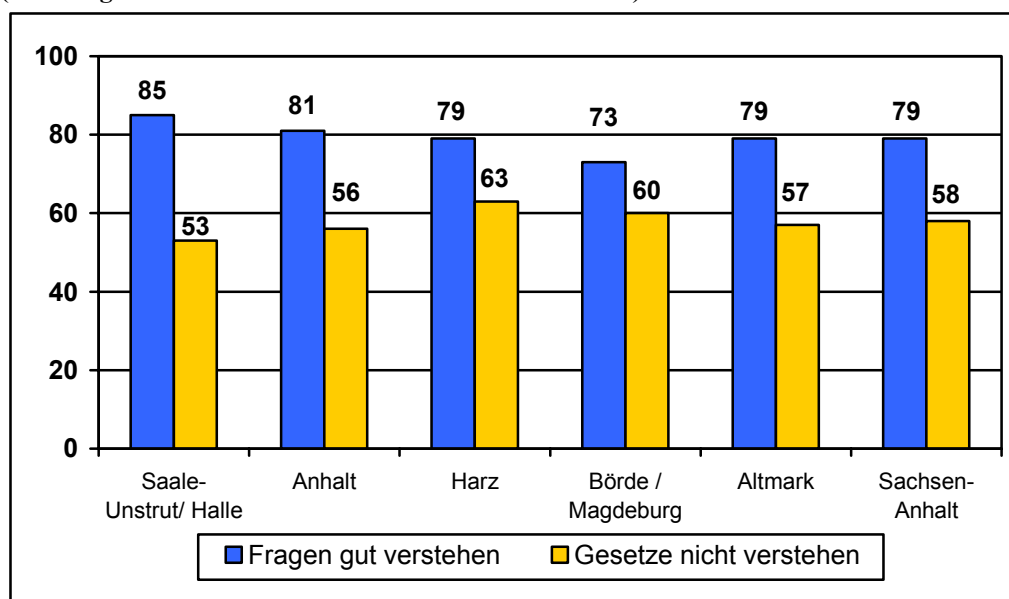
Um herauszufinden, wie die Bürgerinnen und Bürger von Sachsen-Anhalt ihre eigene politische Kompetenz einschätzen, wurde nach der Zustimmung zu zwei Aussagen gefragt: 1. „Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.“ (F. 28a) Und 2. „Bei vielen Gesetzen, die in der Politik diskutiert werden, verstehe ich gar nicht genau, worum es geht.“ (F. 28e) Die erste Aussage zielt auf das allgemeine Verständnis von Leitlinien und Vorgängen in der Politik ab. Die zweite Aussage misst eher den eigenen „Durchblick“ in konkreten Sachfragen und Politikfeldern.

Vier Fünftel der Sachsen-Anhalter (79 %) halten sich für kompetent, allgemeine politische Fragen zu verstehen. Die positive Selbsteinschätzung des Politikverstehens steigt mit dem Alter bis in die mittleren Altersgruppen an und bleibt dann auf einem hohen Niveau (s. Abb. 17).

Männer (86 %) schätzen ihre politische Kompetenz deutlich höher ein als Frauen (72 %). Mit höherer Bildung steigt, nicht überraschend, die Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz. Arbeitslose (67 %) und Hausfrauen (59 %) hingegen schätzen ihre Fähigkeit, Politik zu verstehen, deutlich geringer ein als der Durchschnitt der Bevölkerung. Pendler sind zu 87 % der Meinung, politische Fragen zu verstehen. Politisches Interesse und persönliche politische Kompetenz gehen Hand in Hand: Befragte, die bejahen, sich für Politik zu interessieren, geben auch überdurchschnittlich häufig (92 %) an, politische Fragen zu verstehen. Uninteressierte halten sich lediglich zu 61 % für kompetent in politischen Fragen.

Das gefühlte Verständnis politischer Fragen ist in fast allen Regionen des Landes ähnlich verteilt. Lediglich die Regionen um die Städte Magdeburg (73 %) und Halle (85 %) weichen vom Landesanteil erkennbar ab (Abb. 18).

Abb. 18: Politische Kompetenz nach Regionen
(Nennungen stimme voll und stimme eher zu in Prozent)



F. 28a, e: Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen vor, zu denen man unterschiedliche Meinungen haben kann. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.

(a) Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.

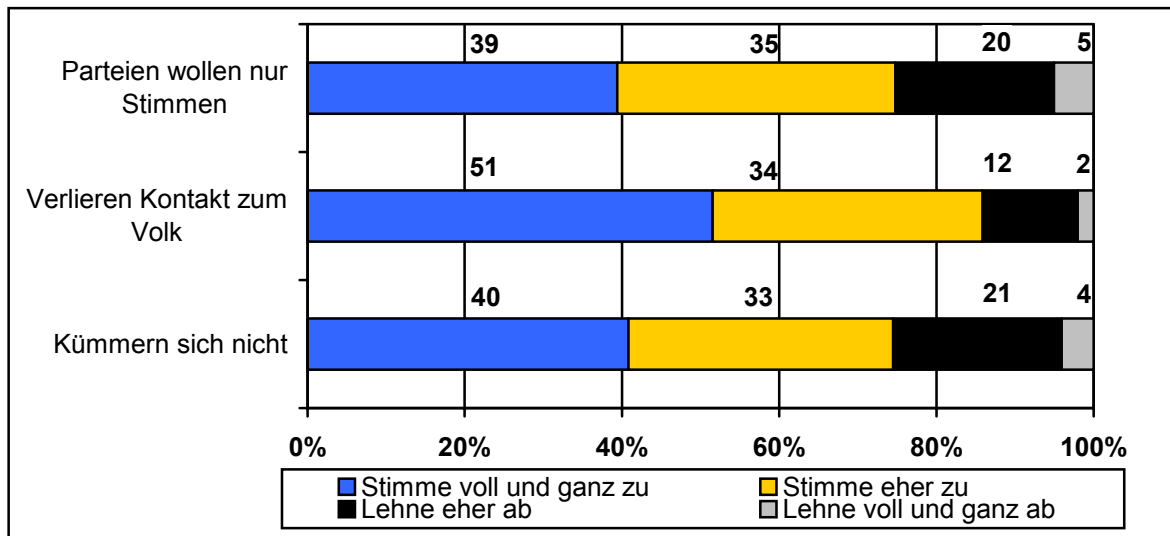
(e) Bei vielen Gesetzen, die in der Politik diskutiert werden, verstehe ich gar nicht genau, worum es geht.

Die Mehrheit der Sachsen-Anhalter (58 %) gibt an, Gesetze, über die diskutiert wird, nicht zu verstehen, obwohl 79 % sich allgemein für politisch kompetent halten (s. Abb. 18). Dieses Antwortverhalten ist nur auf den ersten Blick paradox: Die Bürger erkennen, dass sie keine Spezialisten in den verschiedenen Politikfeldern sind, sehen dies aber nicht als Indiz einer generellen Entfremdung vom Politikbetrieb. Offenbar gehen sie von einer Arbeitsteilung in der repräsentativen Demokratie zwischen Volk und Politikspezialisten aus, bei der ein

diffuses Gefühl des Politikverstehens als ausreichend erscheint. Viele verstehen die Gesetze nicht in allen Feinheiten, fühlen sich aber zuhause in wesentlichen Grundfragen der Politik. Dennoch werden Fragen an zureichende Vermittlungsleistung von Medien und Politik aufgeworfen, wenn knapp 60 % der Bürger konkrete Inhalte, über die in den Volksvertretungen abgestimmt wird, aus Mangel an Verständnis nicht bewerten können. Langfristig könnte sich aber dieser Befund relativieren, denn junge Menschen geben seltener an, schlecht über aktuelle Gesetzesvorhaben informiert zu sein (s. Abb. 17).

Die Responsivität eines politischen Systems, das heißt die Chance, dass das System sich hinreichend öffnet, um auf Einflüsse der Bürger zu reagieren, wird üblicherweise ermittelt über die Zustimmung zu den folgenden drei Aussagen: 1. „Die Politiker kümmern sich nicht um die Probleme der einfachen Leute.“ (F. 28b), 2. „Nach dem Wahlkampf verlieren die Abgeordneten schnell Kontakt zum Volk.“ (F. 28f) und 3. „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht“ (F. 28g).

**Abb. 19: Responsivität des politischen Systems
(Angaben in Prozent)**



F. 28b, f, g: Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen vor, zu denen man unterschiedliche Meinungen haben kann. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.

(b) Die Politiker kümmern sich nicht um die Probleme der einfachen Leute.

(f) Nach dem Wahlkampf verlieren die Abgeordneten schnell Kontakt zum Volk.

(g) Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler ihre Ansichten interessieren sie nicht.

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Alle drei kritischen Aussagen finden in der Bevölkerung eine deutliche Mehrheit. 73 % sind der Meinung, dass sich Politiker nicht um die Probleme der einfachen Leute kümmern. 85 % sagen, dass Abgeordnete schnell den Kontakt zum Volk verlieren, und 74 % der Sachsen-Anhalter stimmen der Aussage zu, dass sich die Parteien nur für die Stimmen der Wähler interessieren (s. Abb. 19). 26 % der Bevölkerung stimmen allen drei Aussagen „voll und ganz“ zu. Die Rückkopplung des politischen Systems wird folglich als gering eingeschätzt. Ein harter Kern, der *mindestens* ein Viertel der Sachsen-Anhalter einschließt, hält die Politik sogar für eine Sphäre, die gegenüber dem Volk vollkommen beratungsresistent ist.

**Tab. 16: Responsivität des politischen Systems nach Alter, Arbeitslosen und Bildung
(Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)**

F. 28b, f, g, d	Sachsen- Anhalt (Ø)	Alter in Jahren					Arbeitslose		Schulbildung		
		18- 24	25- 34	35- 44	45- 59	60+	Kurzzeit	Langzeit	Hauptschule	POS/ Realschule	Abitur
Kümmern sich nicht	40	22	28	42	45	46	41	61	50	45	26
Verlieren Kontakt	51	40	33	55	55	55	47	59	49	60	37
wollen nur Stimmen	39	29	23	36	43	47	36	54	41	46	26
Keinen Einfluss	43	21	26	32	43	61	32	43	61	46	27

F. 28d: Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.

Eine genauere Betrachtung der Kategorie „stimme voll und ganz zu“ zu den drei Responsivitätsaussagen führt zu folgendem Ergebnis: 1. Personen, die erst seit kurzer Zeit arbeitslos sind, unterscheiden sich kaum vom Durchschnitt der Bevölkerung. Hingegen hegen Langzeitarbeitslose das deutliche Gefühl, dass sich Politiker um ihre Anliegen nicht wirklich kümmern. 2. Die Einschätzung, dass und inwieweit das politische System Einflussnahme zulässt, ist sehr stark vom Alter abhängig. Die Altersgruppen, die mindestens die Hälfte ihres Lebens nach der Wende verbrachten (18- bis 34-Jährige), sehen erheblich häufiger die Chance, politisch Einfluss zu nehmen. 3. Dass die Wahrnehmung einer hermetisch verriegelten politischen Sphäre zu einem wesentlichen Teil mit geringer Fähigkeit, politische Informationen selbständig zu entschlüsseln, einhergeht, zeigt die große Differenz zwischen den Bildungsabschlüssen. Sachsen-Anhalter mit höherer Bildung, die folglich in der Regel auch ein besseres Politikverständnis und Politikwissen haben, stellen sehr viel seltener die Responsivität des politischen Systems in Frage (s. Tab. 16).

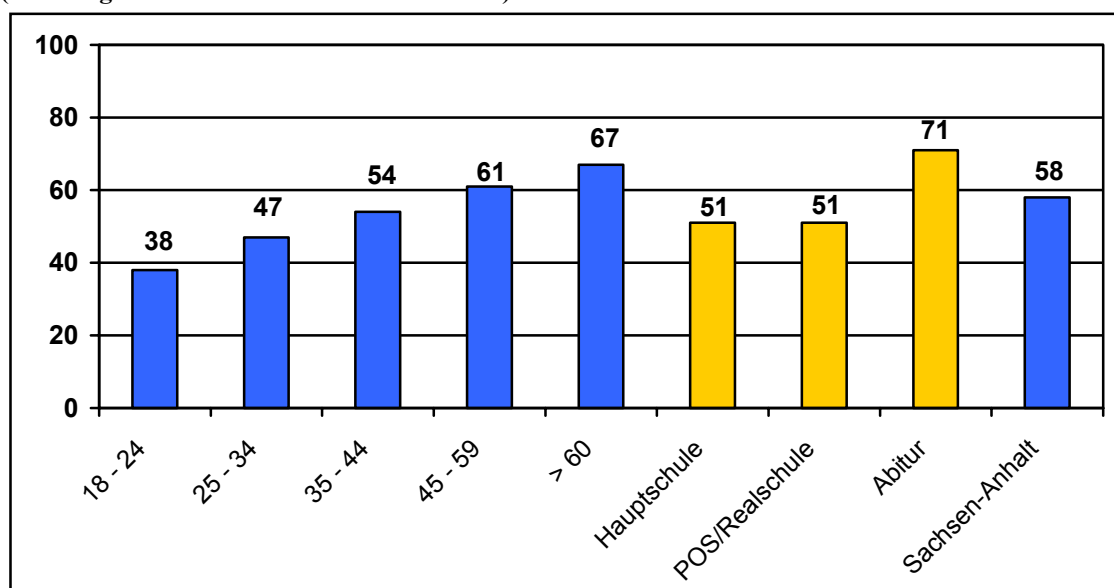
Persönliche Einschätzungen der eigenen politischen Kompetenz und der Rückkopplungsschleifen der Politik verdichten sich in der Aussage „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ Dieser Feststellung stimmen 67 % der Sachsen-Anhalter „eher zu“. Bei Betrachtung der Kategorie „stimme voll und ganz zu“ bestätigen sich bereits entdeckte Zusammenhänge eindrucklich. Abermals deutlich wird hier die gefühlte Einflusslosigkeit besonders von Alten und niedriger Gebildeten (s. Tab. 16).

Als Zwischenfazit ist festzuhalten: Die Sachsen-Anhalter nehmen politische Entscheidungen als wichtig wahr, halten sich überwiegend für kompetent in allgemeinen politischen Belangen, zweifeln aber zu weiten Teilen die Rückkopplung des politischen Betriebs an die Bürger an. Die erhobenen Zusammenhänge zwischen der Responsivitätseinschätzung und dem Alter bzw. der Bildung sind ein Indiz dafür, dass die Gründe, weshalb Politiker als abgehoben und volksfern betrachtet werden, sowohl Teil einer über längere Zeit hin gefestigten Lebensweisheit als auch Ausdruck unterentwickelter Fähigkeit zur Verarbeitung komplexer Informationen sein können.

7. Politische Beteiligung und gesellschaftliches Engagement

Eine gering entwickelte Demokratiezufriedenheit, ein schwaches Vertrauen in die Integrität und Leistungsfähigkeit zentraler politischer Institutionen sowie eine geringe Schätzung verantwortlich handelnder Politiker gehen häufig mit politischem Desinteresse einher und dämpfen die Bereitschaft, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Im Folgenden soll untersucht werden, in welchem Umfang sich die Sachsen-Anhalter an gesellschaftlichen und politischen Prozessen beteiligen.

Abb. 20: Interesse an Politik nach Alter und Bildung
(Nennungen sehr stark und stark in Prozent)



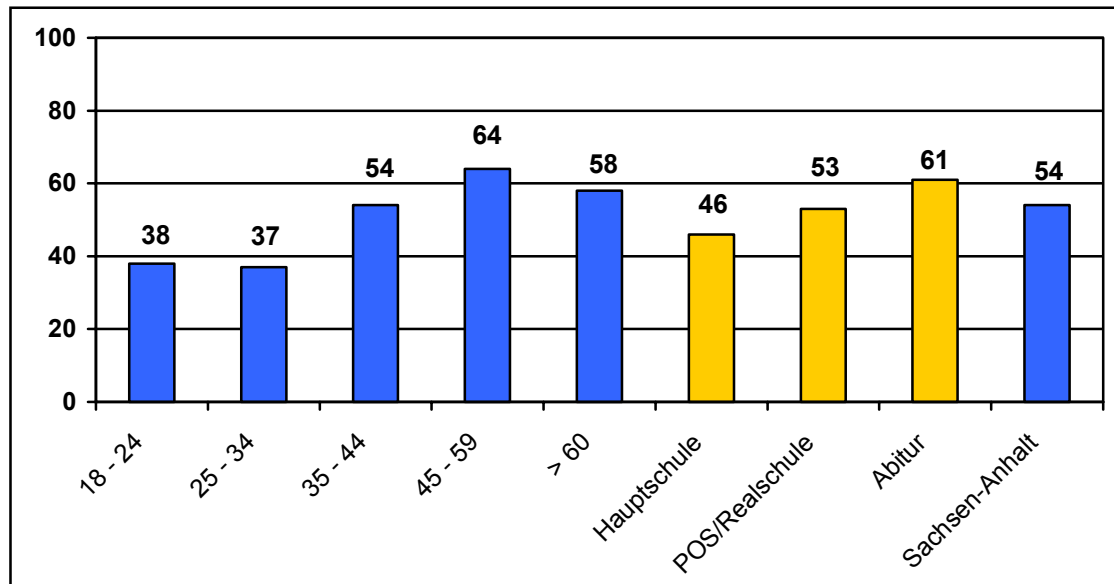
F. 12: Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, wenig oder überhaupt nicht?

Mehr als jeder zweite Sachsen-Anhalter (58 %) bekundet ein starkes oder sehr starkes Interesse an Politik. 35 % geben an, sich lediglich wenig, und nur 7 %, sich überhaupt nicht für Politik zu interessieren. Ältere interessieren sich stärker für Politik als Junge (s. Abb. 20). Fast zwei von drei (62 %) der Erst- und Jungwähler geben an, der Politik wenig oder gar keine Aufmerksamkeit zu widmen. Das Interesse steigt sprunghaft bei höher Gebildeten (71 %, s. Abb. 20). Männer (67 %) geben sich stärker interessiert als Frauen (48 %). Besonders gering ist das Interesse bei Hausfrauen, von denen 70 % wenig oder gar kein Interesse an Politik bekunden. Das geringste Interesse äußern Personen, die seit kurzem arbeitslos sind (23 %). Langzeitarbeitslose hingegen (53 %) zeigen durchschnittliches Interesse.

Gut die Hälfte (54 %) der Sachsen-Anhalter gibt an, täglich oder mindestens mehrmals in der Woche im Kreise der Familie, mit Freunden oder am Arbeitsplatz über Politik zu reden (s. Abb. 21). Lediglich jede(r) Fünfte spricht nach eigener Angabe innerhalb dieser sozialen Verkehrskreise nur selten (18 %) oder nie (3 %) über politische Dinge. Gesprächshäufigkeit und politisches Interesse bedingen sich wechselseitig, was auch durch eine hohe statistische

Korrelation untermauert ($\tau_b = 0,5$) wird. Die Gesprächshäufigkeit steigt bis zum Eintritt ins Rentenalter und nimmt dann wieder leicht ab. Jüngere Generationen unterhalten sich seltener über Politik. Sie haben andere Gesprächsthemen. Mit zunehmender Bildung werden auch Gespräche über Politik häufiger (s. Abb. 21).

Abb. 21: Gesprächshäufigkeit über Politik nach Alter und Bildung (Nennungen täglich und mehrmals in der Woche in Prozent)



F. 13: Wie oft sprechen Sie in der Familie, mit Freunden oder Arbeitskollegen über Politik: Würden Sie sagen täglich, mehrmals in der Woche, mehrmals im Monat, seltener oder nie?

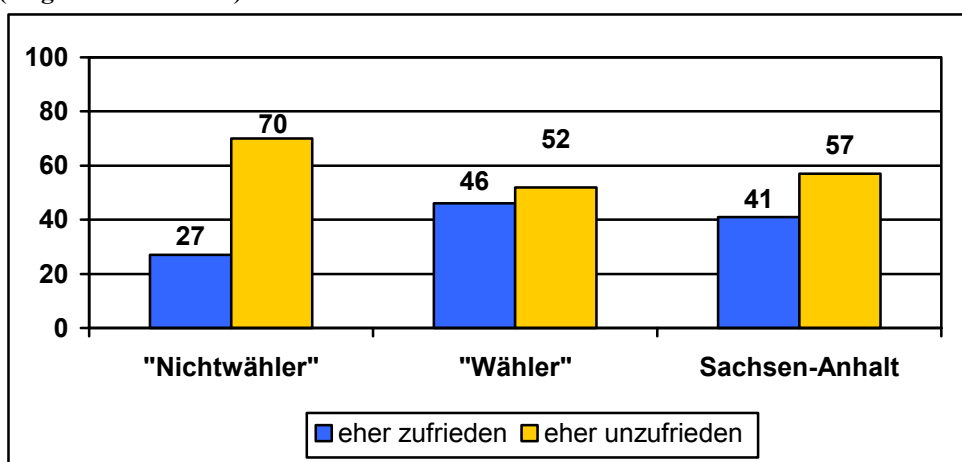
Erinnerlich ist noch, dass bei den letzten Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten, nämlich 44,4 %, ihre Stimme abgegeben haben. Bei der entsprechenden Rückerinnerungsfrage „outeten“ sich nun noch 28 % der Befragten als seinerzeitige Nichtwähler. Wie ähnlich an anderer Stelle der Analyse, muss auch hier darauf hingewiesen werden, dass Wahlabstinenten häufiger *schon* die Teilnahme an einer Befragung verweigern (s. Kap. 2). Darüber hinaus haben Nichtwähler Strategien, ihr Verhalten zu verbergen. Dadurch entsteht selbst bei repräsentativen Befragungen eine deutliche Lücke zwischen Befragung und Realität. Dennoch erlaubt der für eine Befragung hohe Anteil von Nichtwählern von 28 % zwei Schlüsse: 1. Die Teilnahme an einer Wahl ist nicht mehr so stark als soziale Pflicht belegt, so dass Wahlverweigerer weniger sozialen Druck verspüren, ihr Verhalten zu verschleiern. 2. Bei der letzten Landtagswahl 2006 sind nicht nur die „klassischen“ Nichtwähler nicht zur Wahl gegangen, sondern auch andere Teile der Bevölkerung, die sich in ihrem Antwortverhalten von den „harten“ Nichtwählern unterscheiden.

Allgemeingültige Aussagen über die Nichtwähler in Sachsen-Anhalt zu treffen, ist vor diesem Hintergrund schwer. Trotzdem kann zumindest untersucht werden, inwieweit sich die Gruppe der Befragten, die angaben, nicht an der letzten Landtagswahl teilgenommen zu

haben von den anderen Befragten unterscheidet.⁷ Insbesondere interessieren hierbei Einstellungen zur Demokratie im Allgemeinen und zum Funktionieren der Demokratie in Deutschland, die Skepsis gegenüber dem politischen System und das Gefühl von der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein, als mögliche Ursachen der Wahlverweigerung.

Die bekennenden Nichtwähler sind der Demokratie im Allgemeinen und der Demokratie in Deutschland im Speziellen skeptischer gegenüber eingestellt als die Befragten, die angaben, an der letzten Landtagswahl teilgenommen zu haben. Der Anteil derer, die sehr unzufrieden mit der Demokratie in Deutschland sind, ist bei ihnen doppelt so groß. Bewertet bereits bei den „Wählern“ jeder zweite die Demokratie in Deutschland skeptisch, so liegt der Anteil bei den „Nichtwählern“ noch um 20 % höher (70 %, s. Abb. 22).

Abb. 22: Demokratiezufriedenheit bei „Wählern“ und „Nichtwählern“ (Angaben in Prozent)

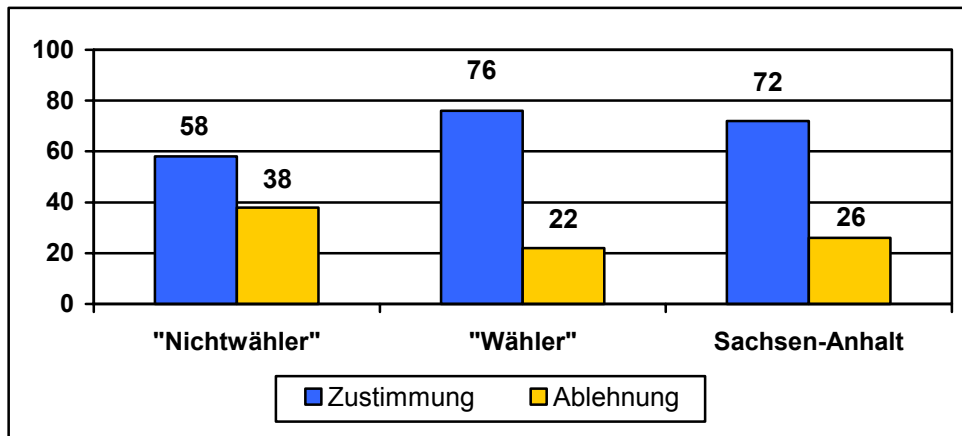


F. 19: Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert alles in allem ...
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Ein ähnlicher Unterschied zeigt sich bei der Zufriedenheit mit der Verfassung: Während nur 22 % der „Wähler“, die Aussage ablehnen, dass sie mit dem politischen System, wie es in der Verfassung festgelegt ist, zufrieden sind, ist dieser Anteil bei den bekennenden Nichtwählern deutlich höher (38 %). Dennoch ist die Mehrheit der „Nichtwähler“ (58 %) mit der Verfassung zufrieden (s. Abb. 23).

7 Auf Grund der erschwerten Erfassung und der dadurch eingeschränkten Übertragbarkeit der Aussagen auf die Gruppe aller Nichtwähler bzw. Wähler, ist im Text von „Nichtwählern“ und „Wählern“ die Rede.

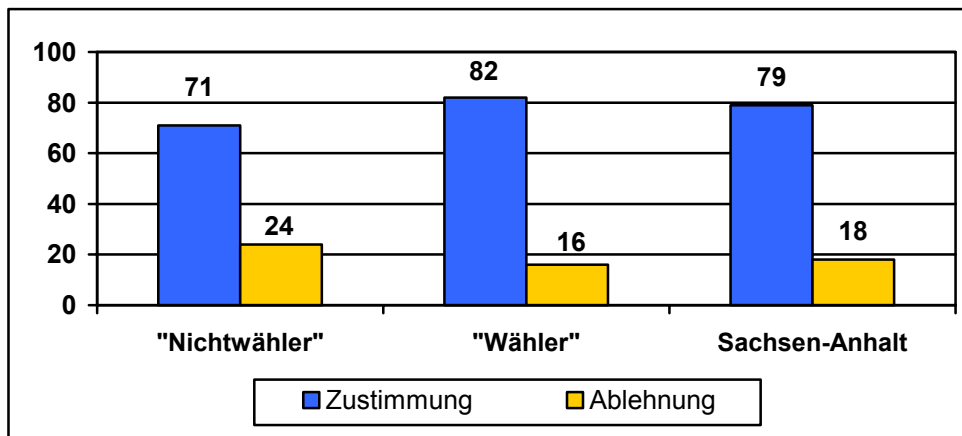
Abb. 23: Zufriedenheit mit dem politischen System bei „Wählern“ und „Nichtwählern“ (Angaben in Prozent)



F. 20a: Mit dem politischen System in Deutschland, so wie es in der Verfassung festgelegt ist, bin ich zufrieden.
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Auch die Bewertung der Demokratie als die beste aller Staatsideen ist bei den „Nichtwählern“ seltener verbreitet als bei den „Wählern“. Der Anteil derer, die das entsprechende Statement voll und ganz ablehnen, ist bei den „Nichtwählern“ sogar doppelt so groß. Trotzdem ist auch der überwiegende Teil der „Nichtwähler“ (71 %) der Ansicht, dass die Demokratie die beste aller Staatsideen ist (s. Abb. 24).

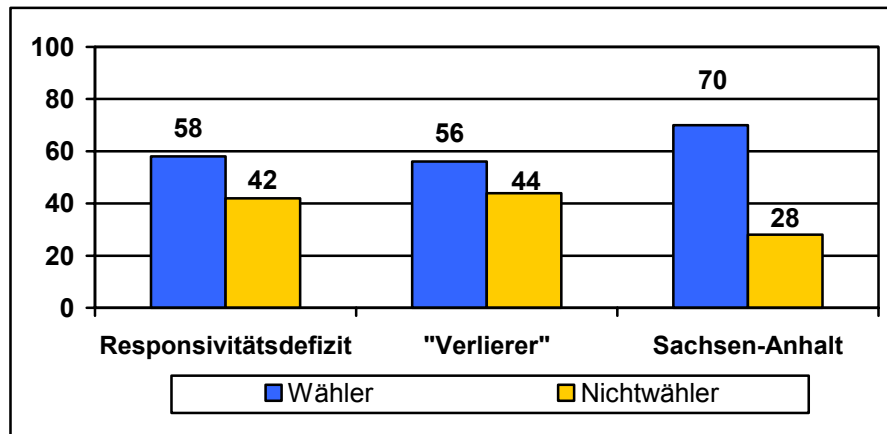
Abb. 24: Demokratie als beste Staatsidee bei „Wählern“ und „Nichtwählern“ (Angaben in Prozent)



F. 20c: Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen.
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Im vorigen Kapitel haben wir die Gruppe der Befragten, die das politische System als für die einfachen Bürger hermetisch verschlossen einschätzt, auf etwa ein Viertel der Bevölkerung beziffert (siehe Kap. 6). Es liegt nahe, dass ein wahrgenommenes Rückkopplungsdefizit des politischen Systems an die Bürger eine Ursache für geringe Wahlbeteiligung sein kann. Tatsächlich liegt der Anteil der Nichtwähler bei dieser Gruppe mit 42 % deutlich über dem Anteil aller Befragten (28 %, s. Abb. 25). Allerdings gibt die Mehrheit der Befragten, die eine deutliche Responsivitätslücke sehen, an, an der letzten Landtagswahl teilgenommen zu haben.

Abb. 25: Wahlbeteiligung bei Befragten mit Responsivitätsdefizit und „Verlierern“ (Angaben in Prozent)



Responsivitätsdefizit nach Definition in Kapitel 6

„Verlierer“ nach Definition in Kapitel 4

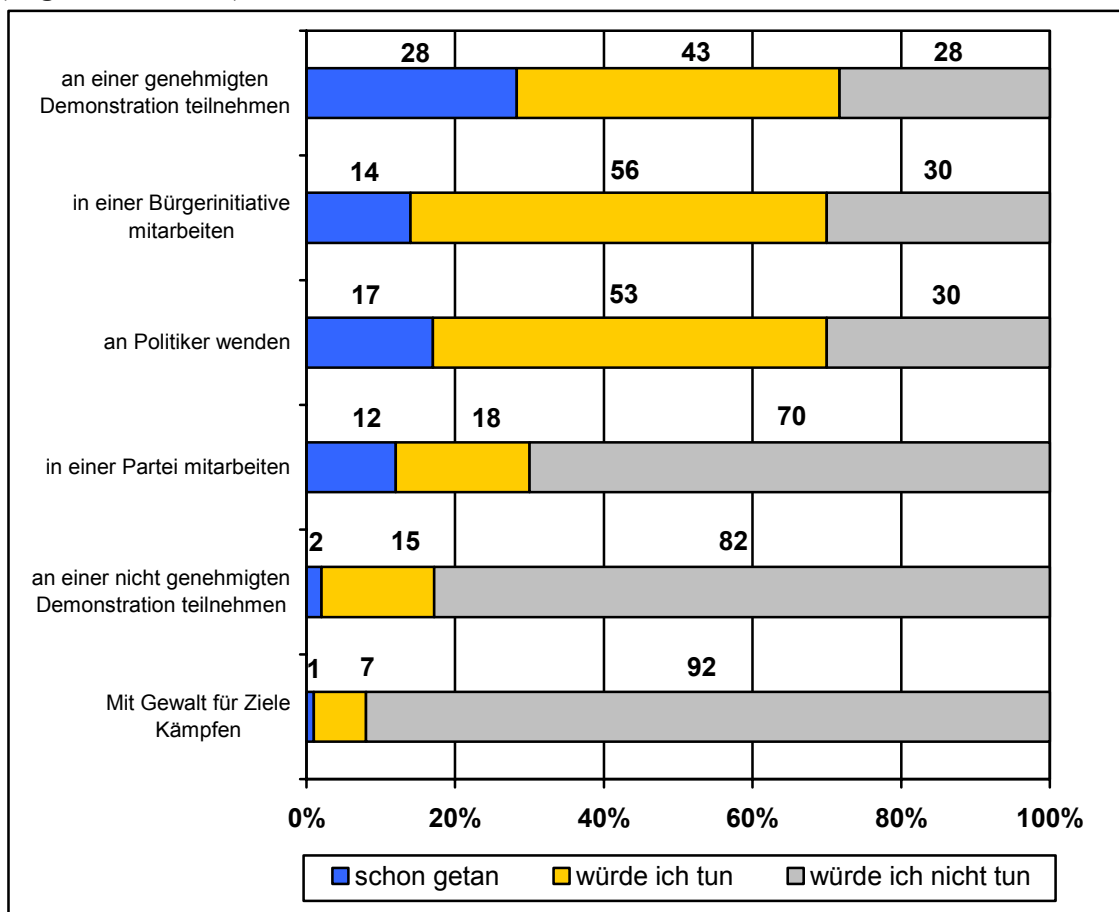
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Weiter oben im Text war bereits von einer Gruppe der Befragten, die ihre aktuellen und zukünftigen Möglichkeiten als gering bewerten und diese Einschätzung auf die Gesellschaft projizieren, die Rede. Diese Gruppe haben wir als „Verlierer“ bezeichnet (siehe Kap. 4). Ein direkter Ursache-Wirkungs-Zusammenhang, nach dem eine „Verlierer“-Position grundsätzlich zum Nichtwählen führt, kann, wie bei den Befragten mit Responsivitätslücke, nicht bestätigt werden. Denn die Mehrheit der „Verlierer“ gibt an, an der letzten Landtagswahl teilgenommen zu haben. Allerdings liegt der Anteil der bekennenden Nichtwähler bei den „Verlierern“ mit 44 % deutlich über dem aller Befragten (28 %, s. Abb. 25).

Trotz der eingeschränkten Möglichkeiten, Aussagen über Nichtwähler zu treffen, bleibt festzuhalten: Nichtwähler sind gegenüber der Demokratie und dem politischen System deutlich skeptischer eingestellt als Wähler. Sie befinden sich auch häufiger in einer „Verlierer“-Position als andere Befragte. Dennoch gibt die Mehrheit aller Befragtengruppen an, sich an der letzten Landtagswahl beteiligt zu haben. Ein simpler Determinismus, nach dem es sich bei Nichtwählern um Antidemokraten handelt, kann auf dieser Grundlage nicht bestätigt werden.

Neben der Stimmabgabe bei Wahlen gibt es auch andere Möglichkeiten, Einfluss auf politische Prozesse zu nehmen. Dabei stehen die Sachsen-Anhalter einigen, aber bei weitem nicht allen Partizipationsformen aufgeschlossen gegenüber: An einer genehmigten Demonstration haben sich 28 % aller Sachsen-Anhalter schon einmal beteiligt; weitere 43 % könnten sich vorstellen, künftig einmal auf die Straße zu gehen (s. Abb. 26). Die Bereitschaft zur Teilnahme an einer genehmigten Demonstration ist die am weitesten verbreitete Partizipationsform. Lediglich ein Viertel der Sachsen-Anhalter schließt für sich aus zu demonstrieren. Nur bei den über 60-Jährigen ist die Ablehnungshaltung gegen den Gang auf die Straße deutlich überdurchschnittlich ausgeprägt.

Abb. 26: Politische Partizipation
(Angaben in Prozent)

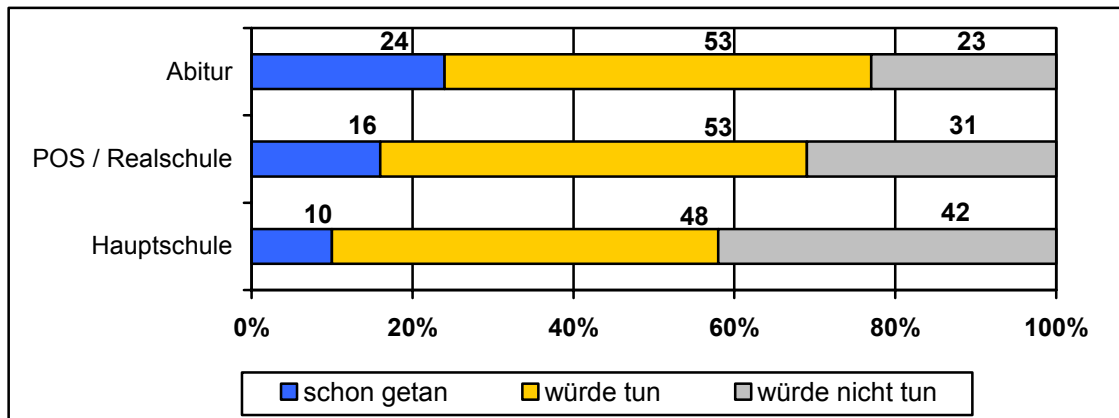


F. 25a-f: Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Von den meisten Bürgern akzeptiert (56 %), aber nicht sehr häufig verbreitet (14 %) ist die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative. Bei den Älteren ist der Anteil derer, die schon einmal in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet haben, von allen Altersgruppen am größten (19 %). Gleichzeitig schließen hier aber auch 39 %, und damit wiederum deutlich mehr als bei anderen Altersgruppen, ein derartiges Engagement für sich aus. Ein großes soziales Kapital bilden die Jungen, die sich noch in einer Ausbildung befinden: Zwar berichten nur 7 % von ihnen, bereits in einer Bürgerinitiative gearbeitet zu haben, aber weitere 73 % könnten es sich in Zukunft vorstellen. Die hohen Akzeptanzwerte für Demonstrationen und Bürgerinitiativen zeigen, dass diese in den 70er Jahren noch als „unkonventionell“ bezeichneten Partizipationsformen inzwischen breite Zustimmung erfahren.

„Sich an einen Politiker wenden“ würde mehr als die Hälfte (53 %) der Sachsen-Anhalter. Weitere 17 % haben schon einmal Kontakt zu einem Politiker gehabt. Damit rangiert diese Form der politischen Partizipation in Sachsen-Anhalt auf Rang 3. Die Bereitschaft, den direkten Kontakt mit einem Politiker zu suchen, ist stark vom Bildungsgrad abhängig. Abiturienten schließen dies nur zu 23 % aus, während 42 % der Hauptschulabsolventen den direkten Umgang mit Politikern scheuen (s. Abb. 27).

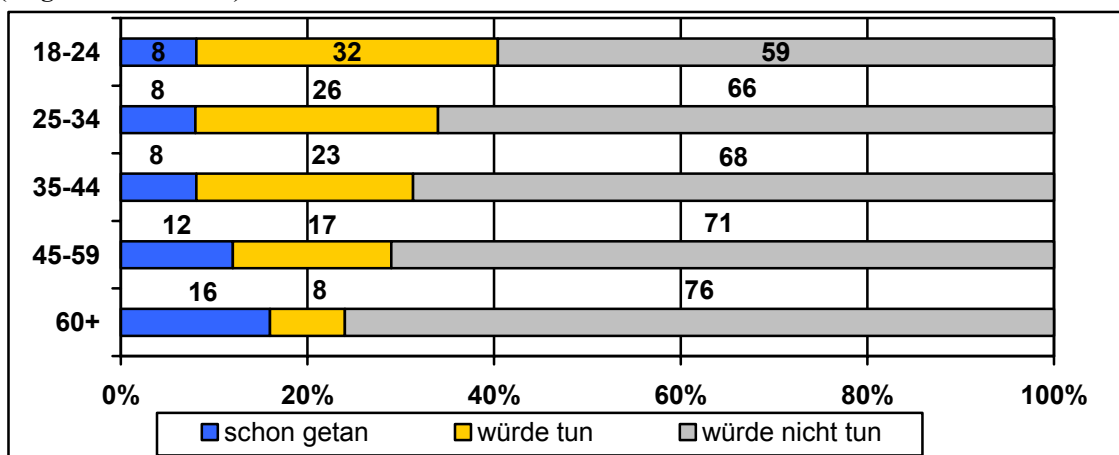
Abb. 27: Politische Partizipation, „sich an einen Politiker wenden“, nach Schulbildung
(Angaben in Prozent)



F. 25a: Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Eine große Mehrheit von 70 % der Sachsen-Anhalter schließt die Mitarbeit in einer politischen Partei aus. Nur 12 % sind oder waren bereits Parteimitglieder. Das Potential der grundsätzlich Beitrittsbereiten liegt bei lediglich 18 %. Damit rangiert die Parteiarbeit nur knapp vor den beiden illegalen Partizipationsformen „Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration“ und dem Einsatz von Gewalt für die Erreichung politischer Ziele. Die geringe Bereitschaft, in Parteien mitzuarbeiten, hängt aber nicht nur von möglicher Parteienverdrossenheit ab, sondern auch von Aufwand und Folgekosten, die einer festen Parteimitgliedschaft geschuldet sind. Eine als gering eingeschätzte Bürgernähe des politischen Systems oder eine als hoffnungslos betrachtete eigene Situation haben keinen Einfluss auf die Nähe oder Distanz zur Parteiarbeit. Die Bereitschaft, in einer Partei mitzuarbeiten, ist bei Jungen verbreiteter, während die Älteren, wahrscheinlich auf Grund schlechter Erfahrungen mit Parteizugehörigkeit im Blockparteiensystem der DDR und deren Folgen, eine Parteimitgliedschaft ganz überwiegend scheuen (76 %, s. Abb. 28).

Abb. 28: Politische Partizipation, „in einer Partei mitarbeiten“, nach Alter
(Angaben in Prozent)



F. 25a-f: Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

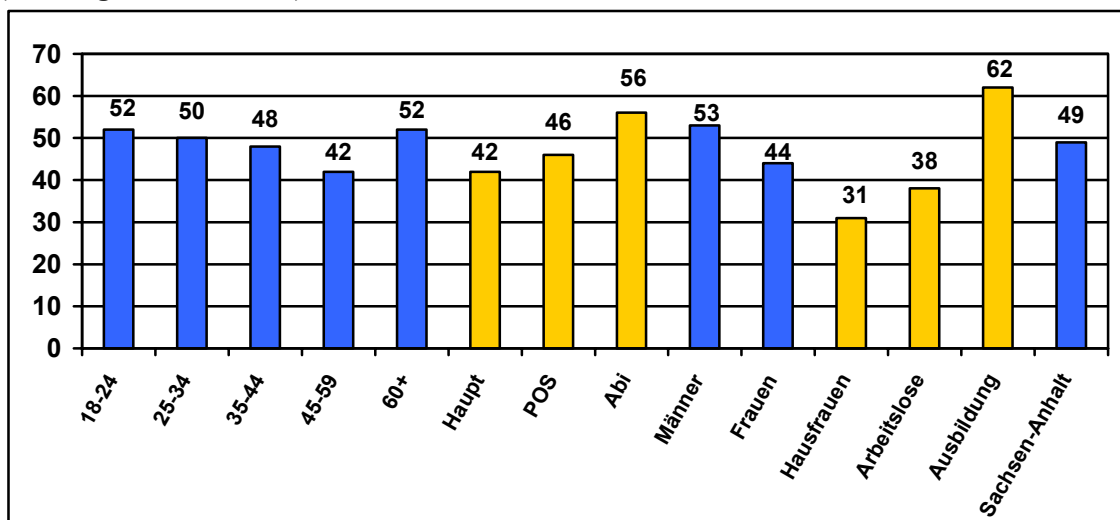
Berücksichtigt man, dass bei den über 60-Jährigen in der Gruppe derer, die schon einmal in einer Partei waren, viele ausgetreten sind und nie wieder eine Parteibindung erwägen, dürfte die Ablehnung eines Parteibeitritts in der älteren Generation noch größer ausfallen.

An einer nicht genehmigten Demonstration teilzunehmen, lehnen 82 % der Sachsen-Anhalter ab. Jüngere sind eher bereit, auch ohne Genehmigung auf die Straße zu gehen. 8 % der 18- bis 24-Jährigen gaben an, bereits ohne Erlaubnis demonstriert zu haben. Die Bereitschaft, an einer nicht genehmigten Demonstration teilzunehmen, ist bei Arbeitslosen (28 %) und Hausfrauen (44 %) überdurchschnittlich hoch, während 92 % der Rentner einen derartigen Verstoß gegen Rechtsnormen nicht billigen.

Eine deutliche Mehrheit (92 %) der Bürger Sachsen-Anhalts lehnt es ab, politische Ziele gewaltsam zu verfolgen. Nur 1 % der Befragten gab an, bereits Gewalt ausgeübt zu haben. Die Bereitschaft zur Gewaltanwendung ist bei allen sozialen Gruppen ähnlich gering. Lediglich bei Pendlern und Kurzarbeitslosen (jeweils 18 %) ist das Gewaltpotenzial überdurchschnittlich hoch.

Ein bürgerschaftliches Engagement, das im vorpolitischen Raum angesiedelt ist, ist in der Regel weiter verbreitet als das Ausmaß politischer Beteiligung. So auch in Sachsen-Anhalt: Fast die Hälfte der Befragten (49 %) gibt an, mindestens einem Verein als Mitglied anzugehören.

Abb. 29: Mitgliedschaft in Vereinen nach Alter, Schulabschluss, Geschlecht und Tätigkeit (Nennungen Ja in Prozent)



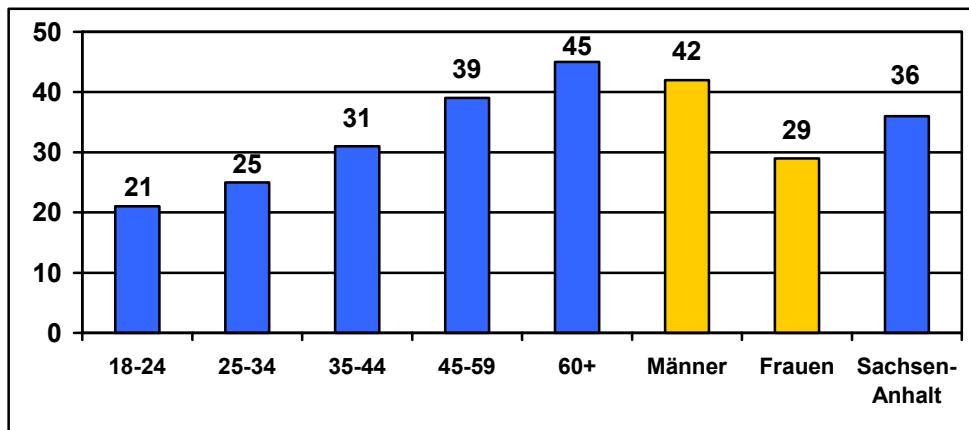
F. 26: Sind Sie selber in Ihrer Freizeit Mitglied in einem Verein, wie zum Beispiel einem Sportverein, oder in einem Verband?

Nach dem Freiwilligensurvey 2004 beträgt allerdings der Anteil der Vereinsmitglieder in den östlichen Bundesländern nur ca. 31 %. Wir können nicht davon ausgehen, dass das Vereinsleben in Sachsen-Anhalt seit 2004 so stark zugenommen hat. Zu verweisen ist hier wieder auf die Ausschöpfungsrate von 55 %: Vereinsmitglieder lehnen seltener die Teilnahme an einer Befragung ab, so dass der Anteil der Engagierten deutlich überschätzt wird. Von den Vereinsmitgliedern übt ein gutes Drittel (36 %) ein Ehrenamt im Verein oder Verband aus. Besonders die Jungen und die Alten sind engagiert, während die mittleren Altersgruppen

weniger in das Vereinsleben integriert sind. Männer (53 %) und höher Gebildete sind häufiger in Vereinen aktiv als Frauen (44 %) und niedriger Gebildete. Arbeitslose (38 %) und Hausfrauen (31 %) sind neben ihrer beruflichen Desintegration auch seltener Vereinsmitglieder. Sachsen-Anhalter in der Ausbildung sind überdurchschnittlich häufig in einem Verein (62 %, s. Abb. 29).

Ehrenamtliche Tätigkeit hängt stark mit dem Alter zusammen. Wer sich längere Zeit im Verein „bewährt“ und Erfahrung gesammelt hat, dem wird auch von den anderen Vereinsmitgliedern Verantwortung übertragen. Männliche Vereinsmitglieder (42 %) sind häufiger ehrenamtlich tätig als weibliche (29 %, s. Abb. 30). Wird die geringere Mitgliederdichte von Frauen berücksichtigt, steigt die Geschlechterlücke beim Ehrenamt noch an: Während maximal jeder fünfte Mann (22 %) ehrenamtlich tätig ist, ist es nur jede neunte Frau (13 %).

Abb. 30: Ehrenamt nach Alter und Geschlecht
(Basis Vereinsmitglieder, Nennungen Ja in Prozent)



F. 27: Bekleiden Sie über Ihre Mitgliedschaft hinaus ein Ehrenamt in einem Verein oder Verband?

8. Mediennutzung

Die Hauptinformationsquelle für das politische Tagesgeschehen der Bürgerinnen und Bürger Sachsens-Anhalts ist mit 52 % das Fernsehen, gefolgt von der Tageszeitung mit 25 % und dem Radio mit 15 %. Das Internet rangiert mit durchschnittlich 8 % auf dem letzten Platz, unterliegt als jüngstes Informationsmedium allerdings einem starken Generationeneffekt. So ist es bei den 18- bis 24-Jährigen mit 30 % hinter dem Fernsehen sogar das am zweithäufigsten genutzte Medium. Mit zunehmendem Alter nimmt die Nutzung des Internets aber immer mehr ab (vgl. Tab. 17). Das Alter wirkt sich außerdem auf das Fernsehverhalten und das Nutzen von Tageszeitungen aus. Beide Medien sind mit zunehmendem Alter als wichtigste Informationsquelle deutlich verbreiteter (vgl. Tab. 17).

Die Unterschiede im Informationsverhalten zwischen verschiedenen Bildungsschichten werden besonders deutlich, wenn Hauptschul- bzw. Volksschulabsolventen und Abiturienten miteinander verglichen werden. Fernsehen ist zwar in beiden Gruppen das wichtigste Medium, ist jedoch bei Abiturienten mit 44 % wesentlich schwächer ausgeprägt als bei Hauptschülern mit immerhin 57 %. Bei den Volksschülern fällt auf, dass sie die Tageszeitungen mit 31 % am häufigsten nutzen. Nur ca. 23 % der beiden oberen Bildungsschichten nutzen dieses Medium. Bei Pendlern ist im Gegensatz zum Gros der Bevölkerung das Radio mit 23 % das zweitwichtigste Informationsmedium, während die Tageszeitungen mit 12 % auf Platz 3 verwiesen werden. Dies erscheint einleuchtend, sollte es sich bei den Pendlern hauptsächlich um Autonutzer handeln.

Betrachtet man die Bildungskomponente, so ist die Nutzung des Internets als primäres Informationsmedium bei höher Gebildeten häufiger verbreitet. Abiturienten liegen mit 13 % deutlich über dem landesweiten Durchschnitt von 8 % und über den Werten der Personen mit Hauptschulabschluss und mittlerer Reife.

Tab. 17: Hauptinformationsquelle für politisches Geschehen nach Alter und Schulabschluss (Angaben in Prozent)

Medium	Sachsen-Anhalt (∅)	Alter in Jahren					Schulabschluss		
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Haupt- schule	Real- schule	Abitur
TV	52	46	47	51	51	58	57	54	44
Tageszeitung	25	17	20	23	26	29	31	23	24
Radio	15	7	18	17	19	11	10	16	16
Internet	8	30	16	9	3	1	2	6	13

F. 14: Was ist Ihre Hauptinformationsquelle, wenn Sie sich über das politische Geschehen informieren möchten: Radio, Fernsehen, Tageszeitung oder Internet?
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Betrachtet man die Regelmäßigkeit, mit der sich Sachsen-Anhalter über Politik im Allgemeinen informieren, erhält man ein überraschendes Ergebnis. Auf die Frage, an wie vielen Tagen pro Woche sich die Befragten über Politik kundig machen, antworten 68 % der Bevölkerung, dass sie sich täglich über politisches Geschehen informieren. Nur 1,5 % gaben an, sich nicht jede Woche oder gar nicht über Politik zu informieren.

Die Informationsgewohnheit steht nicht, wie vielleicht zu erwarten wäre, in Zusammenhang mit dem Bildungsabschluss. Hier zeigen sich keine signifikanten Unterschiede. Auch politisches Interesse hat keinen sehr starken Einfluss auf die Informationsgewohnheit der Bürger. So informieren sich selbst politisch überhaupt nicht und wenig Interessierte an mindestens 5 Tagen pro Woche über Politik. Dennoch steigt die Informationsregelmäßigkeit mit höherem politischem Interesse (s. Abb. 31).

Das heißt: Ein Bürger mit sehr starkem politischem Interesse informiert sich im Schnitt an 6,8 von 7 Tagen in der Woche über politische Geschehnisse, ein politisch desinteressierter tut dies an 5 von 7 Wochentagen.

Abb. 31: Informationshäufigkeit der Hauptinformationsquelle nach politischem Interesse

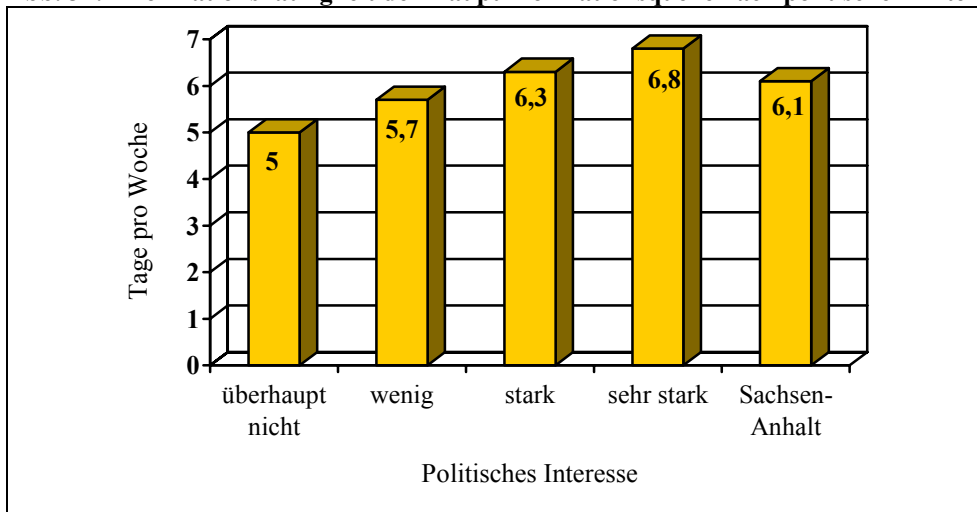
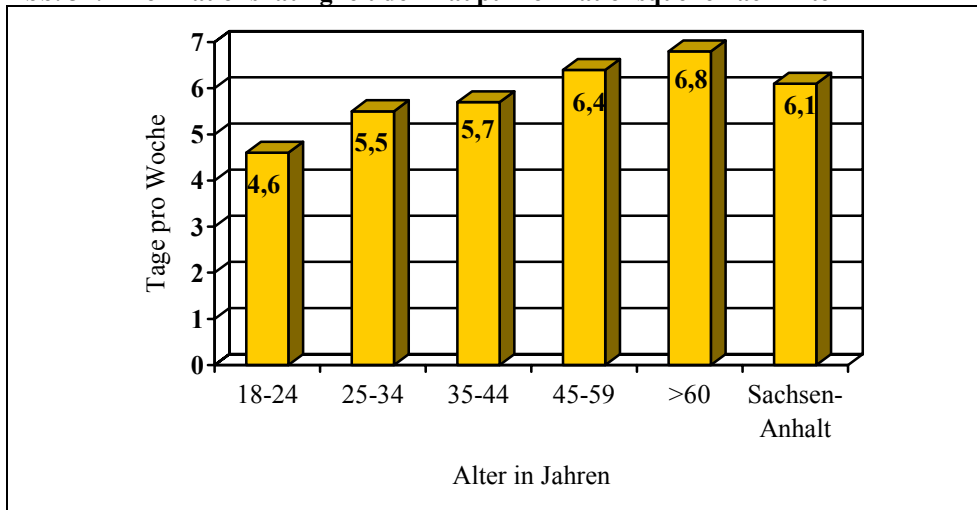


Abb. 32: Informationshäufigkeit der Hauptinformationsquelle nach Alter



- F. 15a-d: Wenn Sie einmal an eine normale Woche in der letzten Zeit denken: An wie vielen von den 7 Wochentagen Montag bis Sonntag
- (a) hören Sie sich Nachrichtensendungen im Radio an?
 - (b) sehen Sie sich Nachrichtensendungen im Fernsehen an?
 - (c) lesen Sie im allgemeinen Berichte über das politische Geschehen in einer Tageszeitung?
 - (d) informieren Sie sich im allgemeinen über das politische Geschehen im Internet?

Ein Mittelwertvergleich dieser Variable zeigt außerdem einen Einfluss des Alters, vor allem Ältere informieren sich regelmäßiger über Politik als jüngere (s. Abb. 32).

Bei der Beschaffung von Informationen zu landespolitischen Fragen werden vor allem folgende Nachrichtensendungen und Sender bevorzugt: Bei den Fernsehnachrichten liegt MDR-Aktuell mit 42 % weit vor der Tagesschau mit 15 %. Sehr viel weniger frequentiert werden Sachsen-Anhalt Heute (6 %), MDR Länderzeit (4 %) und Heute (3 %). Andere Nachrichtensendungen werden von 13 % bevorzugt, und 9 % gaben an, überhaupt keine Fernsehnachrichten zu sehen (s. Tab. 18). Aus Tabelle 18 wird deutlich, dass vor allem die ältere Generation ab 45 Jahre MDR Aktuell bevorzugt. Ein ähnlich deutlicher Einfluss des Alters lässt sich bei anderen Nachrichtensendungen nicht ausmachen. Es fällt allerdings auf, dass die jüngere Generation vor allem andere als die in Tabelle 18 aufgeführten oder aber gar keine Fernsehnachrichten bevorzugt. Dies deckt sich mit den Ergebnissen zur Internetnutzung der jüngeren Befragten. Betrachten wir den Medienkonsum der Sachsen-Anhalter unter dem Aspekt der Schulbildung, ergeben sich nur geringfügige Unterschiede. Allerdings gaben Personen mit allgemeiner Hochschulreife überdurchschnittlich häufig an, keine Fernsehnachrichten zu sehen (s. Tab. 18).

Tab. 18: Die häufigsten Fernsehnachrichten und Radiosender für Informationen zum politischen Geschehen in Sachsen-Anhalt nach Alter und Schulabschluss (Angaben in Prozent)

Nachrichtensendung/ Radiosender	Sachsen- Anhalt (∅)	Alter in Jahren					Schulabschluss		
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Haupt- schule	Real- schule	Abitur
MDR Aktuell	42	31	32	37	46	47	46	42	39
Tagesschau	15	13	17	14	15	16	12	14	19
Sachsen-Anhalt Heute	6	2	6	5	8	6	6	6	6
MDR Länderzeit	4	2	3	1	6	5	4	5	2
Heute	3	4	5	3	2	3	2	3	3
Andere Nachrichten	13	24	16	15	11	10	17	14	10
Keine Fernseh- nachrichten	9	17	14	13	5	4	5	7	14
SAW	26	32	28	41	32	12	17	34	22
MDR 1	18	1	5	6	17	35	36	12	16
Radio Brocken	15	12	12	20	23	9	14	18	12
MDR Info	7	4	14	4	5	9	0	4	16
MDR Jump	4	8	9	6	2	0	0	4	5
MDR Sputnik	2	10	4	4	0	0	0	3	3
89.0 RTL	2	11	2	0	1	0	1	2	1
MDR Figaro	1	0	1	1	1	2	2	1	2
Andere Sender	11	10	8	7	10	15	10	10	11
Kein Radio	11	10	15	8	6	13	14	10	9

F. 16: Wenn Sie sich im Fernsehen über das Geschehen in Sachsen-Anhalt informieren möchten, welche Nachrichtensendung sehen Sie da am häufigsten? Sagen Sie mir bitte den Namen der Nachrichtensendung!

F. 17: Wenn Sie sich im Radio über das Geschehen in Sachsen-Anhalt informieren möchten, welchen Sender hören Sie da am häufigsten? Sagen Sie mir bitte den Sendernamen!

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Wer sich über das Radio informiert, hört vor allem Nachrichten auf Radio SAW (26 %), MDR 1 (18 %) und Radio Brocken (15 %). Andere Sender wie z.B. MDR Info folgen mit relativ großem Abstand (7 %). 11 % der Befragten gaben an, keine Radionachrichten zu hören, und weitere 11 % hörten ausschließlich andere Sender. Spartensender wie MDR Sputnik und 89.0 RTL fallen nur bei den 18- bis 24-Jährigen ins Gewicht. Sie erzielen in

dieser Gruppe, ihrer Zielgruppe, Quoten um die 10 %. MDR 1 wiederum wird fast ausschließlich von den über 45-Jährigen genutzt (s. Tab. 18). Bezüglich des Bildungsstatus fallen beim Hörerverhalten der Bürger einige Unterschiede auf. So haben Abiturienten keine besondere Vorliebe für einen bestimmten Sender, sie hören vor allem Nachrichten auf Radio SAW, MDR1, Radio Brocken und anderen Sendern. Allerdings sind sie fast die einzige Gruppe, die angibt, Nachrichten auf MDR-Info zu hören. Personen mit mittlerer Reife nutzen am häufigsten Radio SAW und Hauptschulabsolventen MDR 1 als Quelle für politische Informationen. Einige Sender werden, wie zu erwarten, in bestimmten Regionen besonders stark als Informationsquelle genutzt. So ist zum Beispiel Radio Brocken in der Altmark mit 28 % der meistgenutzte Radiosender und liegt damit deutlich über dem landesweiten Durchschnitt von 15 %.

Da es sich beim Mitteldeutschen Rundfunk um eine Drei-Länder-Anstalt handelt, haben wir gefragt, ob sich die Sachsen-Anhalter dennoch ausreichend durch ihn vertreten sehen. Dies bejahen 74 %. Der Anteil derer, die sich ausreichend vertreten fühlen, nimmt mit zunehmendem Alter leicht zu (s. Tab. 19). Umgekehrt sind diejenigen die sich nicht ausreichend vertreten fühlen, vor allem in der jüngsten Generation zu finden.

Tab. 19: Vertretung Sachsen-Anhalts durch den MDR nach Alter und Region (Angaben in Prozent)

F. 18	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren					Region				
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Altmark	Börde/Magdeburg	Harz	Anhalt	Saale-Unstrut/Halle
Ausreichend durch MDR vertreten	74	63	70	67	78	81	67	70	76	77	78
nicht ausreichend durch MDR vertreten	11	14	9	12	12	10	20	13	8	9	8
Weiß nicht	14	23	21	21	10	9	13	16	15	13	14

F. 18: Der Mitteldeutsche Rundfunk berichtet ja als 3-Länder-Anstalt über Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Fühlen Sie Sich als Sachsen-Anhalter/in und das Land Sachsen-Anhalt im Programm des MDR ausreichend vertreten oder nicht?

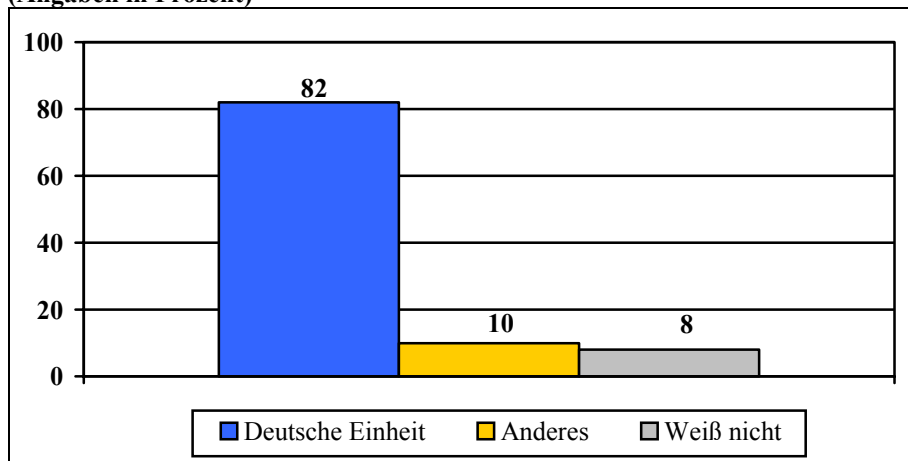
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Im regionalen Vergleich zeigt sich, dass sich nicht alle Sachsen-Anhalter gleich ausreichend durch den MDR berücksichtigt sehen. In den nördlichen Regionen Altmark und Börde fühlen sich die Bewohner schlechter medial repräsentiert als in den Gebieten Harz, Anhalt und Saale-Unstrut (vgl. Tab. 19). Ein ähnliches Bild ist bei der Untersuchung der Landesidentität erkennbar, hier zeichnet sich ein leichtes Nord-Süd-Gefälle der Verbundenheit mit dem Land ab (s. Kap. 1). Außerdem zeigte die regionale Verteilung der Zustimmung zu einer Länderfusion, dass sich sowohl die Altmärker als auch die Börder in besonderem Maße dagegen aussprechen, was auf eine geringe Identifikation mit dem Großraum Mitteldeutschland schließen lässt. Vor diesem Hintergrund scheint es nicht weiter verwunderlich, dass sie sich und ihr Land etwas schlechter durch den MDR vertreten sehen. Am schlechtesten durch den MDR vertreten fühlt sich allerdings die Gruppe der Pendler. Von diesen sind nur 56 % der Meinung, durch den MDR angemessen vertreten zu werden. 22 % hegen die gegenteilige Einschätzung. Damit unterscheiden sie sich am deutlichsten von den restlichen Sachsen-Anhaltern (vgl. Tab. 19).

9. Die DDR: immer noch gegenwärtige Vergangenheit?

Mehr als 80 % der Sachsen-Anhalter verbinden mit dem 3.Oktober 1990 das historische Datum der deutschen Einigung (s. Abb. 33).

Abb. 33: Welches Ereignis verbinden Sie mit dem 3.Oktober 1990?
(Angaben in Prozent)

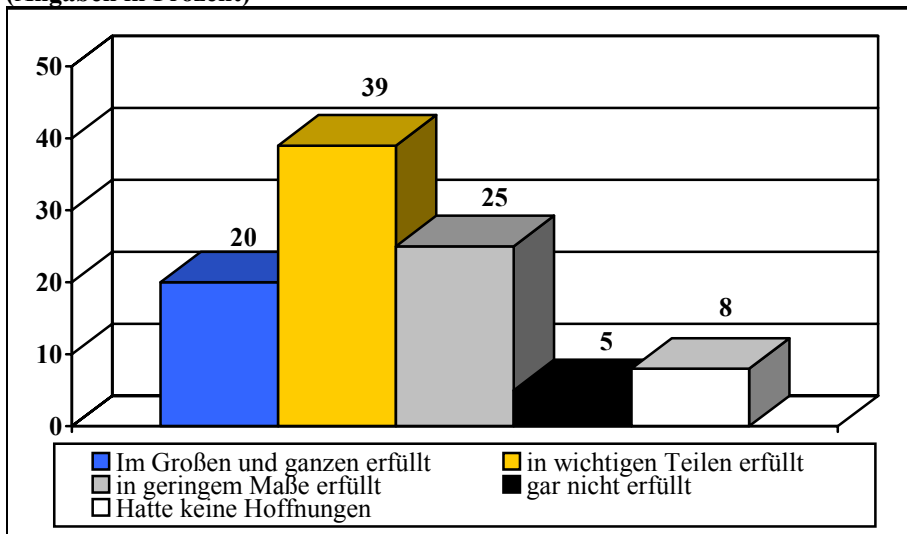


F. 35: ...

Die historische Tatsache des damaligen Systemwechsels ist der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger mithin erinnerlich. Und: Rund 18 Jahre nach dem Wendeherbst 1989 ist der Prozess der Historisierung der DDR in vollem Gange. Historisierung heißt: Die DDR wird, sowohl allgemein als auch bezogen auf die eigenen Biographien, als Teil der Geschichte betrachtet. Dabei ist nur für wenige Sachsen-Anhalter das Urteil über diese jüngere Vergangenheit völlig eindeutig. Mehrheitlich überwiegt – häufig in ein und derselben Person – ein Bild von der DDR, das teils persönliche Distanz anzeigt, teils aber auch zu Identifikation veranlasst.

Wie oben bereits dargestellt, wünscht sich nur eine Minderheit die DDR ernstlich zurück (s. Kap. 3). Die DDR ist für die meisten Vergangenheit und soll es auch bleiben. Für die überwiegende Zahl der Sachsen-Anhalter haben sich die dereinst mit dem Systemwechsel verbundenen Hoffnungen erfüllt. Nur knapp jede(r) Dritte äußert sich überwiegend (25 %) oder vollkommen (5 %) desillusioniert (s. Abb. 34).

Abb. 34: Hoffnungen in Wende erfüllt
(Angaben in Prozent)



F. 36: Haben sich Ihre Hoffnungen erfüllt, die Sie mit dem neuen System nach 1990 verbunden hatten? Haben sich Ihre Hoffnungen im Großen und Ganzen erfüllt, nicht überall aber in wichtigen Teilen erfüllt, in nur geringem Maße erfüllt oder gar nicht erfüllt?

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Auch hier werden altersgebundene Besonderheiten sichtbar (s. Tab. 20). Für überdurchschnittlich viele über 60-Jährige und der 25- bis 34-Jährigen, die am Beginn ihrer Erwerbsbiographie stehen, fällt die Bilanz zufriedenstellend aus. Umgekehrt sehen vergleichsweise viele Sachsen-Anhalter, die in der mittleren oder späteren Phase des Erwerbslebens stehen und die Risiken des Arbeitsmarktes stärker empfinden, ihre ursprünglichen Hoffnungen gering oder gar nicht erfüllt.

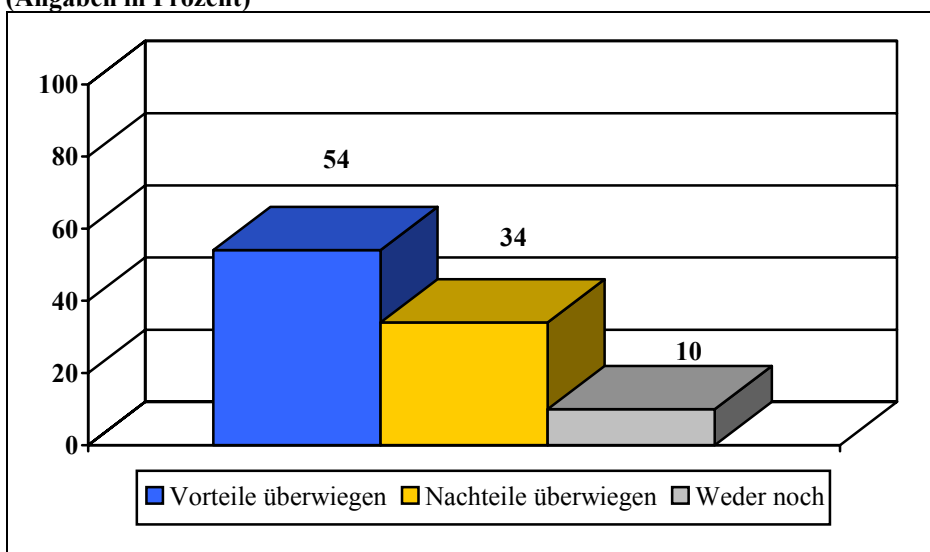
Tab. 20: Hoffnungen in Wende erfüllt nach Alter
(Angaben in Prozent)

F. 36	Sachsen-Anhalt (∅)	Alter in Jahren				
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60
Im Großen und Ganzen erfüllt	20	5	23	17	18	27
Nicht überall, aber in wichtigen Teilen erfüllt	39	30	43	43	41	38
In nur geringem Maße erfüllt	25	6	13	29	29	28
Gar nicht erfüllt	5	4	3	6	7	4
Hatte keine Hoffnungen	8	40	13	4	5	2

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Weitere Fragen, die den Aspekt Gewinner/Verlierer der Einigung variieren, bestätigen ebenfalls, dass die Folgen des politischen und ökonomischen Systemswechsels von 1990 für Ostdeutschland von den Sachsen-Anhaltern überwiegend positiv eingeschätzt werden. Für 54 % überwiegen die Vorzüge der Einigung (s. Abb. 35).

Abb. 35: Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung für Ostdeutschland (Angaben in Prozent)



F. 39: Und nun eine Frage zur deutschen Einheit: Würden Sie sagen, dass für Ostdeutschland alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Mit gewissen Schwankungen bleibt das mehrheitlich allgemein positive Votum gegenüber der Einigung und den Einigungsfolgen quer durch alle Generationen und Sozialgruppen, mit Ausnahme der Arbeitslosen, stabil (s. Tab. 21 und 22).

Tab. 21: Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung für Ostdeutschland nach Alter und Schulabschluss (Angaben in Prozent)

F. 39	Sachsen-Anhalt (∅)	Alter in Jahren					Schulabschluss		
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Haupt-schule	Real-schule	Abitur
Vorteile überwiegen	54	60	65	49	50	54	47	46	70
Nachteile überwiegen	34	29	25	39	37	34	40	41	21
Weder noch	10	4	7	10	12	10	11	11	6

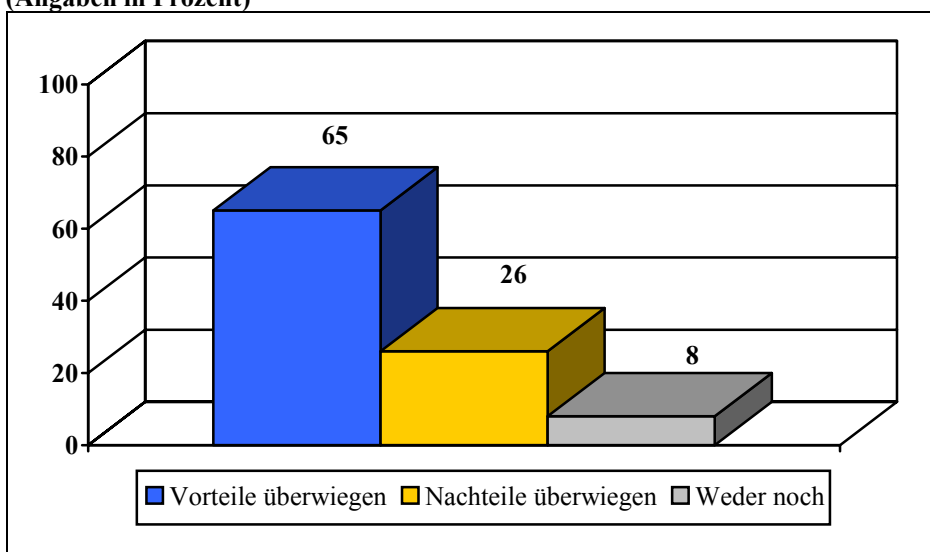
Tab. 22: Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung für Ostdeutschland nach Tätigkeit (Angaben in Prozent)

F. 39	Sachsen-Anhalt (∅)	Tätigkeit				
		Erwerbstätig	Arbeitslos	In Ausbildung	Rentner	Hausfrau / Sonstiger
Vorteile überwiegen	54	56	28	67	54	52
Nachteile überwiegen	34	32	63	22	33	39
Weder noch	10	10	9	3	11	5

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Wird gefragt, wie die persönliche Bilanz der deutschen Einigung ausfällt, so fällt das insgesamt positive Urteil noch deutlicher aus. 65 % der Sachsen-Anhalter haben persönlich überwiegend vorteilhafte Erfahrungen gemacht (s. Abb. 36).

**Abb. 36: Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung persönlich
(Angaben in Prozent)**



F. 40: Und für Sie persönlich: Überwiegen da eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung?
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Eine positive Bilanz ziehen vor allem die jüngeren Altersgruppen zwischen 18 und 34 Jahren, die ihre persönlichen Erfahrungen überwiegend oder gänzlich in der Bundesrepublik gemacht haben (s. Tab. 23). Auch bei dieser Frage antworten Arbeitslose abweichend vom durchgängig positiven Gesamttenor (s. Tab. 24).

**Tab. 23: Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung persönlich nach Alter und Schulabschluss
(Angaben in Prozent)**

Und für Sie persönlich: Überwiegen da eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung?	Sachsen- Anhalt (∅)	Alter in Jahren					Schulabschluss		
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Haupt- schule	Real- schule	Abitur
Vorteile überwiegen	65	72	78	63	58	66	52	59	83
Nachteile überwiegen	26	18	18	27	31	25	36	30	12
Weder noch	8	0	4	8	11	9	11	9	3

**Tab. 24: Vorteile vs. Nachteile der Wiedervereinigung persönlich nach Tätigkeit
(Angaben in Prozent)**

Und für Sie persönlich: Überwiegen da eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung?	Sachsen- Anhalt (∅)	Tätigkeit				
		Erwerbstätig	Arbeitslos	In Ausbildung	Rentner	Hausfrau / Sonstiger
Vorteile überwiegen	65	69	27	79	66	73
Nachteile überwiegen	26	22	66	13	24	21
Weder noch	8	7	7	0	10	6

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Für die Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts hat das von ihnen generell überwiegend positiv gezeichnete Porträt der Einigung durchaus konkrete Züge.

Tab. 25: Verbesserung und Verschlechterung in bestimmten Bereichen nach der Wende nach Alter (Angaben in Prozent)

Frage 41 a-q	Ausprägung	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren				
			18-24	25-34	35-44	45-59	>60
Wirtschaft	Verbessert	56	61	67	64	55	47
	Verschlechtert	29	22	21	24	32	34
	Kaum verändert	11	14	8	9	10	14
Persönliche Freiheit	Verbessert	80	93	91	83	78	72
	Verschlechtert	3	2	2	5	5	2
	Kaum verändert	16	5	7	11	17	25
Umgang der Menschen miteinander	Verbessert	5	14	3	4	3	4
	Verschlechtert	84	66	85	84	88	87
	Kaum verändert	11	17	12	12	9	9
Lebensstandard	Verbessert	65	80	75	65	60	60
	Verschlechtert	15	9	7	16	21	15
	Kaum verändert	18	8	17	17	18	23
Chancen, es im Leben zu etwas zu bringen	Verbessert	58	58	78	62	57	48
	Verschlechtert	22	24	14	20	28	22
	Kaum verändert	18	18	7	18	14	26
Anerkennung der persönlichen Leistung	Verbessert	27	34	36	25	23	25
	Verschlechtert	37	39	34	41	47	29
	Kaum verändert	31	21	28	33	28	35
Politisches System	Verbessert	55	64	74	59	48	49
	Verschlechtert	16	18	9	15	24	13
	Kaum verändert	25	14	15	23	24	34
Möglichkeiten des Einzelnen auf die gesellschaftliche Entwicklung	Verbessert	52	73	77	60	44	38
	Verschlechtert	16	4	7	12	22	20
	Kaum verändert	30	21	16	27	33	38
Soziale Gerechtigkeit	Verbessert	19	38	29	14	13	16
	Verschlechtert	60	44	47	64	75	57
	Kaum verändert	19	12	21	20	12	24
Soziale Absicherung	Verbessert	19	34	20	11	12	16
	Verschlechtert	64	43	70	79	74	51
	Kaum verändert	16	12	14	10	12	24
Schutz vor Kriminalität und Verbrechen	Verbessert	17	34	20	11	12	16
	Verschlechtert	58	35	55	57	59	65
	Kaum verändert	23	25	22	31	26	18
Bildung und Ausbildung	Verbessert	24	39	32	21	22	20
	Verschlechtert	59	47	49	65	61	60
	Kaum verändert	14	12	16	11	15	15
Schutz vor staatlicher Willkür	Verbessert	54	68	71	55	49	48
	Verschlechtert	13	4	14	12	19	11
	Kaum verändert	27	18	12	28	26	35
Betreuung von Kindern	Verbessert	8	10	5	5	6	12
	Verschlechtert	75	81	87	78	77	65
	Kaum verändert	14	7	7	16	14	18
Gleichberechtigung von Mann und Frau	Verbessert	24	57	43	19	14	15
	Verschlechtert	31	5	15	29	41	39
	Kaum verändert	43	35	39	50	44	43
Das Gesundheitssystem	Verbessert	25	46	24	23	23	21
	Verschlechtert	59	34	60	59	65	63
	Kaum verändert	12	7	8	17	11	15
Das eigene Wohlfühlen in der Gesellschaft	Verbessert	35	40	47	31	30	36
	Verschlechtert	30	21	27	28	39	27
	Kaum verändert	33	31	25	40	31	35

Tab. 26: Verbesserung und Verschlechterung in bestimmten Bereichen nach der Wende nach Tätigkeit (Angaben in Prozent)

Frage 41 a-q	Ausprägung	Sachsen-Anhalt (Ø)	Tätigkeit				
			Erwerbstätig	Arbeitslos	In Ausbildung	Rentner	Hausfrau/Sonstige
Wirtschaft	Verbessert	56	63	38	65	47	47
	Verschlechtert	29	26	39	18	33	33
	Kaum verändert	11	8	16	14	14	16
Persönliche Freiheit	Verbessert	80	85	69	94	71	82
	Verschlechtert	3	3	10	3	2	3
	Kaum verändert	16	12	20	3	26	15
Umgang der Menschen miteinander	Verbessert	5	3	6	11	5	8
	Verschlechtert	84	96	84	71	85	90
	Kaum verändert	11	11	10	13	10	2
Lebensstandard	Verbessert	65	71	35	88	60	44
	Verschlechtert	15	12	40	5	14	26
	Kaum verändert	18	16	23	5	24	30
Chancen, es im Leben zu etwas zu bringen	Verbessert	58	66	36	65	48	62
	Verschlechtert	22	19	45	20	22	26
	Kaum verändert	18	14	18	15	27	12
Anerkennung der persönlichen Leistung	Verbessert	27	29	5	45	25	24
	Verschlechtert	37	41	58	29	27	40
	Kaum verändert	31	27	34	23	36	36
Politisches System	Verbessert	55	60	35	75	50	39
	Verschlechtert	16	17	32	13	12	23
	Kaum verändert	25	20	28	12	34	31
Möglichkeiten des Einzelnen auf die gesellschaftliche Entwicklung Einfluss zu nehmen	Verbessert	52	58	40	76	38	65
	Verschlechtert	16	14	28	4	19	18
	Kaum verändert	30	27	31	20	39	17
Soziale Gerechtigkeit	Verbessert	19	17	14	39	18	19
	Verschlechtert	60	66	68	36	55	64
	Kaum verändert	19	16	15	19	24	17
Soziale Absicherung	Verbessert	19	14	13	34	23	27
	Verschlechtert	64	71	76	53	52	67
	Kaum verändert	16	14	6	10	24	6
Schutz vor Kriminalität und Verbrechen	Verbessert	17	13	26	37	14	18
	Verschlechtert	58	59	49	33	66	50
	Kaum verändert	23	26	22	26	18	32
Bildung und Ausbildung	Verbessert	24	24	22	37	21	33
	Verschlechtert	59	61	60	42	59	49
	Kaum verändert	14	12	16	19	16	12
Schutz vor staatlicher Willkür	Verbessert	54	56	42	77	49	55
	Verschlechtert	13	13	28	4	12	8
	Kaum verändert	27	25	25	13	33	30
Betreuung von Kindern	Verbessert	8	5	6	11	13	6
	Verschlechtert	75	81	74	80	63	89
	Kaum verändert	14	12	16	9	18	5
Gleichberechtigung von Mann und Frau	Verbessert	24	25	19	50	14	38
	Verschlechtert	31	32	31	9	37	21
	Kaum verändert	43	42	48	40	45	41
Das Gesundheitssystem	Verbessert	25	24	21	41	21	33
	Verschlechtert	59	61	63	37	62	40
	Kaum verändert	12	11	11	9	16	27
Das eigene Wohlfühlen in der Gesellschaft	Verbessert	35	37	16	37	36	41
	Verschlechtert	30	28	53	28	26	30
	Kaum verändert	33	34	30	29	36	29

Die große Mehrheit hierzulande weiß die Verbesserung der Wirtschaftskraft (56 %), den Zugewinn an persönlicher Freiheit (80 %), die Anhebung des Lebensstandards (65 %), die Erweiterung individueller Lebenschancen (58 %), die Ablösung eines autoritären Regimes durch einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat (55 %) sowie die damit einhergehenden politischen Einflussmöglichkeiten der Bürger (52 %) und Schutz von staatlicher Willkür (54 %) sehr wohl zu schätzen (s. Tab. 25).

Doch tritt hier, wenn die Befragten aufgefordert werden, den Vergleich der Systeme anhand einzelner Politikfelder, Lebenschancen und sozialer Erfahrungen durchzuspielen, ein gespaltenes Einstellungsbild klar zutage. So wird die DDR von der heutigen Bevölkerung als eindeutig sozialer als die heutige Bundesrepublik beurteilt. In dieser Einschätzung stimmen Jüngere und Ältere überein (s. Tab. 25).

Die positiven Seiten des Bildes vom Alltag in der DDR fügen sich für die heute Befragten aus etlichen einzelnen Elementen der damaligen Lebensverhältnisse zusammen. Die Staatspraxis der DDR wird auf einen sozialen Grundantrieb reduziert. Die als vorteilhaft oder gar vorbildlich betrachteten Seiten der DDR beziehen sich keineswegs auf den privaten Teil des Lebens allein, sondern auch auf den öffentlichen Raum, in dem realer Sozialismus praktiziert wurde. Mit dem Übergang in die Bundesrepublik hat sich für eine Mehrheit der befragten Sachsen-Anhalter verschlechtert: der Umgang der Menschen miteinander (84 %); das Anerkennen persönlicher Leistungen (37 %); die Garantie sozialer Gerechtigkeit (60 %); die soziale Absicherung (64 %); der Schutz vor Kriminalität und Verbrechen (58 %); ferner das Angebot an Bildung und Ausbildung (59 %); die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder (75 %) sowie die Gesundheitsversorgung (59 %).

Dennoch hegen viele der heute in Sachsen-Anhalt Lebenden durchaus auch Zweifel, dass das Leben in der DDR einer sozialen Idylle gleichgekommen sei. Immerhin meint eine relative Mehrheit von 35 % der Befragten, dass man sich in der gesamtdeutschen Gesellschaft wohler fühlen könne als zu Zeiten der SED-Herrschaft (s. Tab. 25 und 26).

Des ungeachtet finden ideologische Leitformeln der DDR wie auch der gesellschaftliche Alltag in diesem Staat im Rückblick eine bemerkenswert positive Einschätzung. Zwar steht der Diktatur-Charakter des Regimes für 82 % außer Frage. Aber dies betrifft gleichsam nur die politische Außenhaut des Systems. Schält man diese ab, kommt für die meisten ein guter Kern zum Vorschein. An diesem vorgeblich guten Kern festzuhalten, ist offenbar auch Teil des Bemühens, sich gegenüber Westdeutschen, die Ostdeutsche nach weit verbreiteter Meinung nach wie vor „als Menschen zweiter Klasse“ behandeln (dies bejahen 56 %), mit einer vorzeigbaren kollektiven Identität zu behaupten.

Für 96 % der Sachsen-Anhalter steht mit oder ohne Einschränkung fest: „Es war nicht alles schlecht in der DDR“. Die Lesart, dass, wer in der DDR lebte, unweigerlich „viele wertvolle Jahre seines Lebens verloren“ habe, weisen 82 % als unzutreffend zurück. Ganz im Gegenteil habe man, urteilen 90 % der Sachsen-Anhalter heute, in der DDR „privat ganz gut leben“ können. Bei der Gründung dieses Staates haben, davon sind 67 % überzeugt, durchaus „auch soziale Motive“ eine Rolle gespielt. 93 % halten es daher für unangemessen, wenn sich die Darstellung der DDR in den Medien nur auf die Themen Stasi und SED-Diktatur beschränkt (s. Tab. 27).

Tab. 27: Beurteilung der DDR nach Alter

(Nennungen stimme voll und ganz zu und stimme eher zu als „Zustimmung“ und lehne eher ab und lehne völlig ab als „Ablehnung“ in Prozent)

Frage 42 a-i	Ausprägung	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren				
			18-24	25-34	35-44	45-59	>60
Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.	Zustimmung	56	67	44	50	53	61
	Ablehnung	41	32	55	48	43	35
Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.	Zustimmung	78	74	77	76	80	81
	Ablehnung	20	24	22	22	19	17
Trotz aller Einschränkungen konnte man in der DDR privat alles in allem ganz gut leben.	Zustimmung	90	85	92	93	90	90
	Ablehnung	8	10	6	6	9	10
Sozialismus und Demokratie sind im Grunde ganz gut vereinbar.	Zustimmung	59	50	56	54	58	67
	Ablehnung	38	49	42	43	39	29
Wenn man in der DDR leben musste, hat man viele wertvolle Jahre seines Lebens verloren.	Zustimmung	17	14	5	10	13	28
	Ablehnung	82	83	95	90	86	72
Es war nicht alles schlecht in der DDR.	Zustimmung	96	97	92	96	98	96
	Ablehnung	4	3	8	4	2	4
Das politische System der DDR war eine Diktatur.	Zustimmung	82	61	80	79	87	90
	Ablehnung	16	36	18	20	11	10
Die Darstellung der DDR in Fernsehen und Presse sollte sich nicht nur auf die Stasi und die SED-Diktatur beschränken.	Zustimmung	93	94	94	93	96	91
	Ablehnung	6	6	4	7	3	7
Die Gründung der DDR hatte auch soziale Motive.	Zustimmung	67	59	57	57	68	78
	Ablehnung	27	37	33	32	29	17

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Fassen wir zusammen: Im Blick zurück nimmt die DDR für die meisten ihrer ehemaligen Bürger – und teilweise für deren Nachgeborene – bezogen auf den damaligen Alltag ersichtlich Züge eines großen Volksfreundes an, der eine soziale Rundumversorgung für alle vorhielt und solidarische Lebensformen in Gesellschaft und privater Gemeinschaft ermöglichte. Wohl sehnt sich kaum jemand nach dem politischen System namens DDR zurück, das für die allermeisten Sachsen-Anhalter durch persönliche Unfreiheit und ökonomische Rückständigkeit gekennzeichnet gewesen ist. Aber der diktatorische Kern des Systems und dessen undemokratische Funktionslogik werden abgeschwächt, indem in der Rückschau nach „guten“ und „schlechten“ Systemteilen sortiert wird. Dank dieser „Aschenputtel-Methode“ werden retrospektiv die privaten Lebenswelten verklärt und in der Tendenz auch die DDR als Ganze weichgezeichnet.

Aufschlussreich ist zu wissen, welche Informationsquellen das Vergangenheitsbild der heutigen Ostdeutschen speisen. Wie die Erhebung dokumentiert, ist das Bild der DDR in den jetzt lebenden mittleren und älteren Generationen (35 Jahre und älter) noch ganz überwiegend durch eigenes Erleben bestimmt. Für die Jüngeren, und insbesondere die 18- bis 24-Jährigen, hat der Gedankenaustausch innerhalb der Familie die weitaus wichtigste meinungsprägende

Bedeutung. Hingegen werden Einflüsse der Schule, aber auch von Freunden und Bekannten sowie der Medien als nachrangig begriffen (s. Tab. 28).

Tab. 28: Prägung des DDR- Bildes nach Alter und Arbeitslosigkeit (Angaben in Prozent)

F. 37: Wenn Sie einmal an Ihr DDR-Bild denken: Wodurch ist dieses Bild am stärksten geprägt?	Sachsen-Anhalt (∅)	Alter in Jahren					Arbeitslose		
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Gesamt	Kurzzeit-arbeitslose	Langzeit-arbeitslose
Durch Ihr eigenes Erleben	54	8	37	65	63	61	56	39	68
Durch Ihre Familie	27	63	35	16	23	22	23	30	18
Durch Ihre Schule bzw. Lehrer	9	12	13	13	6	8	7	10	5
Durch Unterhaltungen mit Freunden und Bekannten	7	9	10	4	7	5	10	19	3
Durch Presse, Radio und Fernsehen	2	5	4	1	1	2	3	2	4

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Unterscheidet man die Befragten nach ihren Parteisympathien, wird erkennbar, dass eigenes Erleben als Maßstab des Urteilens über die DDR bei Linke-Anhängern am häufigsten genannt wird. Dies ist nicht verwunderlich, da Sympathisanten der Linken häufig den älteren Bevölkerungsteilen angehören und sich dadurch der Generationeneffekt (s. Tab. 28) reproduziert. Schule und Lehrer sind vor allem im Sympathisantenfeld der Liberalen bedeutsam (s. Tab. 29).

Tab. 29: Prägung des DDR- Bildes nach Parteisympathie (Angaben in Prozent)

F. 37: Wenn Sie einmal an Ihr DDR-Bild denken: Wodurch ist dieses Bild am stärksten geprägt?	Sachsen-Anhalt (∅)	Parteisympathie					
		CDU	SPD	FDP	Linke	B'90 / Grüne	keine
Durch Ihr eigenes Erleben	54	49	53	47	63	54	56
Durch Ihre Familie	27	32	23	21	21	31	28
Durch Ihre Schule bzw. Lehrer	9	9	11	24	8	6	7
Durch Unterhaltungen mit Freunden und Bekannten	7	6	9	3	7	9	4
Durch Presse, Radio und Fernsehen	2	2	4	2	1	0	4

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

Dies bedeutet: Als ein *erlebtes Bild* wird die DDR im privaten Raum der Familie von der älteren Erfahrungsgeneration an die eigenen Nachkommen weitergegeben – und damit, so könnte man vermuten, auch tendenziell *entpolitisiert*. Einen derartigen Automatismus bestätigen die Umfragedaten indes nicht. Das Bild, das ältere und jüngere Jahrgänge von der DDR haben, unterscheidet sich vielmehr in vielen Punkten deutlich. Dabei verläuft entlang der Alterslinie, die durch die Beendigung des 34. Lebensjahres markiert wird, eine klar erkennbare Generationenscheide. So betragen bei der Frage, was sich alles nach der Wiedervereinigung verbessert bzw. verschlechtert habe, die Einschätzungsdifferenzen zwischen Älteren und Jüngeren durchweg zwischen 10 und mehr als 30 Prozentpunkte (die Kinderbetreuung ausgenommen, s. Tab. 25). Auch den Wohlfühlfaktor sehen die Jüngeren im geeinten Deutschland deutlich höher ausgeprägt als die bei diesem Vergleichspunkt häufiger DDR-nostalgischen mittleren und älteren Jahrgänge.

Man sieht: Die in Ostdeutschland nachwachsende Generation macht sich ihr eigenes Bild von der DDR, obwohl sie ihre Informationen darüber vornehmlich aus der eigenen Familie bezieht. Auch wenn Eltern und Großeltern, und manchmal ältere Geschwister, für das Wissen über die DDR die wichtigste primäre Quelle sind, werden Erfahrungswerte und Deutungsangebote der Älteren keineswegs ungefiltert und unverändert übernommen. Die Gegenwart erzielt ersichtlich einen Sozialisierungseffekt, welcher die erzählte Version der Älteren korrigiert.

Das Bild, das jüngere Sachsen-Anhalter von der DDR haben, ist nicht nur in vielem anders als das der Älteren, sondern auch durchgängig distanzierter. So finden „der Sozialismus als Idee“, der Glaube einer grundsätzlichen Vereinbarkeit von Sozialismus und Demokratie, ferner die Lesart, dass in der DDR „nicht alles schlecht“ gewesen sei und dass man dort „privat alles in allem ganz gut leben“ konnte, in den jüngeren Altersgruppen deutlich geringer dezidiert Zustimmung. Auch die Einschätzung, dass bei der Staatsgründung der DDR ebenfalls soziale Beweggründe mitgespielt hätten, wird von Jüngeren weniger häufig geteilt.

10. Rechtsextremismus

Rechtsextremistische Einstellungen und Verhaltensweisen wurden in der Erhebung an Hand verschiedener Konstrukte operationalisiert, und zwar

1. an autoritären Grundeinstellungen,
2. an Einstellungen gegenüber Ausländern,
3. an antisemitischen Einstellungen und
4. an Einstellungen zu rechtsextremen Parteien wie DVU und NPD.

10.1 Autoritäre Einstellungen

Eine Untersuchung von autoritären Einstellungen, die nahe bei rechtsextremen Verhaltensmustern liegen, geht vor allem auf Forschungen von Theodor W. Adorno in den 50er Jahren zurück. Er untersuchte, ob bestimmte psychologische Grundhaltungen mit Einstellungen zu Faschismus und Antisemitismus in Verbindung zu bringen sind.⁸ Dabei wurden vor allem individuelle Eigenschaften wie Konventionalismus (Hängen an alten Werten) und Autoritäre Unterwerfung (unterwürfige, unkritische Einstellungen) untersucht. Die Theorie der „autoritären Persönlichkeit“ postuliert unter anderem eine ausgeprägte Vorurteilsbereitschaft bei autoritär eingestellten Personen, die ihrerseits Ethnozentrismus (Fremdenfeindlichkeit) begünstigt. Die hier verwendeten Fragepunkte (Items) gehen vor allem auf eine von Lederer verwendete Kurzskala zu Autoritärer Unterwerfung zurück.⁹

Im Folgenden sollen nur diejenigen Personen berücksichtigt werden, die den Fragen voll und ganz zugestimmt haben.

Immerhin 30 % der Sachsen-Anhalter sind der Meinung, dass es für ein Kind wichtig ist gehorchen zu lernen, um auf das spätere Leben vorbereitet zu sein. Dies zeigt, dass alte Werte, wie ein gewisses Maß Gehorsam und Disziplin, immer noch eine wichtige Rolle in der Gesellschaft spielen. Geht es aber darum, ob es einem Kind im späteren Leben nützlich sein kann, wenn es gezwungen wurde, sich den Vorstellungen seiner Eltern anzupassen, sind nur noch 4 % dieser Ansicht. Das heißt: blinder Gehorsam ohne kritisches Hinterfragen wird im Grunde völlig abgelehnt. Gut ein Zehntel der Bevölkerung zieht es allerdings vor, das Denken sogenannten führenden Köpfen zu überlassen und sich von diesen leiten bzw. führen zu lassen.

Alle Items nehmen mit zunehmendem Alter stark zu. Vor allem bei den über 60-Jährigen finden sie überdurchschnittlich hohen Zuspruch. Dies zeigt, dass in den älteren Generationen Werte wie strikter Gehorsam und Disziplin noch weitaus stärker verankert sind als individuelles Denken und Eigenverantwortlichkeit.

8 Adorno, Theodor W. u.a.: 1950. The Authoritarian Personality. New York: Harper.

9 Lederer, G.: 1981. Jugend und Autorität. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Ein ähnliches und noch stärkeres Muster zeigt sich bei der Untersuchung des Zusammenhangs mit der Schulbildung. Es wird deutlich, dass Haupt- und Volksschulabsolventen den konventionellen Werten sogar in noch stärkerem Maße zustimmen als die älteste Generation. Ein Viertel der Befragten mit niedrigem Schulabschluss würde das Denken lieber führenden Köpfen überlassen, und jeder Zehnte ist der Überzeugung, es wäre nützlich, wenn Kindern die Meinung der Eltern aufgezwungen wird (s. Tab. 30).

Tab. 30: Autoritäre Einstellungen nach Alter in Jahren und Schulabschluss, (Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)

F. 43e, f, g	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren					Schulabschluss		
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Haupt-schule	Real-schule	Abitur
Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen und wie.	11	5	7	7	7	20	25	9	7
Um auf das Leben vorbereitet zu sein, ist es für ein Kind wichtig, gehorchen zu lernen.	30	12	18	19	27	48	49	28	22
Im allgemeinen ist es einem Kind im späteren Leben nützlich, wenn es gezwungen wird, sich den Vorstellungen seiner Eltern anzupassen	4	0	1	2	4	9	10	4	2

Bei der Untersuchung der Parteisympathisanten zeigt sich, dass CDU-Anhänger einen etwas stärkeren Hang zu klassischen Werten aufweisen als die der anderen Parteien. Eine etwas größere Ablehnung gegenüber Autorität zeigt sich bei den Anhängern der Linkspartei. Die eindeutigste Ablehnung wird jedoch bei den Anhängern der Bündnisgrünen deutlich: Hier ist zum Beispiel niemand der Ansicht, es könnte im späteren Leben nützlich sein, sich gezwungenermaßen den Vorstellungen seiner Eltern angepasst zu haben (vgl. Tab. 31).

Ein Vergleich von Personen, die erst seit kurzem arbeitslos sind, mit den Langzeitarbeitslosen lässt in diesem Fall keine eindeutigen Interpretationen zu. Allerdings fallen leicht autoritärkritische Einstellungen der Langzeitarbeitslosen auf (vgl. Tab. 31). Hier können aber nur Vermutungen, wie z.B. ein zunehmender Unmut gegenüber politischen Autoritätspersonen, angestellt werden.

Tab. 31: Autoritäre Einstellungen nach Parteisympathie und Arbeitslosigkeit (Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)

F. 43e, f, g	Sachsen-Anhalt (Ø)	Parteisympathie						Arbeitslosigkeit	
		CDU	SPD	FDP	Linke	B'90/Grüne	Keine	Kurzzeit	Langzeit
Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen und wie.	11	13	10	19	8	9	12	15	5
Um auf das Leben vorbereitet zu sein, ist es für ein Kind wichtig, gehorchen zu lernen.	30	31	30	28	29	14	35	19	22
Im allgemeinen ist es einem Kind im späteren Leben nützlich, wenn es gezwungen wird, sich den Vorstellungen seiner Eltern anzupassen.	4	5	6	3	4	0	6	1	4

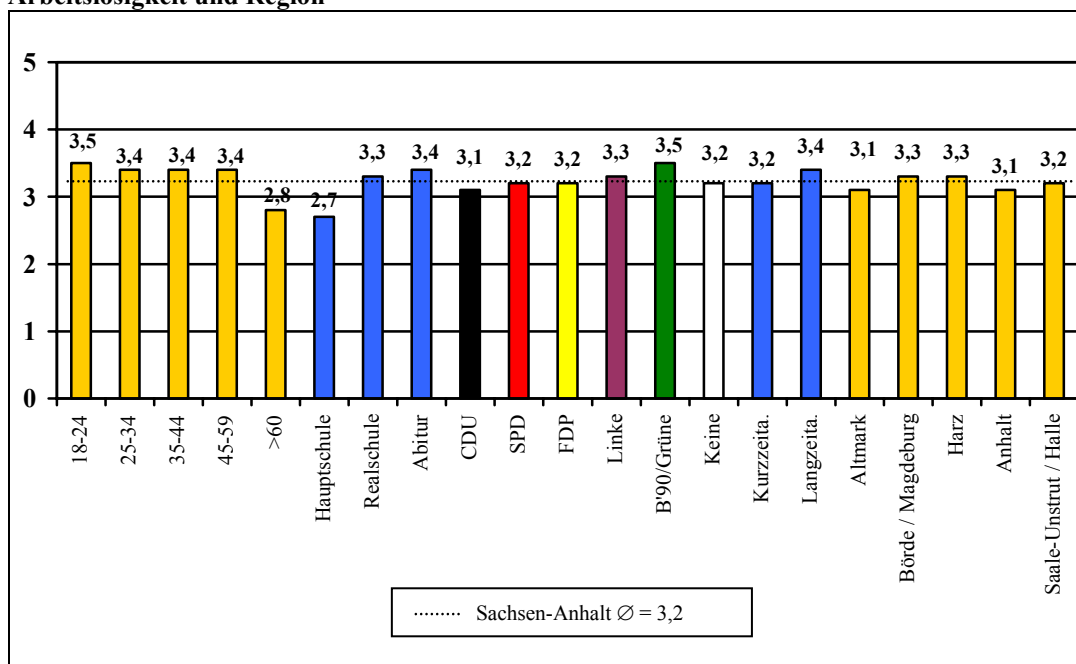
Durch Berechnung des arithmetischen Mittels lassen sich alle bisher vorgestellten Items in einer Autoritarismusskala mit einem Wertebereich von 1 bis 5 zusammenfassen. Der niedrigste Wert (1) ist verbunden mit einer sehr starken autoritären Unterwürfigkeit, gepaart mit starken konventionellen Einstellungen, 5 bedeutet eine totale Ablehnung von Autorität,

verbunden mit einem stark ausgeprägten Individualismus. Der Mittelwert für Sachsen-Anhalt liegt bei rund 3,2.

Im Mittelwertvergleich aller Variablen wird sehr deutlich, dass vor allem Ältere und Hauptschüler dazu neigen, sich Autorität zu beugen. Langzeitarbeitslose, die eher ausländerfeindliche Einstellungen bekunden (s. Kap. 10.2), zeigen dagegen wie die Jüngeren, die Abiturienten und die Anhänger der Grünen deutlich weniger Respekt vor Autorität.

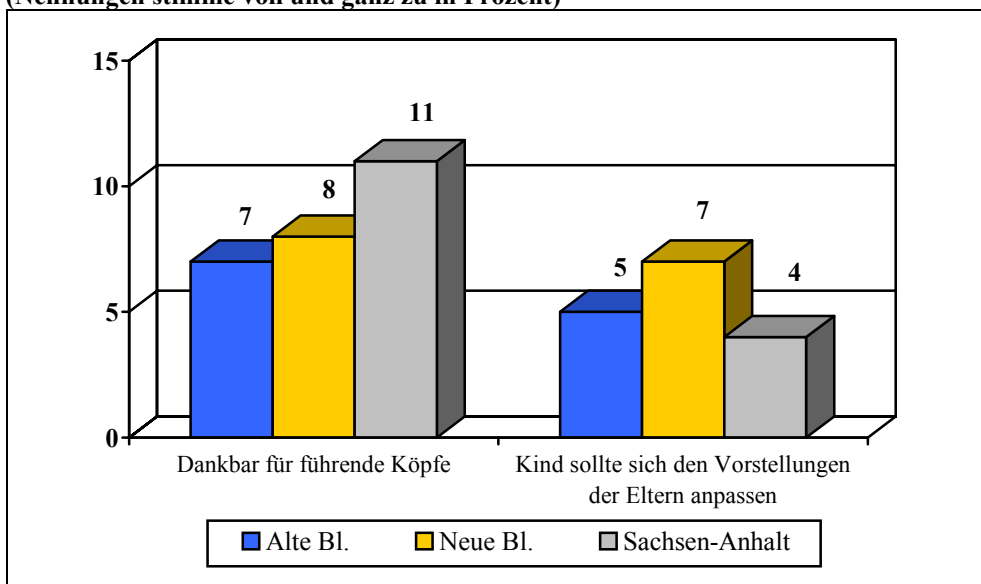
Im regionalen Vergleich ergeben sich, wie gehabt, nur geringe Unterschiede. Eine leicht erhöhte Tendenz zu autoritärer Unterordnung finden wir in der Altmark. Ansonsten liegen alle Regionen sehr nahe am landesweiten Durchschnitt (s. Abb. 37).

Abb. 37: Mittelwertvergleich der Skala Autoritarismus 1-5 nach Alter, Bildung, Parteisympathie, Arbeitslosigkeit und Region



Im Deutschlandvergleich zeigt sich, dass die Bevölkerung der alten Bundesländer den Autoritarismusitems in leicht geringerem Maße zustimmt als die der neuen. Sachsen-Anhalter sind im Verhältnis zu den Westdeutschen und den Ostdeutschen häufiger der Meinung, dass man das Denken führenden Köpfen überlassen sollte, plädieren aber seltener für angepasste Kinder. Hier weisen sie deutschlandweit die niedrigste Zustimmung aus (s. Abb. 38).

**Abb. 38: Autoritäre Einstellungen im Deutschlandvergleich
(Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)**



Quelle: Daten für alte und neue Bundesländer aus Allbus 2006

10.2 Einstellungen gegenüber Ausländern

Den Befragten wurden sechs Aussagen vorgelegt, mit deren Hilfe die Einstellungen der Sachsen-Anhalter gegenüber Ausländern untersucht werden können (vgl. Tab. 32).

Fast alle erhobenen Items wurden so formuliert, dass eine zustimmende Antwort ausländerfeindlichen Einstellungen entspricht. Eine Ausnahme bildet das erste Item; hier würde eine ablehnende Antwort einem fremdenfeindlichen Verhalten entsprechen. Die geringste Zustimmung findet die Meinung, hier lebenden Ausländern jede politische Betätigung zu untersagen. Nur 8 % der Bewohner Sachsen-Anhalts sind dieser Ansicht. Ein wenig mehr Zuspruch erhalten die Forderungen, Ausländer sollten ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen (10 %), sowie die Aussage, Ausländer bei knapper Arbeit in ihre Heimat zurückzuschicken. Die Zustimmung zu allen drei Items kann mit durchschnittlich 10 % als niedrig bezeichnet werden.

Ein ganz anderes Bild zeigt sich bei der Forderung, dass Ausländer „ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen“ sollten: hier stimmen landesweit 45 % voll und ganz zu. Dies erscheint folgerichtig, wenn man bedenkt, dass fast jeder Fünfte der Meinung ist, Deutschland sei durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet. Eine zunehmende Forderung nach Integration von Ausländern würde der Befürchtung vor Überfremdung entsprechen (vgl. Tab. 32). Eine Analyse der beiden Variablen ergibt, dass sie in starkem Maße voneinander abhängen ($Tau_b = 0,317$), das heißt: je größer die Angst vor Überfremdung, desto größer ist auch die Forderung nach Anpassung.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass den Items, die eine politische und private Ausgrenzung von Ausländern fordern, nur in sehr geringem Maße zugestimmt wird. Ebenso lehnt es der größte Teil der Bevölkerung Sachsen-Anhalts ab, Ausländer bei knapper Arbeit einfach zurückzuschicken. Ausländer scheinen somit als Bürger der Bundesrepublik

zumindest geduldet zu werden. Diese Haltung könnte sowohl eine nachdrückliche Forderung nach Integration als auch die gesteigerte Angst vor Überfremdung erklären.

Dass man in seinem persönlichen Umfeld rechtsextremistischen Tendenzen entgegen treten sollte, bejahen 73 %. Eine überwiegende Mehrheit lehnt somit rechtsextreme Handlungen jeder Art ab, was sich auch in den Ergebnissen der Parteisympathie widerspiegelt. Parteien wie die DVU und die NPD können gerade einmal 0,5 % der Befragten als Sympathisanten verbuchen.

Tab. 32: Einstellungen zu Ausländern nach Alter in Jahren und Schulabschluss (Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)

F. 20e,f und F. 43a,b,c,d	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren					Schulabschluss		
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Haupt-schule	Real-schule	Abitur
Jeder sollte in seinem persönlichen Umfeld rechtsextremistischen Tendenzen entgegengetreten.	73	66	67	70	78	77	63	73	83
Die BRD ist durch Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	23	17	19	25	24	26	35	28	7
Die in Dtl. lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen.	45	21	31	42	43	61	67	47	27
Wenn Arbeit knapp wird, sollte man die hier lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	13	7	8	10	14	16	23	13	4
Man sollte den hier lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen.	8	5	4	10	10	9	11	11	3
Die in Dtl. lebenden Ausländer sollten ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.	10	5	2	6	10	15	18	11	1

Das Alter zeigt bei nahezu allen Items einen ähnlich starken negativen Zusammenhang. Dies bedeutet, dass in den älteren Generationen die ausländerfeindlichen Einstellungen stärker vorhanden sind als in den jüngeren (vgl. Tab. 32). Eine Korrelationsanalyse ergibt, dass der Alterseinfluss insbesondere für die Items F.43a ($\text{Tau}_b = -0,24$) und F.43d ($\text{Tau}_b = -0,2$) zutrifft. Interessanterweise sind aber mehr Ältere als Jüngere der Meinung, dass rechtsextremistischen Tendenzen im persönlichen Umfeld entgegen getreten werden sollte. So sind ca. 78% der über 45-Jährigen dieser Ansicht und liegen damit über dem landesweiten Durchschnitt, während die jüngeren Generationen mit ca. 66 % in diesem Punkt unterdurchschnittlich eingestellt sind (vgl. Tab. 30).

Betrachtet man die Schulbildung bei der Verteilung der zustimmenden Antworten, zeigt sich ein noch deutlicherer Einfluss. Haupt- bzw. Volksschüler zeigen bei allen Items stärkere ausländerfeindliche Einstellungen als Realschüler und Abiturienten. Besonders bei den stark ausgrenzenden Forderungen, Ausländer bei Arbeitsplatzknappheit in die Heimat zurückzuschicken, und dem Ansinnen, sie sollen ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen, zeigen Befragte mit niedrigerem Schulabschluss eine stark überdurchschnittliche Zustimmung, die teilweise das Sechsfache der Abiturienten beträgt (vgl. Tab. 32).

Bezüglich der Parteisympathie lassen sich keine starken Unterschiede feststellen. Es fällt lediglich auf, dass CDU-Anhänger einigen Fragen stärker zustimmen als beispielsweise SPD-Anhänger; dies gilt auch für diejenigen, die mit keiner Partei sympathisieren. Der Anteil der

Bevölkerung, der mit den Grünen sympathisiert, zeigt die mit Abstand deutlichste Abneigung gegenüber ausländerfeindlichen Items (s. Tab. 33).

Bei der Betrachtung der Arbeitslosen fällt auf, dass sich die Langzeitarbeitslosen deutlich von den Kurzarbeitslosen unterscheiden. Während Befragte, die erst kurze Zeit erwerbslos sind, in ihren Einstellungen dem landesweiten Durchschnitt entsprechen, zeigen die Langzeitarbeitslosen bei allen Items überdurchschnittlich ausländerfeindliche Einstellungen (vgl. Tab. 33). Sie gleichen damit in hohem Maße den Hauptschul- bzw. Volksschulabsolventen, sind in einigen Items aber gleichwohl weniger feindlich eingestellt (vgl. Tab. 32 und 33).

**Tab. 33: Einstellungen zu Ausländern nach Parteisympathie und Arbeitslosigkeit
(Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)**

F. 20e,f und F. 43a,b,c,d	Sachsen-Anhalt (Ø)	Parteisympathie						Arbeitslosigkeit	
		CDU	SPD	FDP	Linke	B*90/ Grüne	Keine	Kurzzeit	Langzeit
Jeder sollte in seinem persönlichen Umfeld rechtsextremistischen Tendenzen entgegentreten.	73	74	79	85	79	87	68	50	60
Die BRD ist durch Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	23	23	17	19	21	9	31	21	34
Die in Dtl. lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen.	45	51	42	38	44	19	54	46	62
Wenn Arbeit knapp wird, sollte man die hier lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	13	14	13	9	7	0	18	20	27
Man sollte den hier lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen.	8	10	10	6	4	3	13	5	16
Die in Dtl. lebenden Ausländer sollten ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.	10	10	8	14	7	1	10	7	15

Wenig verwunderlich scheint, dass seit langem Arbeitslose diejenige Gruppe sind, welche am stärksten der Forderung zustimmt, Ausländer auf Grund von Arbeitsplatzknappheit aus Deutschland auszuweisen. Dies bedeutet auch, dass dabei die Meinung mitschwingt, Ausländer seien zumindest teilweise an der Lage der Befragten mitschuldig.

Bei einer regional aufgeschlüsselten Auswertung der Daten ergeben sich auf den ersten Blick nur geringfügige Unterschiede, die sich zudem nur auf bestimmte Items beziehen. Die einzige Region, die beim Vergleich der ersten drei Einstellungsitems auffällt, ist die Altmark. Hier sind nur 63 % der Meinung, man sollte rechtsextremen Tendenzen entgegen wirken. Weiterhin sind die Altmärker überdurchschnittlich stark der Ansicht, Deutschland sei in gefährlichem Maße durch Ausländer überfremdet (31%), und 51 % fordern eine bessere Anpassung der Ausländer an den deutschen Lebensstil. Damit weisen sie landesweit den höchsten Wert auf (vgl. Tab. 34). Die Unterschiede der Landesregionen werden in einem Mittelwertvergleich noch einmal verdeutlicht (s. Abb. 39).

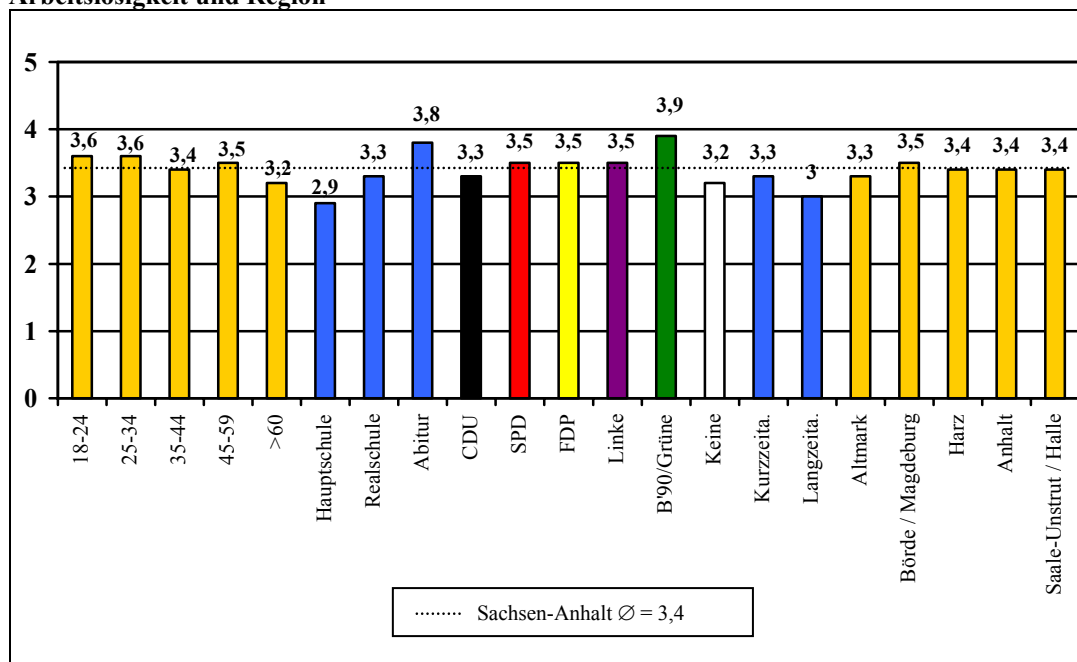
**Tab. 34: Einstellungen zu Ausländern nach Landesregion
(Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)**

F. 20e,f und F. 43a,b,c,d	Sachsen-Anhalt (Ø)	Region				
		Altmark	Börde/ Magdeburg	Harz	Anhalt	Saale-Unstrut / Halle
F.20E Jeder sollte in seinem persönlichen Umfeld rechtsextremistischen Tendenzen entgegenreten.	73	63	75	74	69	79
F.20F Die BRD ist durch Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	23	32	22	22	27	19
F.43A Die in Dtl. lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen.	45	51	44	44	45	46
F.43B Wenn Arbeit knapp wird, sollte man die hier lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	13	14	14	13	10	12
F.43C Man sollte den hier lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen.	8	3	8	14	7	9
F43D Die in Dtl. lebenden Ausländer sollten ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.	10	12	12	10	4	10

Wie schon beim Autoritarismus, lassen sich alle bisher vorgestellten Items in einer Ausländerfeindlichkeitsskala zusammenfassen. Die Skala hat einen Wertebereich von 1-5, wobei der Wert 1 einer sehr starken ausländerfeindlichen und der Wert 5 einer stark ausländerfreundlichen Einstellung entspricht. Der Mittelwert der Skala für Sachsen-Anhalt liegt bei 3,4.

Ein Vergleich des Mittelwertes über alle untersuchten Variablen bestätigt noch einmal die bisherigen Ergebnisse (s. Abb. 39). Im Vergleich der Regionen Sachsen-Anhalts zeigt sich nun, dass sich die einzelnen Räume im Durchschnitt kaum voneinander abheben, sondern sich knapp über bzw. unter dem Durchschnitt bewegen.

Abb. 39: Mittelwertvergleich der Skala Ausländerfeindlichkeit 1-5 nach Alter, Bildung, Parteisympathie, Arbeitslosigkeit und Region

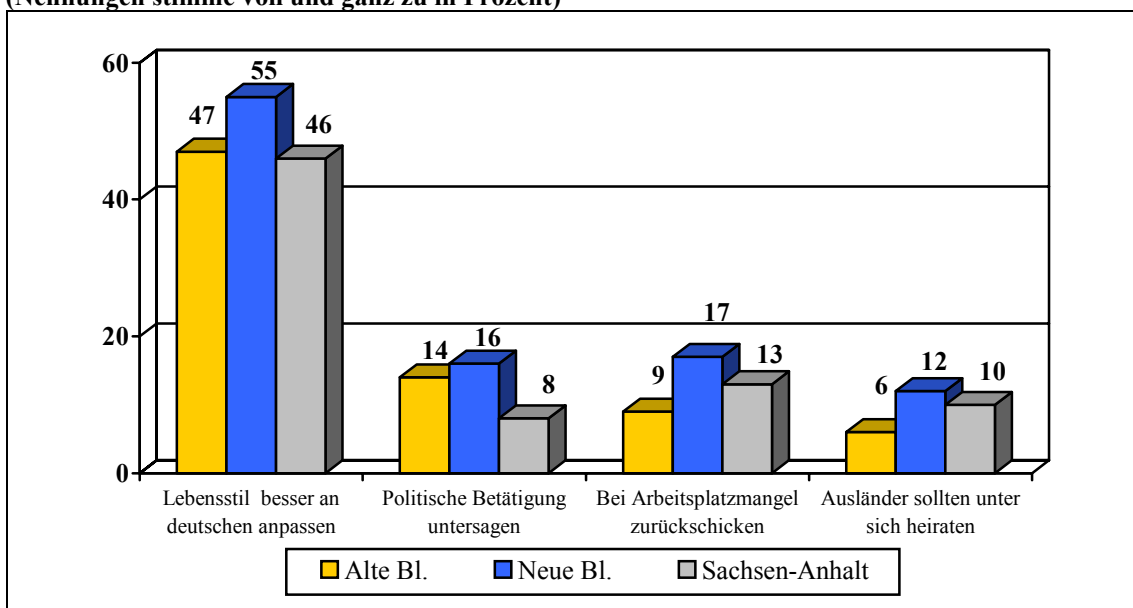


Als besonders ausländerfreundlich stechen, wie zu erwarten, die Abiturienten und die Anhänger der Grünen heraus, während Langzeitarbeitslose und Volksschulabsolventen im Vergleich damit am ausländerfeindlichsten eingestellt sind. Der Zusammenhang von zunehmendem Alter und Ausländerfeindlichkeit lässt sich an Hand der abnehmenden Balkenhöhe ebenfalls anschaulich nachvollziehen (s. Abb. 39).

Abschließend wurde untersucht, inwieweit die in Abschnitt 10.1 untersuchte, autoritäre Unterordnung ausländerfeindliche Einstellungen beeinflusst. Bei einer Korrelation der beiden Skalen zeigt sich ein sehr starker Zusammenhang ($r = 0,48$). Das bedeutet: je weniger autoritätshörig die Menschen in Sachsen-Anhalt eingestellt sind, desto weniger ausländerfeindlich sind sie. Damit können die klassischen Überlegungen Adornos auch für die heutige Bevölkerung von Sachsen-Anhalt bestätigt werden.

Die Aussagekraft der Daten unserer Erhebung erhöht sich bei Heranziehung von Vergleichsdaten. Abbildung 40 zeigt, wie die Zustimmung zu den Items deutschlandweit verteilt ist. Auf Grund der vorhandenen Daten können nur Vergleiche für die vier abgebildeten Items angestellt werden. Alle vier Items zeigen eine nahezu identische Verteilung. Die Bewohner der alten Bundesländer stimmen den Forderungen im Schnitt weniger häufig zu als die Ostdeutschen, unterscheiden sich aber weniger stark von den Sachsen-Anhaltern. Hier vertreten deutlich weniger als in West- und Ostdeutschland den Standpunkt, man müsse Ausländern jede politische Betätigung untersagen. Allgemein kann festgehalten werden, dass Westdeutsche und Sachsen-Anhalter etwas weniger ausländerfeindlich eingestellt sind als Ostdeutsche insgesamt. Bei den beiden ersten Items liegen die Sachsen-Anhalter, in ihren Zustimmungen, sogar leicht unter dem Anteil der Bevölkerung der alten Bundesländer.

**Abb. 40: Einstellungen gegenüber Ausländern im Deutschlandvergleich
(Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)**



Quelle: Daten für alte und neue Bundesländer aus Allbus 2006

10.3 Antisemitische Einstellungen

Zur Einschätzung der antisemitischen Einstellungen in Sachsen-Anhalt wurden 3 Items verwendet, die auch in der allgemeinen Bevölkerungsuntersuchung (Allbus) angewendet werden (s. Tab. 35).

Am geringsten stimmen die Menschen in Sachsen-Anhalt der Aussage voll und ganz zu, dass Juden auf der Welt zuviel Einfluss haben. Dies kann nur für 6 % der Bürger nachgewiesen werden. Deutlich mehr, nämlich 15 %, denken, viele Juden würden versuchen, aus ihrer Vergangenheit heute einen Vorteil zu ziehen. Eine klare Mehrheit von 68 % ist beschämt über die Verbrechen, die Deutsche an Juden begangen haben. Die Einflüsse von Alter und Bildung können auch für die Antisemitismusitems nachgewiesen werden. Wie man in Tabelle 35 sehen kann, nimmt die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen mit zunehmendem Alter und abnehmender Bildung zu. Gut ein Zehntel (11 %) der über 60-Jährigen ist der Meinung, Juden hätten weltweit zuviel Einfluss; damit liegen sie fast viermal über dem Wert für die jüngste Generation. Beim zweiten Item sind diese Einflüsse zwar auch vorhanden, aber wesentlich schwächer ausgeprägt.

Eine bemerkenswerte Abweichung des bisherigen Alterseinflusses zeigt sich beim dritten Item. Ältere schämen sich wesentlich stärker für das, was den Juden während des Nationalsozialismus angetan wurde. Daraus könnte man schließen, dass sich die nachfolgenden Generationen immer weniger für die Verbrechen des Dritten Reichs verantwortlich fühlen. Für die Schulbildung ergibt sich ein ähnliches Bild. Höher Gebildete stimmen antisemitischen Aussagen weniger zu. Dies gilt auch in diesem Fall nicht für das dritte Item, hier entsprechen alle Zustimmungsteile in etwa dem Landeswert (vgl. Tab.35).

Tab. 35: Antisemitische Einstellungen nach Alter in Jahren und Schulabschluss (Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)

F. 43h,i,j	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren					Schulabschluss		
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Hauptschule	Realschule	Abitur
Juden haben auf der Welt zuviel Einfluss.	6	3	2	4	6	11	14	5	3
Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen.	15	11	13	17	16	16	18	16	12
Mich beschämt, dass Deutsche so viele Verbrechen an den Juden begangen haben.	68	48	57	60	67	82	72	65	68

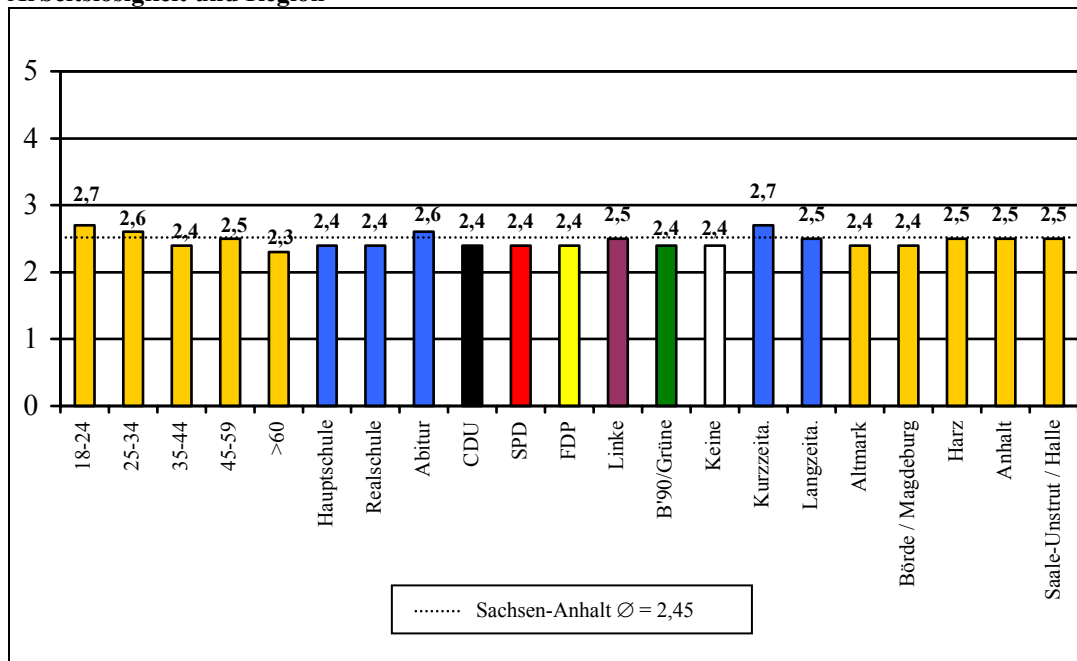
Vergleicht man die Aussagen zu den Antisemitismusitems mit den beiden Formen von Arbeitslosigkeit und den Parteisympathien, finden sich nur geringe Unterschiede. Auffällig ist, dass kein einziger Anhänger von Bündnis 90/ Die Grünen der Ansicht ist, dass Juden aus der Vergangenheit des Hitlerreiches Nutzen ziehen wollen, auch bei den anderen Items liegen sie unter bzw. über (Item 3) dem Landesdurchschnitt. Ebenso zeigt sich nur ein leichter Unterschied zwischen Lang- und Kurzarbeitslosen. Beide Gruppen weisen, gemessen am Landeswert, aber keine besonderen antisemitischen Einstellungen auf (s. Tab. 36).

**Tab. 36: Antisemitische Einstellungen nach Parteisympathie und Arbeitslosigkeit
(Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)**

F. 43h,i,j	Sachsen-Anhalt (Ø)	Parteisympathie						Arbeitslosigkeit	
		CDU	SPD	FDP	Linke	B'90/ Grüne	Keine	Kurzzeit	Langzeit
Juden haben auf der Welt zuviel Einfluss.	6	5	5	11	5	4	7	0	8
Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen.	15	12	19	13	12	0	15	11	14
Mich beschämt, dass Deutsche so viele Verbrechen an den Juden begangen haben.	68	73	70	69	66	81	65	61	60

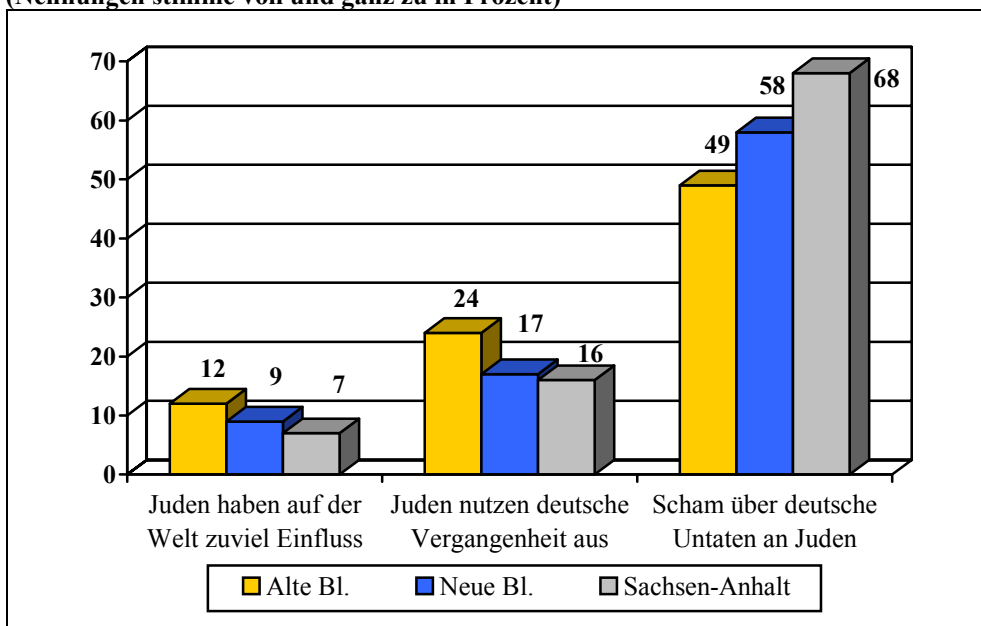
Ein Mittelwertvergleich der Antisemitismuskala zeigt vor allem, dass Antisemitismus in den untersuchten Kategorien, wie Alter, Parteisympathie etc., wesentlich schwächer variiert als Ausländerfeindlichkeit und Autoritarismus. Die Mittelwerte der verschiedenen Gruppen streuen alle sehr nah um den Mittelwert für Sachsen-Anhalt von 2,45 (auf einer Skala von 1-5, s. Abb. 41).

Abb. 41: Mittelwertvergleich der Skala Antisemitismus 1-5 nach Alter, Bildung, Parteisympathie, Arbeitslosigkeit und Region



Im nationalen Vergleich zeigen sich deutliche Unterschiede. Antisemitische Einstellungen sind in den alten Bundesländern weit stärker vertreten als in den neuen Bundesländern. In Sachsen-Anhalt liegen die Werte sogar noch leicht unter denen für Ostdeutschland. Über zwei Drittel (68 %) der Sachsen-Anhalter sind beschämt über die Verbrechen, die Deutsche an Juden begangen haben. Damit liegt ihr Anteil 10 % über dem ostdeutschen und 20 % über dem westdeutschen Anteilswert (s. Abb. 42).

**Abb. 42: Antisemitische Einstellungen im Deutschlandvergleich
(Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)**



Quelle: Daten für alte und neue Bundesländer aus Allbus 2006

Antisemitismus korreliert sowohl mit Ausländerfeindlichkeit ($r = 0,2$) als auch mit Autoritarismus ($r = 0,27$). Das heißt, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und Autoritarismus sind in hohem Maße von einander abhängig. Folgt man gängigen theoretischen Erklärungsmustern hat, eine höhere autoritäre Unterwürfigkeit ausländerfeindliche und antisemitische Einstellungen zur Folge.

10.4 Rechtsextreme Parteien

Unsere Befragung zeigt, dass rechtsextreme Parteien bei den Sachsen-Anhaltern kaum auf Sympathie stoßen. Lediglich 0,5 % der Bevölkerung neigen zu Parteien wie der DVU oder der NPD. Geht man jedoch davon aus, dass Anhänger rechtsextremer Parteien die Mitarbeit an Erhebungen häufiger verweigern als andere, könnte dieser Wert in der Grundgesamtheit höher ausfallen (s. Kap. 2).

Zusätzlich wurde untersucht, ob den diesen Parteien zugeordnete „populäre“ Eigenschaften bei der Bevölkerung auf Zustimmung stoßen. Zum einen wurde gefragt, ob NPD und DVU Themen ansprechen, die von anderen Parteien gemieden oder vernachlässigt werden. Zum anderen, ob sich rechtsextreme Vereinigungen um die Probleme der Menschen vor Ort kümmern. Dem ersten Item stimmte gut ein Zehntel der Sachsen-Anhalter voll und ganz zu. Die zweite Aussage wurde lediglich von 2 % bestätigt. Der bei Autoritarismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus beobachtbare Alterseinfluss konnte bei keinem dieser Items nachgewiesen werden. Es fällt lediglich auf, dass die 35- bis 44-Jährigen den Items stärker zustimmen als die restlichen Altersgruppen.

**Tab. 37: Einstellungen zu rechtsextremen Parteien nach Alter und Schulabschluss
(Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)**

F. 44a,b	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren					Schulabschluss		
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Haupt-schule	Real-schule	Abitur
NPD und DVU sprechen Themen an, die von anderen Parteien vernachlässigt werden.	11	7	10	16	8	12	19	10	7
Parteien wie NPD und DVU kümmern sich in unserer Gegend um die Probleme der Menschen.	2	0	1	4	1	2	7	1	0

Bei der Schulbildung zeigt sich ein deutlicher differenziertes Bild. So ist von Hauptschulabsolventen fast ein Fünftel der Meinung, dass rechte Parteien Themen ansprechen, die von anderen Parteien gemieden werden; Abiturienten sind nur noch zu 7 % dieser Ansicht. Der gleiche Zusammenhang zeigt sich für das zweite Item (vgl. Tab. 37).

Bei den Anhängern der Parteien zeigt sich das gewohnte Bild: während sich alle Sympathisanten von CDU, SPD und Linke bei der Beantwortung dieser Fragen ungefähr im landesweiten Durchschnitt bewegen, grenzen sich die Anhänger der Grünen am deutlichsten von „positiven“ Zuschreibungen für rechtsextreme Parteien ab (vgl. Tab. 38).

**Tab. 38: Einstellungen zu rechtsextremen Parteien nach Parteisympathie und Arbeitslosigkeit,
(Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)**

F. 44a,b	Sachsen-Anhalt (Ø)	Parteisympathie						Arbeitslosigkeit	
		CDU	SPD	FDP	Linke	B*90/ Grüne	Keine	Kurzzeit	Langzeit
NPD und DVU sprechen Themen an, die von anderen Parteien vernachlässigt werden.	11	11	10	16	10	3	14	2	12
Parteien wie NPD und DVU kümmern sich in unserer Gegend um die Probleme der Menschen.	2	2	3	1	0	0	2	2	3

11. Fragebogen Sachsen-Anhalt-Monitor 2007

F. 1: Wie stark fühlen Sie sich Sachsen-Anhalt verbunden:

Fühlen Sie sich Sachsen-Anhalt sehr stark verbunden, stark verbunden, etwas verbunden oder nicht verbunden?

Sehr stark verbunden

Stark verbunden

Etwas verbunden

Nicht verbunden

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 2: Und fühlen Sie sich mehr mit Sachsen-Anhalt verbunden oder mehr mit der Region, in der Sie leben?

mehr mit Sachsen-Anhalt

mehr mit der Region

**mit beidem gleichermaßen

**weder noch

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 3: In der Öffentlichkeit wird über den Zusammenschluss von Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen zu einem Bundesland diskutiert.

Wie ist Ihre Meinung dazu: Befürworten Sie alles in allem eine Fusion der drei Bundesländer oder lehnen Sie sie eher ab?

Befürworte Fusion

Lehne sie eher ab

**spontan: ist mir egal

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 4: Wie beurteilen Sie ganz allgemein die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt? Ist sie Ihrer Meinung nach...

sehr gut

gut

weniger gut

oder schlecht?

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 5: Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer derzeitigen Lebenssituation? Sind Sie alles in allem

Sehr zufrieden

Zufrieden

Weniger zufrieden

Oder gar nicht zufrieden?

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 6: Und wenn Sie in die Zukunft blicken: Sehen Sie Ihrer persönlichen Zukunft eher optimistisch oder eher pessimistisch entgegen?

eher optimistisch

eher pessimistisch

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 7: Und wie ist das mit Sachsen-Anhalt: Sehen Sie der Zukunft Sachsen-Anhalts eher optimistisch oder eher pessimistisch entgegen?

eher optimistisch

eher pessimistisch

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 8: An der letzten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im März 2006 haben weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten teilgenommen. Wie war das bei Ihnen: Haben Sie Ihre Stimme abgegeben?

Ja

Nein

War noch nicht wahlberechtigt

Bin in Sachsen-Anhalt nicht wahlberechtigt

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 9: Über den Bundesrat bestimmen ja die Vertreter der Länder über Bundesgesetze mit. Hat das für Sie bei Ihrer Wahlentscheidung bei Landtagswahlen schon einmal eine Rolle gespielt?

Ja

Nein

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 10: Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder eher ungerecht zugeht?

Eher gerecht
Eher ungerecht
**weiß nicht
**keine Angabe

F. 11: Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?

Erhalte mehr als gerechten Anteil
Erhalte gerechten Anteil
Erhalte etwas weniger
Erhalte sehr viel weniger
**weiß nicht
**keine Angabe

F. 12: Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, wenig oder überhaupt nicht?

sehr stark
stark
wenig
überhaupt nicht
**weiß nicht
**keine Angabe

F. 13: Wie oft sprechen Sie in der Familie, mit Freunden oder Arbeitskollegen über Politik: Würden Sie sagen täglich, mehrmals in der Woche, mehrmals im Monat, seltener oder nie?

Täglich
Mehrmals in der Woche
Mehrmals im Monat
Seltener
Nie
**Weiß nicht
**Keine Angabe

F. 14: Was ist Ihre Hauptinformationsquelle, wenn Sie sich über das politische Geschehen informieren möchten: Radio, Fernsehen, Tageszeitung oder Internet?

Radio
Fernsehen
Tageszeitung
Internet
**sonstige Medien
**informiere mich nicht über Politik
**weiß nicht ** keine Angabe

F. 15a: [Wenn „Radio“ Hauptinformationsquelle laut vorhergehender Frage]
Wenn Sie einmal an eine normale Woche in der letzten Zeit denken: An wie vielen von den 7 Wochentagen Montag bis Sonntag hören Sie sich Nachrichtensendungen im Radio an?

F. 15b: [Wenn „Fernsehen“ Hauptinformationsquelle laut vorhergehender Frage]
Wenn Sie einmal an eine normale Woche in der letzten Zeit denken: An wie vielen von den 7 Wochentagen Montag bis Sonntag sehen Sie sich Nachrichtensendungen im Fernsehen an?

F. 15c: [Wenn „Tageszeitung“ Hauptinformationsquelle laut vorhergehender Frage]
Wenn Sie einmal an eine normale Woche in der letzten Zeit denken: An wie vielen von den 7 Wochentagen Montag bis Sonntag lesen Sie im allgemeinen Berichte über das politische Geschehen in einer Tageszeitung?

F. 15d: [Wenn „Internet“ Hauptinformationsquelle laut vorhergehender Frage]
Wenn Sie einmal an eine normale Woche in der letzten Zeit denken: An wie vielen von den 7 Wochentagen Montag bis Sonntag informieren Sie sich im allgemeinen über das politische Geschehen im Internet?

An ___ Tagen

**Spontan: Seltener, nicht jede Woche

**Spontan: Gar nicht

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 16: Wenn Sie sich im Fernsehen über das Geschehen in Sachsen-Anhalt informieren möchten, welche Nachrichtensendung sehen Sie da am häufigsten? Sagen Sie mir bitte den Namen der Nachrichtensendung!

Sachsen-Anhalt Heute

MDR aktuell

MDR Länderzeit

Tagesschau

Heute

TV Halle

MDF.1, Magdeburger Fernsehen 1

Andere Nachrichtensendung

**sehe keine Fernsehnachrichten

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 17: Wenn Sie sich im Radio über das Geschehen in Sachsen-Anhalt informieren möchten, welchen Sender hören Sie da am häufigsten? Sagen Sie mir bitte den Sendernamen!

MDR 1 Radio Sachsen-Anhalt

MDR 1 Radio Sachsen

MDR 1 Radio Thüringen

MDR Info

MDR Sputnik

MDR Figaro

MDR Jump

Radio SAW

Radio Brocken

89.0 RTL

Andere Sender

**höre kein Radio

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 18: Der Mitteldeutsche Rundfunk berichtet ja als 3-Länder-Anstalt über Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Fühlen Sie sich als Sachsen-Anhalter/in und das Land Sachsen-Anhalt im Programm des MDR ausreichend vertreten oder nicht?

Ja, fühle mich und das Land ausreichend vertreten

Nein, fühle mich und das Land nicht ausreichend vertreten

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 19: Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert alles in allem...

Sehr zufrieden

Ziemlich zufrieden

Ziemlich unzufrieden

Sehr unzufrieden

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 20: Ich lese Ihnen jetzt noch einmal einige Aussagen vor, zu denen man unterschiedliche Meinungen haben kann. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.

Was sagen Sie zu:

- a) Mit dem politischen System in Deutschland, so wie es in der Verfassung festgelegt ist, bin ich zufrieden.
- b) Wenn es Not tut, ist eine Diktatur die bessere Staatsform.
- c) Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen.
- d) Nur wenn wir andere Meinungen und Lebensweisen respektieren, ist unsere Demokratie überlebensfähig.
- e) Jeder sollte in seinem persönlichen Umfeld rechtsextremistischen Tendenzen entgegentreten.
- f) Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Stimme voll und ganz zu

Stimme eher zu

Lehne eher ab

Lehne völlig ab

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 21: Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Gleichheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Freiheit

Spontan: Beides gleichermaßen

Gleichheit

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 22: Und sicherlich ist auch beides wichtig: Freiheit und Sicherheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Freiheit

Spontan: Beides gleichermaßen

Sicherheit

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 23: Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen?

- a) Die Bundesregierung
- b) Der deutsche Bundestag
- c) Die Kirchen
- d) Die politischen Parteien
- e) Die Polizei
- f) Die Medien
- g) Das Bundesverfassungsgericht
- h) Der Bundespräsident

sehr großes Vertrauen

großes Vertrauen

wenig Vertrauen

gar kein Vertrauen

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 24: Und nun speziell zu Sachsen-Anhalt:

Haben Sie in ... sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen?

- a) die Behörden in Sachsen-Anhalt
- b) die Landesregierung von Sachsen-Anhalt
- c) den Landtag von Sachsen-Anhalt
- d) Ihre/n Oberbürgermeister/in (in Halle, MD, Dessau) / Ihre/n Landrat/rätin (in Landkreisen)
- e) Ihren Stadtrat / Ihren Gemeinderat

sehr großes Vertrauen

großes Vertrauen

wenig Vertrauen

gar kein Vertrauen

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 25: Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?

Wie ist das mit -

- a) Sich an einen Politiker wenden
- b) In einer politischen Partei mitarbeiten
- c) In einer Bürgerinitiative mitarbeiten
- d) An einer genehmigten Demonstration teilnehmen
- e) An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen
- f) Für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist

Habe ich schon getan

Würde ich tun

Würde ich nicht tun

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 26: Sind Sie selber in Ihrer Freizeit Mitglied in einem Verein, wie zum Beispiel einem Sportverein, oder in einem Verband?

Ja → zur Frage 27 nach Ehrenamt

Nein → Frage 27 nach Ehrenamt überspringen

**keine Angabe → Frage 27 nach Ehrenamt überspringen

F. 27: Bekleiden Sie über Ihre Mitgliedschaft hinaus ein Ehrenamt in einem Verein oder Verband?

Ja

Nein

**keine Angabe

F. 28: Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen vor, zu denen man unterschiedliche Meinungen haben kann. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.

Wie ist das mit:

- a) Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.
- b) Die Politiker kümmern sich nicht um die Probleme der einfachen Leute.
- c) Neben dem Wählen gibt es keinen anderen Weg, um Einfluss darauf zu nehmen was die Regierung tut.
- d) Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.
- e) Bei vielen Gesetzen, die in der Politik diskutiert werden, verstehe ich gar nicht genau, worum es geht.
- f) Nach dem Wahlkampf verlieren die Abgeordneten schnell den Kontakt zum Volk.
- g) Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler ihre Ansichten interessieren sie nicht.

Stimme voll und ganz zu

Stimme eher zu

Lehne eher ab

Lehne völlig ab

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 29: Es gibt ja eine ganze Reihe von Problemen, denen wir heute ausgesetzt sind. Wie problematisch ist aus Ihrer Sicht die Arbeitslosigkeit für unsere Gesellschaft? Bitte sagen Sie uns das anhand einer Skala von 1 bis 5. 5 steht dabei für ein riesengroßes Problem; 1 bedeutet, dass gar kein Problem vorliegt. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Und wie ist das mit ...

- a) der Abwanderung aus Sachsen-Anhalt?
- b) der Qualität der Schulen?
- c) dem Schutz vor Kriminalität und Verbrechen?
- d) gerechten Löhnen?
- e) der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West?
- f) der Überalterung und dem Kindermangel?

5 riesengroßes Problem

...

1 gar kein Problem

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 30: Und was meinen Sie: Ist der Staat in der Lage, diese Probleme zu bewältigen. Bitte verwenden Sie wieder die Skala von 1 bis 5. 5 bedeutet, dass der Staat umfassend dazu in der Lage ist, die Probleme zu bewältigen. 1 bedeutet, dass der Staat überhaupt nicht dazu in der Lage ist.

Und wie ist das mit ...?

[Themen aus Problemwahrnehmung]

- a) der Arbeitslosigkeit
- b) der Abwanderung aus Sachsen-Anhalt?
- c) der Qualität der Schulen?
- d) dem Schutz vor Kriminalität und Verbrechen?
- e) gerechten Löhnen?
- f) der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West?
- g) der Überalterung und dem Kindermangel?

5 umfassend dazu in der Lage

...

1 überhaupt nicht in der Lage

**weiß nicht

**keine Angabe

F: 31: Wie wichtig sind für Sie persönlich die Entscheidungen, die im Bundestag getroffen werden?

Sind die für Sie persönlich...

sehr wichtig

wichtig

weniger wichtig

oder überhaupt nicht wichtig?

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 32: Und wie ist das mit den Entscheidungen im Landtag?

Sind die für Sie persönlich...

sehr wichtig

wichtig

weniger wichtig

oder überhaupt nicht wichtig?

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 33: Und wie ist das mit den Entscheidungen im Gemeinderat/Stadtrat

Sind die für Sie persönlich...

sehr wichtig

wichtig

weniger wichtig

oder überhaupt nicht wichtig?

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 34: Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen vor, zu denen man unterschiedliche Meinungen haben kann. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder voll und ganz ablehnen.

Wie ist das mit:

- a) Die Ausbeutung der Menschen durch das globale Kapital kann nur durch internationale Solidarität überwunden werden.
- b) Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
- c) Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.
- d) Alles in allem hat sich unser Wohlfahrtsstaat bewährt.
- e) Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen
- f) Jeder sollte das Recht haben für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist.
- g) Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.
- h) Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chancen haben, an die Regierung zu kommen.
- i) Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl.
- j) Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet.
- k) In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen.
- l) Die Aufgabe der politischen Opposition ist es, die Regierung in ihrer Arbeit zu unterstützen und deren Entscheidungen mitzutragen.
- m) Die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den Interessen des Einzelnen stehen.

Stimme voll und ganz zu

Stimme eher zu

Lehne eher ab

Lehne voll und ganz ab

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 35: Welches historische Ereignis verbinden Sie mit dem 3. Oktober 1990?

Antwortvorgaben werden nicht vorgelesen!

Deutsche Einheit / Einigung / Wiedervereinigung

Andere Nennung

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 36: Haben sich Ihre Hoffnungen erfüllt, die Sie mit dem neuen System nach 1990 verbunden hatten? Haben sich Ihre Hoffnungen im Großen und Ganzen erfüllt, nicht überall aber in wichtigen Teilen erfüllt, in nur geringem Maße erfüllt oder gar nicht erfüllt?

Im Großen und Ganzen erfüllt

Nicht überall, aber in wichtigen Teilen erfüllt

In nur geringem Maße erfüllt

Gar nicht erfüllt

**spontan: Hatte keine Hoffnungen

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 37: Wenn Sie einmal an Ihr Bild von der DDR denken: Wodurch ist dieses Bild am stärksten geprägt?

durch Ihr eigenes Erleben

durch Ihre Familie

durch Unterhaltungen mit Ihren Freunden und Bekannten

durch Presse, Radio und Fernsehen

durch Ihre Schule bzw. Ihre Lehrer

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 38: Und wodurch ist Ihr DDR-Bild am zweitstärksten geprägt?
[Ohne Item aus vorhergehender Frage]

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 39: Und nun eine Frage zur deutschen Einheit: Würden Sie sagen, dass für Ostdeutschland alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?

Vorteile überwiegen

Nachteile überwiegen

**Spontan: Weder noch, hält sich die Waage

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 40: Und für Sie persönlich: Überwiegen da eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung?

Vorteile überwiegen

Nachteile überwiegen

**Spontan: Weder noch, hält sich die Waage

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 41: [wenn ZP unter 28 Jahren]

Auch wenn Sie die DDR-Zeit nicht mehr bzw. nur kurz erlebt haben, haben Sie ja sicher durch Erzählungen oder aus den Medien über die Situation in der DDR erfahren.

Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Bereiche. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob sich da die Situation nach der Vereinigung verbessert hat, verschlechtert hat oder kaum verändert hat?

[wenn ZP 28 Jahre und älter]

Ich nenne Ihnen jetzt verschiedene Bereiche. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob sich da die Situation nach der Vereinigung verbessert hat, verschlechtert hat oder kaum verändert hat?

- a) Wirtschaft
- b) Persönliche Freiheit
- c) Umgang der Menschen miteinander
- d) Lebensstandard
- e) Chancen, es im Leben zu etwas zu bringen
- f) Anerkennung der persönlichen Leistung
- g) Politisches System
- h) Möglichkeiten des Einzelnen auf die gesellschaftliche Entwicklung Einfluss zu nehmen
- i) Soziale Gerechtigkeit
- j) Soziale Absicherung
- k) Schutz vor Kriminalität und Verbrechen
- l) Bildung und Ausbildung
- m) Schutz vor staatlicher Willkür
- n) Betreuung von Kindern
- o) Gleichberechtigung von Mann und Frau
- p) Das Gesundheitssystem
- q) Das eigene Wohlfühlen in der Gesellschaft

verbessert

verschlechtert

kaum verändert

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 42: Jetzt kommen einige Sätze, die Sie bestimmt schon irgendwann einmal gehört haben. Sagen Sie mir bitte zu jedem Satz, ob Sie ihm voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie ihn eher ablehnen oder völlig ablehnen.

Wie ist das mit:

- a) Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.
- b) Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.
- c) Trotz aller Einschränkungen konnte man in der DDR privat alles in allem ganz gut leben.
- d) Sozialismus und Demokratie sind im Grunde ganz gut vereinbar.
- e) Wenn man in der DDR leben musste, hat man viele wertvolle Jahre seines Lebens verloren.
- f) Es war nicht alles schlecht in der DDR.
- g) Das politische System der DDR war eine Diktatur.
- h) Die Darstellung der DDR in Fernsehen und Presse sollte sich nicht nur auf die Stasi und die SED-Diktatur beschränken.
- i) Die Gründung der DDR hatte auch soziale Motive.

Stimme voll und ganz zu

Stimme eher zu

Lehne eher ab

Lehne völlig ab

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 43: Ich lese Ihnen jetzt noch einmal einige Aussagen vor, zu denen man unterschiedliche Meinungen haben kann. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie teils zustimmen teils ablehnen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.

Was sagen Sie zu:

- a) Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen.
- b) Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.
- c) Man sollte den in Deutschland lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen.
- d) Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.
- e) Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen können, was wir tun sollen und wie.
- f) Um auf das Leben vorbereitet zu sein, ist es für ein Kind wichtig, gehorchen zu lernen.
- g) Im Allgemeinen ist es einem Kind im späteren Leben nützlich, wenn es gezwungen wird, sich den Vorstellungen seiner Eltern anzupassen.
- h) Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.
- i) Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen.
- j) Mich beschämt, dass Deutsche so viele Verbrechen an den Juden begangen haben.

Stimme voll und ganz zu

Stimme eher zu

Teils teils

Lehne eher ab

Lehne völlig ab

**weiß nicht

**keine Angabe

F. 44: Ich nenne Ihnen jetzt einige Aussagen zu den Parteien NPD und DVU. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ob Sie sie eher ablehnen oder völlig ablehnen.

Was sagen Sie zu:

- a) NPD und DVU sprechen Themen an, die von anderen Parteien vernachlässigt werden.
- b) Parteien wie NPD und DVU kümmern sich in unserer Gegend um die Probleme der Menschen.

Stimme voll und ganz zu

Stimme eher zu

Lehne eher ab

Lehne völlig ab

**weiß nicht

**keine Angabe

12. Autoren

Prof. Dr. Everhard Holtmann

Institut für Politikwissenschaft und Japanologie
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Lehrbereich Systemanalyse und Vergleichende Politik

Ossip Fürnberg, M. A.

Institut für Politikwissenschaft und Japanologie
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Lehrbereich Systemanalyse und Vergleichende Politik

Tobias Jaeck

Institut für Politikwissenschaft und Japanologie
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Lehrbereich Systemanalyse und Vergleichende Politik